

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DF_7th_Armored_Brigade_-_Lebanon-Ground-Incursion_02.jpg?w=640&h=427

DER VÖLKERMORD GEHT WEITER

INHALT

Ökonomie

Die aktuelle Autokrise hat sich lange angebahnt, <i>Jean-Claude Vessillier</i>	3
Das Ende der deutschen Hegemonie in der EU?, <i>Michael Roberts</i>	6

USA

Blockieren, verschwenden, desorganisieren? <i>Ashley Smith</i>	11
Warum wir Trump besiegen müssen, <i>Dan La Botz</i>	18

Dossier Nahost

Israel will den Flächenbrand, ein Dossier mit 10 Beiträgen.....	21
Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung, <i>Jakob Schäfer / Michael Weis</i>	22
Wo steht die Hisbollah heute? <i>Joseph Daher</i>	24
Israels Eskalationsstrategie im Libanon, <i>Gilbert Achcar</i>	26
Palästinas Zukunft, <i>Interview mit Mustafa Barghouti</i>	28
Die Entzauberung des „transatlantischen Antifaschismus“, <i>Gilbert Achcar</i>	34
Israels Untermenschen, <i>Meron Rapoport</i>	35
Unter Geiern und Falken, <i>Gilbert Achcar</i>	39
Israel will den Flächenbrand, <i>Joseph Daher</i>	40
Die Verantwortung der USA am Völkermord, <i>Mitchell Plitnick</i>	44
Der Verrat des Holocausts durch den israelischen Staat, <i>Friedrich Voßkuhler</i>	47

Venezuela

Ist Nicolás Maduro ein Linker? <i>Ana C. Carvalhaes und Luis Bonilla</i>	54
--	----

China

China und die Theorie der permanenten Revolution, <i>Pierre Rousset</i>	60
---	----

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

DIE AKTUELLE AUTOKRISE HAT SICH LANGE ANGEBAHNT

Die europäische Automobilindustrie stolpert von einer Krise in die nächste. Sie ist aber immer noch die Branche mit den meisten Beschäftigten in der gesamten verarbeitenden Industrie.

■ **Jean-Claude Vessillier**

2023 waren in den Ländern der Europäischen Union eine Million Arbeiter:innen in den Automobilwerken und 1,2 Millionen bei den Ausrüstern und Zulieferern beschäftigt. Zählt man alle direkt mit der Automobilproduktion verbundenen Aktivitäten zusammen, kommt der Europäische Verband der Automobilhersteller auf eine Gesamtzahl von 3,4 Millionen Beschäftigte.

Das Ende der Automobilindustrie in Europa ist also noch lange nicht gekommen, auch wenn die Produktion von Autos und Nutzfahrzeugen von fast 17 Millionen Fahrzeugen im Jahr 2000 auf 10 Millionen im Jahr 2023 zurückgegangen ist, ein Rückgang um 40 %. In Deutschland ging die Produktion um 20 % zurück, in Frankreich und Italien im selben Zeitraum um zwei Drittel. Die Pandemie und die anschließende Krise bei der Versorgung mit Bauteilen bildeten einen weiteren Schritt in diesem strukturellen Abwärtstrend.

Der Verkauf von Autos, der aufgrund des internationalen Handels und der Standortverlagerungen von der Produktion abgekoppelt ist, ist ebenfalls rückläufig und ist von 17 Millionen Fahrzeugen im Jahr 2000 auf weniger als 12 Millionen im Jahr 2023 gesunken, was einem Rückgang von 30 % entspricht. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Verbreitung des Automobils in Westeuropa einen Sättigungsgrad erreicht hat, der umso ausgeprägter ist, als in den meisten europäischen Großstädten die Nutzung des Autos immer stärker eingeschränkt wird.

Diese Trends sind in der übrigen Welt nicht zu beobachten. Der Schwerpunkt der globalen Automobilindustrie hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten verschoben. China ist seit 2009 der größte Automarkt der Welt und ein Drittel der Autos weltweit wird dort verkauft. In der globalisierten Automobilindustrie ist Europa ein schwaches Glied, weshalb sich die europäischen Autokonzerne auf anderen Kontinenten nach Geschäftsfeldern und Gewinnquellen umsehen.

Die letzten Jahre nach der Pandemie waren für die Autokonzerne ein Eldorado. Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst Young hat die durchschnittliche Rentabilität der Automobilhersteller im Jahr 2023 mit 8,6 % den höchsten Stand seit der großen Rezession 2008–2009 erreicht. Das Geld ging hauptsächlich an die Aktionäre, weniger in Investitionen und noch weniger in die Löhne und Arbeitsbedingungen derjenigen, die durch ihre Arbeit den Wohlstand produzieren. Umso brutaler ist der Schock heute. Die in Europa angehäuften Schwierigkeiten verleihen in Verbindung mit der Globalisierung der aktuellen Krise ihre ganze Schärfe.

Der schwierige Übergang zum Elektroauto

Die Automobilfirmen, mit Ausnahme von PSA (das sich inzwischen mit Fiat zusammengeschlossen und Stellantis gegründet hat), haben den von der Europäischen Union für 2035 beschlossenen Übergang zu Elektroautos mit

möglichen Anpassungen verteidigt. Volkswagen, der größte europäische Autohersteller, hatte sich gerade ein wenig von Dieselgate erholt. Der Umstieg auf Elektroautos ist keine ökologische Notwendigkeit, denn die Einsparungen bei den Schadstoffemissionen, die während der Fahrt erzielt werden, heben sich auf, wenn man die gesamte Produktionskette berücksichtigt, von der Gewinnung der für die Herstellung der Batterien benötigten Materialien bis hin zu der noch ungelösten Frage der Entsorgung. Außerdem wird der Strom überwiegend aus umweltschädlichen Quellen oder mithilfe von AKW erzeugt.

Neue Absatzmärkte für eine Industrie im Niedergang finden

Die Gründe für die Entscheidung, auf Elektroautos umzusteigen, liegen also woanders, nämlich in der Notwendigkeit, neue Absatzmärkte für eine Industrie mit Wachstumsschwäche zu finden, wenn nicht gar zu erzwingen, und in der Erkenntnis, dass Erdöl eine Ressource ist, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist.

Dieser Umstieg auf Elektroautos war bislang durch die Kaufprämien der öffentlichen Hand für reiche Käufer solcher Fahrzeuge mit einem Durchschnittspreis von über 40 000 Euro „angekurbelt“ worden. Doch diese Hilfen für die Reichsten werden nun aufgrund der Sparpolitik eingestellt. Dies begann in Deutschland, wo der Verkauf von Elektroautos im August 2024 um 69 % einbrach, in Europa betrug der Einbruch 44 %. Abgesehen von diesen konjunkturellen Maßnahmen sind Elektroautos heute immer noch viel zu teuer, als dass sie so weit verbreitet sein könnten wie das „Auto“ der 1970er Jahre.

In ganz Europa gibt es bereits Überkapazitäten in der Produktion. In Italien wurde das Werk Mirafiori in Turin, in dem der FIAT 500 E hergestellt wurde, „vorübergehend“ geschlossen. Die Renault-Werke in Douai Maubeuge, die im nächsten Jahr 400 000 Autos produzieren sollen, werden bis 2024 nur 150 000 Elektroautos herstellen. Viele Pläne der europäischen Firmen werden nach unten korrigiert.

Was bei den Autoherstellern passiert, geschieht verstärkt bei den Batterieherstellern. Sie sind ein Schlüsselement bei der Herstellung eines Elektroautos, denn der Preis der Batterien beträgt bis zur Hälfte des Gesamtpreises eines E-Autos. Ihre „Gigafabriken“ – Gigas wegen der Anzahl der Bytes der Bauteile, nicht wegen der Anzahl der Beschäftigten – wurden durch Subventionen, die von den Regierungen Nordamerikas und Europas angeboten werden, zum Aufbau von Kapazitäten ermuntert. Dies

hat zu einem regelrechten Run auf diese neue Profitquelle geführt. Und damit ist – ganz klassischerweise und in Kombination mit den derzeitigen Wachstumsrückständen bei Elektrofahrzeugen – die Überproduktion bereits da.

Ein und dasselbe Oligopol der Autokonzerne seit 50 Jahren

Die Herstellung von Elektroautos erfordert andere Produktionsketten als die von herkömmlichen Autos mit Verbrennungsmotor, einschließlich Batterieherstellern und Softwareentwicklern, die für die Steuerung des Fahrverhaltens des Autos benötigt werden. Dies bringt das Oligopol ins Wanken, das die Automobilindustrie um die gleichen nordamerikanischen, europäischen und japanischen Firmen herum dominiert.

Der Aufschwung des chinesischen Automobilmarktes seit den 2000er Jahren hatte die bislang dominierenden Automobilfirmen begünstigt. Nach der großen Rezession 2008–2009 konnten die westlichen Automobilkonzerne in China Produktionskapazitäten aufbauen, Millionen Autos verkaufen und die in China erwirtschafteten Gewinne in ihre Konzernzentralen transferieren. Dies gilt insbesondere für die deutschen Automobilkonzerne Volkswagen, BMW und Mercedes. Im Jahr 2023 trug das China-Geschäft von Volkswagen 2,62 Milliarden Euro zum Gesamtbetriebsgewinn des Unternehmens bei, was gegenüber 5 Milliarden Euro im Jahr 2015 ein Rückgang ist. Weltweit werden 4 von 10 Volkswagen-Autos in China verkauft.

Doch heute ändert sich die Situation. Die chinesische Firma BYD wurde Anfang 2024 zur ersten Autofirma, die in China mehr Autos verkauft hat als Volkswagen. Die meisten Beobachter halten dieses Ergebnis für unumkehrbar, da es auf die Wettbewerbsvorteile zurückzuführen ist, die die chinesischen Firmen um ihre neuen Elektroautos herum aufbauen konnten.

Andere nicht-chinesische Autokonzerne haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Handelskrieg zwischen den USA und China und jetzt auch der Europäischen Union wird die aktuellen Entwicklungen noch verstärken.

Und gleichzeitig will Tesla in Europa nach der Berliner Fabrik [bei Grünheide] weitere Fabriken bauen. Tesla, das ist die aus Kalifornien stammende Firma mit einer Marktkapitalisierung von 850 Milliarden Dollar und einer Million produzierter Autos, kaum mehr als ein Zehntel der von Volkswagen oder Toyota verkauften Autos.

Volkswagen oder z. B. Stellantis wollen Fabriken schließen. Konkurrenten wollen neue errichten. Das ist das

Wesen der kapitalistischen Anarchie, die durch den Wettbewerb angeheizt wird, Überproduktion erzeugt und der Verteilung der verfügbaren Arbeit auf alle, der Verkürzung der Arbeitszeit und der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zuwiderläuft.

Die Zulieferer sind von den laufenden Veränderungen am stärksten betroffen. Die mächtigsten Unternehmen, wie Bosch in Deutschland oder Valeo in Frankreich, passen sich den Veränderungen an, indem sie sich mit der Schließung von Betrieben und der Verlagerung von Aktivitäten umstrukturieren. Die anderen Ausrüstungshersteller und Zulieferer, die oft nur eine einzige Technik anbieten, werden von ihren Auftraggebern, den Automobilherstellern, im Stich gelassen. In Deutschland ist es der Zulieferer ZF, der 14 000 von 54 000 Arbeitsplätzen streicht. Und es ist dieselbe ZF, die die Schließung eines seiner Zulieferer in Straßburg (Frankreich) veranlasst.

Diese Angriffe sind Vorläufer dessen, was sich bei den Automobilherstellern abzeichnet, die sich gerade anschicken, ihre Produktionskapazitäten durch die Schließung von Fabriken und die Entlassung von Arbeiter:innen zu senken. Dies ist die Absicht von Volkswagen, das damit droht, neben dem Audi-Werk in Belgien auch ein Werk in Deutschland zu schließen. Dies ist auch eine Möglichkeit für Stellantis in Bezug auf das Mirafiori-Werk in Turin, das derzeit „vorübergehend“ geschlossen ist.

Da die Autoproduktion rückläufig ist und das Auto zunehmend mit Umweltverschmutzung und Klimaschädigung in Verbindung gebracht wird, könnte die Versuchung bestehen, nicht gegen die Schließung solcher Fabriken zu kämpfen. Franco Turigliatto, Führungsmitglied von Sinistra anticapitalista (Italien), bemerkte dazu: „Im Gegensatz zu dem, was einige unaufmerksame Beobachter, sogar aus der Linken, behaupten, betrifft das mögliche Verschwinden von Mirafiori nicht nur die Zukunft von Zehntausenden von direkt betroffenen Arbeiter:innen, sondern wird sich auch auf die Zukunft der Stadt und ihre soziale Struktur auswirken. In der Vergangenheit haben die Löhne und Einkommen, selbst die bescheidenen, die durch die starke Präsenz des Industriesektors garantiert wurden, eine kollektive Organisation für eine gegenseitige Unterstützung und Solidarität in der Arbeiterklasse ermöglicht, die Perspektiven für eine soziale Alternative eröffnete“.

Deshalb betrifft der Kampf gegen die Werksschließungen die gesamte soziale Bewegung über die Automobilbranche hinaus. Der Widerstand von heute gegen die

Umsetzung der Pläne der Arbeitgeber bereitet die notwendigen Offensiven von morgen vor.

Widerstand der Arbeiter:innen ist angesagt

Während sich die Angriffe der Konzerne in ganz Europa ausweiten, werden Gegenmaßnahmen der Arbeiter:innen der gesamten Automobilbranche vorbereitet: in Frankreich am 17. Oktober mit einer geplanten Kundgebung von Beschäftigten vor dem Pariser Autosalon, in Italien am 18. Oktober mit einem historischen Tag der Mobilisierung gegen die Pläne von Stellantis-Chef Tavares und in Deutschland mit Aktionen gegen die Pläne von Volkswagen zur Schließung von Werken. „Gleichzeitig“ zu handeln, ist bereits ein positives Signal. Der Weg zu einer Mobilisierung gegen eine immer stärker konzentrierte Autoindustrie ist angesichts der Realität der heutigen zersplitterten Arbeiterbewegung allerdings noch weit.

Im Verlauf der Widerstandsaktivitäten kann Unerwartetes eintreten. Ein Beweis dafür ist der erfolgreiche Streik der Automobilarbeiter vor einem Jahr in den USA. Sie gewannen gegen die „Großen Drei“ General Motors, Ford und Stellantis mit ihrer Gewerkschaft UAW (United Auto Workers), deren Führung erst wenige Monate zuvor erneuert worden war. Es wurden erhebliche Lohnerhöhungen, ein Ende der Lohnunterschiede nach Einstellungs-jahren und auch Investitionsverpflichtungen der Konzerne erreicht. Die Zukunft der gegenwärtigen Krise der Automobilindustrie hängt von den sozialen Kräfteverhältnissen ab, die die Arbeiterbewegung durchsetzen kann oder nicht.

8.10.2024

Übersetzung: J. S.



DAS ENDE DER DEUTSCHEN HEGEMONIE IN DER EU?

Der folgende Beitrag wurde am Tag der Wahlen in Thüringen und Sachsen geschrieben. Der in den Prognosen erwartete Wahlausgang hat sich bekanntlich bestätigt. *Die Redaktion.*

■ **Michael Roberts**

Heute finden in zwei großen ostdeutschen Bundesländern Wahlen statt. Alle Meinungsumfragen zeigen, dass die euroskeptischen, einwanderungsfeindlichen und russlandfreundlichen Parteien sowohl der extremen Rechten als auch der neuen Linken [dem BSW] vorn liegen. Die Parteien der derzeitigen Koalition im Bund – SPD, Grüne und FDP – werden in diesen Bundesländern der ehemaligen DDR völlig dezimiert. In diesen drei Bundesländern leben rund 8,5 Millionen Menschen, das sind 10 Prozent der deutschen Bevölkerung. Aber nicht nur hier bricht die „Mitte“ der deutschen Politik zusammen. Die drei Parteien der Bundesregierung sind im Bund mit ihrem gemeinsamen Stimmenanteil von über 50 Prozent Ende 2021 auf weniger als ein Drittel geschrumpft.

Bei diesen Landtagswahlen wird erwartet, dass die rechtsgerichtete, islamfeindliche Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen und Sachsen über 30 % der Stimmen erhält und in Thüringen sogar die Macht übernehmen könnte. Björn Höcke, der bereits zweimal wegen der Verwendung verbotener Naziparolen verurteilt wurde, ist der Vorsitzende der AfD in Thüringen. Aber auch eine neue linke Partei, benannt nach ihrer Gründerin, Bündnis Sahra Wagenknecht, wird voraussichtlich bis zu 15 oder gar 20 % der Stimmen bekommen.

2023 wurden in Deutschland 334 000 Asylanträge gestellt. In einer vor kurzem durchgeführten Umfrage gaben 56 Prozent der Deutschen an, sie befürchteten, dass sie von der Einwanderung überfordert werden könnten. Es sieht also so aus, als ob Einwanderung und Rassismus für den Aufstieg der rechtsextremen AfD verantwortlich sind. Die Ironie liegt jedoch darin, dass die AfD vor allem in Ostdeutschland zugelegt hat, wo die Zuwanderung bislang vergleichsweise gering war – es ist eher die Angst als die Realität, die solche Vorurteile und Reaktionen hervorruft.

Letztendlich ist die Einwanderung in Deutschland nichts Ungewöhnliches. Deutschland ist nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt. Mehr als jeder fünfte Deutsche hat zumindest zum Teil einen Migrationshintergrund, das sind etwa 18,6 Millionen. Die Frage der Einwanderung wurde in Deutschland vor allem deswegen ein großes Thema, weil die Katastrophen im Nahen Osten und in der Ukraine zu einem massiven und schnellen Zustrom von Flüchtlingen führten. So kamen etwa 2 Millionen Menschen in den letzten zwei Jahren nach Deutschland. [...]

Die andere Ironie ist, dass die Co-Vorsitzende der AfD keine arme Volkspopulistin ist. Alice Weidel ist eine ehemalige Ökonomin bei Goldman Sachs und Finanzberater-

rin – ähnlich dem britischen Reform-, „Populisten“-Führer Nigel Farage, der Börsenmakler ist. Diese Vertreter des Kapitals haben keine Verbindung zu ihren Wähler:innen, sondern versuchen, mit Vorurteilen und Verlogenheit an die Macht zu kommen. Das Phänomen der „populistischen“ rechtsnationalistischen Parteien ist nicht auf Deutschland beschränkt. In Frankreich gibt es den Rassemblement National [ehemals Front National], in Großbritannien die Reform Party und in Italien sind die Fratelli d’Italia (FdI, Brüder Italiens) an der Macht. Faktisch gibt es in fast allen EU-Staaten reaktionäre Parteien, die etwa 10 bis 15 % der Stimmen erhalten, wie die jüngsten Wahlen zur EU-Versammlung gezeigt haben.¹

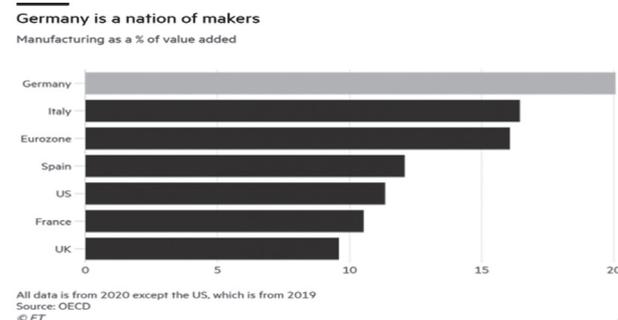
Für mich ist all dies ein Produkt der langen Depression in den großen kapitalistischen Volkswirtschaften nach der großen Rezession von 2008/09, die die ärmsten und am wenigsten organisierten Teile der Arbeiterklasse sowie die kleinen Unternehmen und Selbstständigen getroffen hat. Sie haben sich auf der Suche nach einer Antwort dem „Nationalismus“ zugewandt und glauben, dass die Ursachen für ihren Niedergang Einwanderer, Almosen an andere EU-Länder und das Großkapital sind – und zwar in dieser Reihenfolge.

Am meisten hat sich die Lage in Deutschland verschlechtert vor allem aufgrund der Auswirkungen der Pandemie und des Ukraine-Kriegs. Seit der Pandemie ist das große Produktionszentrum Europas, Deutschland, in die Stagnation getreten. Und mit ihr sind die Stimmen für die traditionellen Parteien eingebrochen.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft hat das grundlegende Problem eines „dualen Arbeitsmarktes“ mit einer ganzen Schicht von Teilzeit- und Leiharbeiter:innen zu sehr niedrigen Löhnen offengelegt. Etwa ein Viertel der in Deutschland abhängig Beschäftigten hat heute einen Niedriglohn, der nach der gängigen Definition weniger als zwei Drittel des Medianlohns beträgt, und damit einen höheren Anteil als in allen 17 europäischen Ländern außer Litauen. Diese billigen Arbeitskräfte, die sich in Ostdeutschland konzentrieren, stehen in direkter Konkurrenz zu den großen Flüchtlingsströmen, die in den letzten zwei Jahren angekommen sind. Deshalb denken viele ostdeutsche Wähler:innen, dass das Problem die Zuwanderung ist.

Dahinter verbirgt sich jedoch die Verschlechterung der deutschen Wirtschaft, von der vor allem der Osten betroffen ist. Deutschland ist der bevölkerungsreichste Staat der EU und ihr wirtschaftliches Kraftzentrum mit einem Anteil von über 20 % am BIP dieses Blocks. Das

GRAFIK 1: DIE BEDEUTUNG DES VERARBEITENDEN GEWERBES

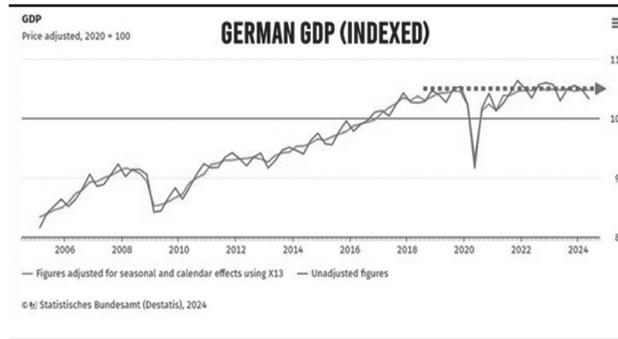


verarbeitende Gewerbe macht immer noch 23 % der deutschen Wirtschaft aus, verglichen mit 12 % in den USA und 10 % in Großbritannien. Und in der verarbeitenden Industrie sind 19 % der deutschen Arbeitskräfte beschäftigt, gegenüber 10 % in den USA und 9 % in Großbritannien. (Grafik 1)

Doch diese größte Volkswirtschaft Europas befindet sich in einer Rezession. Das reale BIP sank im zweiten Quartal 2024 um 0,1 % gegenüber dem ersten Quartal 2024 und um denselben Betrag gegenüber dem zweiten Quartal 2023. Tatsächlich ist das reale BIP in Deutschland seit fünf aufeinanderfolgenden Quartalen nicht mehr gewachsen und hat in den letzten vier Jahren tatsächlich stagniert. (Grafik 2)

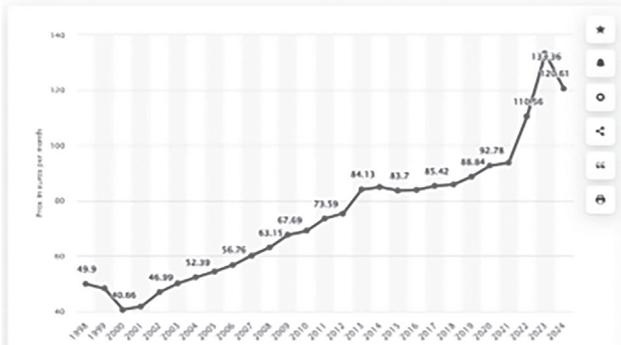
Die deutsche Regierung ist sklavisch der Politik der NATO gefolgt und hat sich aus der Abhängigkeit von billiger Energie aus Russland gelöst – ja sie hat sich sogar mit der Sprengung der lebenswichtigen Nordstream-Gaspipeline abgefunden. Die Energiekosten für deutsche Haushalte sind in die Höhe geschossen. (Grafik 3)

GRAFIK 2: ENTWICKLUNG DES BIP IN DEUTSCHLAND



GRAFIK 3: DURCHSCHNITTliche MONATliche STROMRECHNUNG FÜR EINEN 3-PERSONEN-HAUSHALT IN DEUTSCHLAND

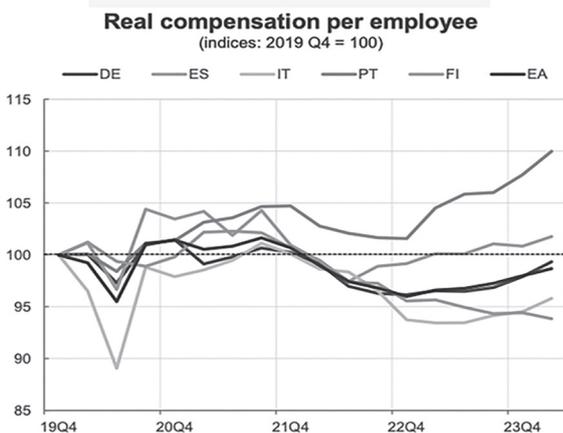
Average electricity bill for a 3-person household in Germany (in euros per month)



In Deutschland, wie in vielen EU-Ländern, liegen die Reallöhne heute immer noch unter dem Niveau von vor der Pandemie: (Grafik 4)

Aber wichtiger für das deutsche Kapital sind die steigenden Energiekosten für das verarbeitende Gewerbe. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kommentiert: „Die hohen Energiepreise beeinträchtigen auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen und damit ihre Innovationsfähigkeit. Mehr als ein Drittel der Industrieunternehmen gibt an, aufgrund der hohen Energiepreise derzeit weniger in betriebliche Kernprozesse investieren zu können. Ein Viertel gibt an, sich mit weniger Mitteln

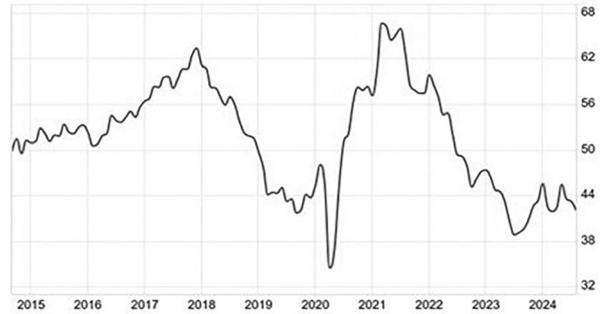
GRAFIK 4: ENTWICKLUNG DER REALLÖHNE IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN DER EU



Sources: ECB, BIS and ECB staff calculations. Notes: Compensation per employee is deflated by national CPI for Germany (DE), Spain (ES), Italy (IT), Portugal (PT) and Finland (FI). The euro area (EA) is deflated by HICP. Last observations: 2024 Q1.

GRAFIK 5: IN DEN LETZTEN DREI JAHREN IST DAS VERARBEITENDE GEWERBE ZUSAMMEN- GEBROCHEN.

DE Manufacturing PMI - points



Source: tradingeconomics.com | S&P Global

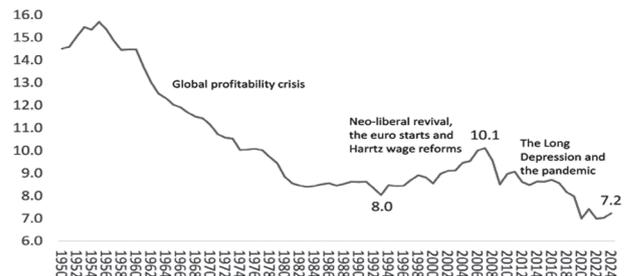
für den Klimaschutz engagieren zu können, und ein Fünftel der Industrieunternehmen muss Investitionen in Forschung und Innovation zurückstellen.“ „Neben den geplanten Produktionsverlagerungen ist dies eine weitere akute Bedrohung für den Industriestandort Deutschland“, warnt Achim Dercks (DIHK). „Wenn die Unternehmen selbst nicht mehr in ihre Kernprozesse investieren, kommt dies einer schleichenden Demontage gleich.“

Im vergangenen Sommer rechnete der IWF vor, dass diese steigenden Kosten das potenzielle Wirtschaftswachstum in Deutschland um bis zu 1,25 % pro Jahr verringern würden, „je nachdem wie groß das endgültige Ausmaß des Energiepreisschocks sein wird und wie es durch eine erhöhte Energieeffizienz abgemildert werden kann“. (Grafik 5)

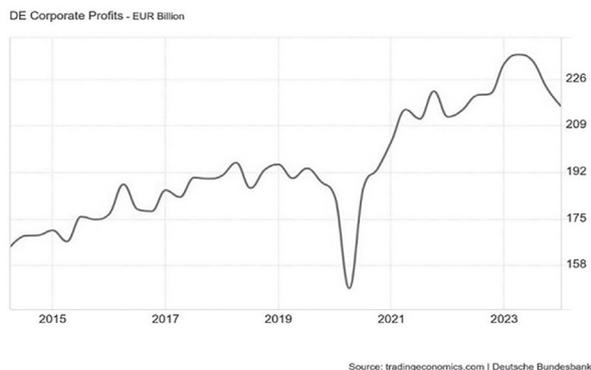
Auch der Rentabilitätsaufschwung für das deutsche Kapital seit der Einführung des Euros – Verlagerung von Industriekapazitäten in den Osten der EU und massi-

GRAFIK 6: ENTWICKLUNG DER PROFITRATE IN DEUTSCHLAND

Germany: rate of profit on net capital stock (EWPT, AMECO) series %



GRAFIK 7: KONZERNGEWINNE IN MRD. EURO

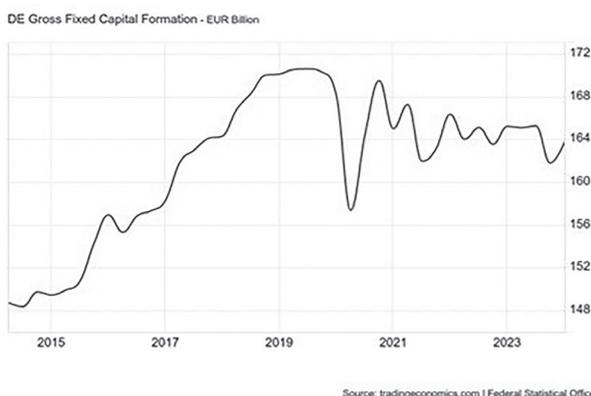


ve Ausdehnung des Billiglohnssektors – ist vorbei. Die Rentabilität des deutschen Kapitals begann in der großen Rezession und während der langen Depression der 2010er Jahre zu sinken. Der größte Einbruch erfolgte jedoch während der Pandemie und die Rentabilität ist nun auf einem historischen Tiefstand. (Grafik 6)

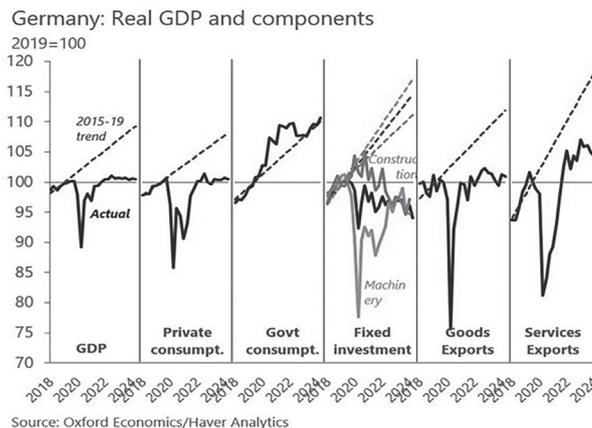
Schlimmer noch, die Masse der Gewinne hat ebenfalls begonnen zu sinken, da die steigenden Produktionskosten (Energie, Transport, Komponenten) die Einnahmen auffressen. Und wenn die Gesamtgewinne sinken, werden ein Einbruch der Investitionen und eine Rezession folgen. (Grafik 7 und 8)

Damit komme ich zu den Argumenten der keynesianischen Ökonomen, die den Niedergang Deutschlands auf einen Mangel an Verbrauchernachfrage und „Überkapazitäten“ in der Produktion zurückführen. Es wird argumentiert, dass Deutschlands großer Handelsüberschuss

GRAFIK 8: DIE BRUTTOKAPITALBILDUNG (EIN INDIKATOR FÜR ZU ERWARTENDE INVESTITIONEN) IST RÜCKLÄUFIG



GRAFIK 9: ENTWICKLUNG DES BIP UND SEINER BESTANDTEILE



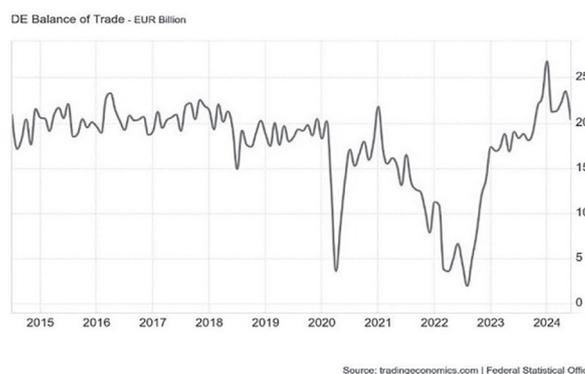
(Exporte über Importe) ein „Ungleichgewicht“ in der Wirtschaft anzeigt, das durch eine Steigerung des Konsums behoben werden sollte.

Dies ist jedoch Unsinn. Betrachtet man die Komponenten des realen deutschen BIP seit Beginn des Pandemieeinbruchs im Jahr 2020, so stellt man fest, dass der Einbruch in Deutschland nicht auf einen Einbruch des Konsums (um 1 %), sondern der Investitionen zurückzuführen ist. Sinkende Rentabilität und Gewinne führten zu sinkenden Investitionen (minus 7 %). (Grafik 9)

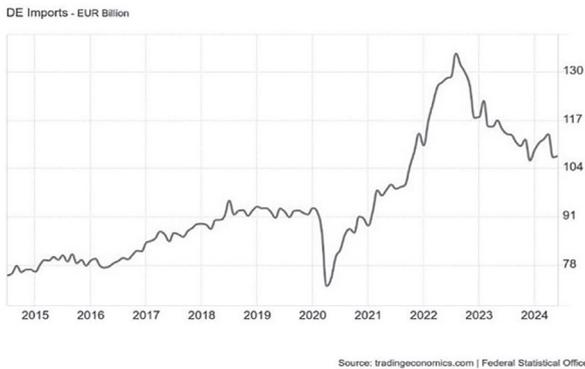
Und es ist keineswegs so, dass Deutschland mit seinen Exporten die Welt „überschwemmt“. Der Handelsüberschuss mit dem Rest der Welt ist verglichen mit 20 Mrd. Euro pro Jahr so gut wie unverändert wie in den 2010er Jahre. (Grafik 10)

Die Warenexporte stagnieren mehr oder weniger; die Importe sind im Verlauf und nach der Pandemie zurück-

GRAFIK 10: HANDELSBILANZ DEUTSCHLANDS IN MRD. EURO



GRAFIK 11: IMPORTE IN MRD. EURO



gegangen, da die deutschen Hersteller ihre Produktion und den Einsatz von Rohstoffen und Komponenten zurückgefahren haben. (Grafik 11)

Während der Pandemie stiegen die Staatsausgaben stark an, um die Auswirkungen der Arbeitsplatz- und Lohnverluste abzumildern. Nach dem Ende der Pandemie verhängte die Regierungskoalition Sparmaßnahmen, angeblich um die Vorgaben der EU-Kommission und des deutschen Grundgesetzes einzuhalten, wonach der Staat „nur so viel Geld ausgeben darf, wie er einnimmt“. [...]

Zu allem Überfluss beharrt Finanzminister Christian Lindner, Vorsitzender der kleinen neoliberalen Partei der freien Marktwirtschaft, auf der Kürzung der Sozialausgaben, die vor allem die ostdeutschen Bundesländer trifft. Lindner will die Staatsausgaben um bis zu 50 Milliarden Euro kürzen!

All dies zeigt, dass selbst der deutsche Kapitalismus, die erfolgreichste fortgeschrittene kapitalistische Wirtschaft in Europa, sich den bremsenden Kräften der Langen Depression nicht entziehen kann. Aber es zeigt auch, dass die sklavische Befolgung der Interessen des US-Imperialismus durch die deutsche Regierungskoalition im Namen der „westlichen Demokratie“ in Bezug auf die Ukraine und Israel die Hegemonie des deutschen Kapitals und den Lebensstandard seiner ärmsten Bürger:innen zerstört. Kein Wunder, dass die Stimmen des Nationalismus und der Reaktion immer lauter werden.

1.9.2024

Übers.: J. S.

1 <https://thenextrecession.wordpress.com/2024/06/09/elections-last-chance-saloon-for-unity/>



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

BLOCKIEREN, VERSCHWENDEN, DESORGANISIEREN?

Sozialist:innen und die Wahlen 2024

Der folgende Artikel ist eine Erwiderung auf einen Artikel von Max Elbaum¹, in dem dieser die Positionen der marxistischen Zeitschrift „Tempest“ angreift.

■ **Ashley Smith**

Elbaums Position, die auf der Linken hegemonial ist, ist alles andere als eine kühne neue Strategie, seit die Kommunistische Partei in den 1930er Jahren die unabhängige Politik der Arbeiterklasse aufgab, um die Demokratische Partei zu unterstützen.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Eine Zeit lang schien die Neue Linke der 1960er Jahre kurz davor, damit zu brechen, nur um dann von Sozialdemokraten wie Michael Harrington und ehemaligen „Marxisten-Leninisten“ in der New Communist Movement (Neue Kommunistische Bewegung) auf einen langen Marsch zurück in die Demokratische Partei geführt zu werden. Das Umfallen der Linken hinein in die Demokratische Partei gefährdete die unabhängige Organisation von Klassen- und sozialen Kämpfen, ordnete die Bewegungen den Wahlen unter und zwang sie, Forderungen aufzugeben, für die sie einst gekämpft hatte.

Seitdem hat die Linke verschiedene Versuche unternommen, die Demokratische Partei zu transformieren oder zu benutzen – eine Neuausrichtung, eine Ersatzpartei und einen immer wieder aufgeschobenen Plan für einen „harten Bruch“. Elbaums „Block and Build“ ist nur die jüngste Inkarnation der Standardstrategie der Linken. Es ist keine, die für diese spezielle Wahl entwickelt wurde,

sondern ist seit den 90er Jahren eine gemeinsame Position der Linken. Es handelt sich bestenfalls um alten Wein in neuen Schläuchen.

Seine Artikel mögen Beifall, Likes und Nachdrucke von Liberalen, NGO-Führungskräften, Gewerkschaftsfunktionären und progressiven Demokraten erhalten haben – die allzu oft ein materielles Interesse an der Verfolgung dieser Strategie haben –, aber der Weg, den Elbaum vertritt, ist in der Vergangenheit völlig gescheitert und wird heute wieder scheitern. Dies wird die Rechten nicht blockieren, wird keinen Widerstand gegen die Demokraten aufbauen und wird sicherlich nicht zur Bildung einer neuen sozialistischen Partei führen.

Gefangener der beiden kapitalistischen Parteien

Elbaum beginnt seinen Beitrag mit der zutreffenden Schilderung der schwierigen Situation, in der sich Sozialist:innen in den USA heute befinden. Wir sind klein, weitgehend unorganisiert und fangen gerade erst an, unsere soziale Basis in der Arbeiterklasse und unterdrückten Gruppen wieder aufzubauen. Wir haben keine sozialdemokratische Partei, geschweige denn eine revolutionäre.

Elbaums Feststellung, dass „die politischen Strukturen unseres Landes ein gewaltiges Hindernis für radikale Veränderungen darstellen“, ist eher eine Untertreibung. Er

meint, dass wir es mit einer Republikanischen Partei mit „einem autoritären MAGA-Block [Make America Great Again] zu tun haben, der offen faschistische Elemente enthält“, und einer Demokratischen Partei, die „eine alternative Agenda“ anbietet, aber „der rechten Angstmacherei gegenüber Einwanderern nachgegeben hat“.

Während seine Charakterisierung der Republikaner im Grunde richtig ist, gilt das nicht für seine Darstellung der Demokraten. Die Demokraten sind keine „klassenübergreifende Koalition“ oder eine sozialdemokratische Partei, sondern eine kapitalistische, und sie bieten keinerlei Alternative an, die die Sozialisten unterstützen sollten. Sie werden vom Großkapital finanziert, streng kontrolliert von einer Parteibürokratie, die sich dem Erhalt des Systems verschrieben hat (man erinnere sich an Nancy Pelosi, die stolz erklärte: „Wir sind kapitalistisch“) und zur Durchsetzung der imperialen Herrschaft der USA entschlossen ist. Sie sind strukturell unempfänglich für Reformen von links.

Bis zum Aufstieg Trumps waren die Demokraten das B-Team der herrschenden Klasse, die auflaufen durften, wenn sich ihr A-Team, die Republikaner, selbst diskreditiert hatte. Die Rolle der Demokraten bestand darin, die Linke, die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen einzubinden und zu neutralisieren und die Bildung jeglicher Art von linker Alternative zu verhindern und solchen Widerstand in den Grenzen des Zweiparteiensystems zu halten.

Liz Cheneys Demokratische Partei

Aber jetzt, da die Republikaner von einem unberechenbaren Möchtegern-Diktator dominiert werden, dessen verrückte Wirtschaftsvorstellungen den US-Kapitalismus und -Imperialismus untergraben würden, betrachtet die herrschende Klasse – vor allem einschließlich ihrer außen- und sicherheitspolitischen Expert:innen – die Demokratische Partei als ihr A-Team. Unter der Biden/Harris-Regierung wollten sie keine progressive Alternative schaffen, sondern den US-Kapitalismus erneuern, die imperialistische Hegemonie der USA gegen China und Russland wiederherstellen und die Legitimität der Machtelite gegen Anfeindungen von rechts und links wieder durchsetzen.

Jeder, der an dieser Charakterisierung zweifelt, sollte sich Harris' Debatte mit Trump noch einmal ansehen. Sie versprach zwar, den Status quo ante beim Abtreibungsrecht wiederherzustellen, und wandte sich gegen die rassistischen Tiraden und Taten ihres Gegners, verbrachte aber den Großteil ihrer Zeit damit, rechte Positionen zu vertreten.

Sie versprach, „unser“ Militär zur „tödlichsten Kampftruppe der Welt“ zu machen, um sicherzustellen, dass der US-Imperialismus und nicht China „den Wettstreit um das 21. Jahrhundert gewinnt“. Sie versprach auch, ein republikanisches „Grenzsicherheitsgesetz“ umzusetzen, um Migrant:innen zurückzudrängen, eine „Law and order“-Politik zu verfolgen, um „gegen Gewaltverbrechen vorzugehen“ und grünes Licht für mehr Fracking zu geben, genau wie Biden es mit seinem Inflation Reduction Act getan hat.

Diese Positionen waren nicht, wie Elbaum behauptet, Beispiele für ein Einknicken vor der MAGA-Rechten, sondern solche, die schon lange von der Demokratischen Partei vertreten wurden: Sie begann die meisten Kriege Washingtons im 20. Jahrhundert; sie hat Israel jahrzehntelang mit Billionen von Dollar jährlich bewaffnet, einschließlich der jüngsten Zuweisungen zur Unterstützung des Völkermords; sie half unter Clinton bei der Militarisierung des Grenzregimes und deportierte unter Obama so viele Menschen, dass er den Spitznamen „Chef-Abschieber“ erhielt; sie arbeitete mit den Republikanern bei der „Law and order“-Hysterie zusammen, die zu überfüllten Gefängnissen führte; und unter der Biden/Harris-Regierung hat sie Bohrungen und Fracking von fossilen Brennstoffen auf einen Höchststand in der Geschichte der USA gebracht.

Nur der Vergleich mit Trump lässt die Demokraten als etwas kleiner als das absolute Übel erscheinen. Und Harris orientiert sich – statt sich gegen Rechts zu stellen – strategisch auf das Establishment ihrer Partei, indem sie in ihrem Wahlkampf Unterstützung von Rechten wie Liz Cheney, Kriegsverbrechern wie deren Vater Dick Cheney und einer Liste anderer Widerlinge erbittet, die Elbaum und andere auf der Linken einst als gefährliche Reaktionäre in Regierungsverantwortung verurteilten.

In der Tat ist Liz Cheney überglücklich, die Kandidatin der Demokraten als Mitglied der Rechten zu begrüßen. Sie sagte zu ABC News: [Harris' Grundsatzrede auf dem Parteitag der Demokraten] „ist eine Rede, die Ronald Reagan hätte halten können. Es ist eine Rede, die George Bush hätte halten können. Sie war geprägt von einer Liebeserklärung und viel Verständnis für den außergewöhnlichen Charakter dieser großen Nation, eine Liebe zu Amerika, eine Anerkennung, dass Amerika ein besonderer Ort ist.“

Unterschätzte Chancen und Verantwortlichkeiten

Elbaum unterschätzt nicht nur unsere missliche Lage als Gefangene dieser beiden Parteien der herrschenden Klasse, er unterschätzt auch die Möglichkeiten, die die Linke heute hat. Seine Position leidet unter einem tiefgreifenden Defä-

tismus, der nicht unsere enormen Möglichkeiten und die daraus sich ergebende Verantwortung wahrnimmt.

Seit der Großen Rezession [nach 2008], die einen globalen Einbruch ausgelöst hat, haben unsere Gesellschaft und fast alle anderen auf der ganzen Welt einige der größten Massenaufstände erlebt, einschließlich politischer Revolutionen, die Regierungen gestürzt haben, zuletzt in Bangladesch. Hier in den USA haben wir die Explosion von Occupy, die Aufstände von Black Lives Matter in den Jahren 2014 und 2020, Massenaktionen zur Verteidigung der MigrantInnenrechte, die „Red State Teachers“-Revolution und den Sieg der [Gewerkschaft] UAW über die Großen Drei [Autokonzerne] erlebt.

Vielleicht am wichtigsten ist, dass die Explosion der Solidarität mit Palästina in Städten und Universitäten im ganzen Land seit letztem Oktober die Opposition gegen den US-Imperialismus und die Demokratische Partei in den Mittelpunkt des linken Pols der politischen Radikalisierung gestellt hat. Die unermüdlichen Proteste gegen „Genocide Joe“ spielten eine wesentliche Rolle dabei, seinen Wahlkampf zu untergraben, und zwangen die Demokraten, ihn durch Harris zu ersetzen.

Wir befinden uns also in einem frühen Stadium des Wiederaufbaus einer kämpferischen Minderheit unter Arbeiter:innen, unterdrückten Gruppen und einer ganzen Generation junger Menschen. Unser Problem ist bisher, dass die bestehenden Organisationen der Arbeiterklasse und anderer Unterdrückter in der Regel schwach und oft von Geldgebern und Gönnern abhängig sind, die an die Demokratische Partei gebunden sind. Wir müssen daher neue, unabhängige Massenorganisationen und eine eigene politische Partei gründen, um Kämpfe an Arbeitsplätzen, in den Stadtteilen und bei Wahlen zu führen.

Die Linke muss, wenn sie eine Rolle in unserer Gesellschaft spielen will, die historische Chance erkennen, die sich in dieser Epoche der Krise, des Kampfes und der Radikalisierung ergibt, und muss sie nutzen. Stattdessen plädiert Elbaum dafür, dass die neu entstehende Linke ihre Ressourcen dafür verwendet, die gleiche ausgeleierte Strategie zu verfolgen, die in der Vergangenheit gescheitert ist. Er war – wie der Rest der alten und neuen Linken – so lange Geisel dieser Position, dass er jetzt unter dem Stockholm-Syndrom leidet.

Falsche Darstellung des Gegners

Tempest versucht, einen anderen Kurs einzuschlagen, und beginnt, bei neuen Radikalen an Zugkraft zu gewinnen, insbesondere bei denen, die sich über die Unterstützung

der Demokraten für Israels Völkermordkrieg empören. Vielleicht provozierte dies Elbaum, mit solch herablassender Bösartigkeit zu reagieren. Es überrascht nicht, dass er unsere Position falsch darstellt und sie lächerlich macht.

Er wirft uns politische Feigheit vor, weil wir nicht zu einer Stimmabgabe für Harris aufrufen, als ob das der Kern unserer Position wäre. In zahlreichen Artikeln zur Frage der Demokratischen Partei und der sozialistischen Strategie haben wir eine differenzierte Argumentation dargelegt, die viel entwickelter ist als Elbaums Pappkamerad. Wir stellen die vorherrschende politische Linie in Frage, die die Linke seit Jahrzehnten verfolgt hat, nämlich nicht nur für die Demokraten zu stimmen, um die Rechte zu stoppen, sondern auch unsere kostbaren und begrenzten Ressourcen – finanzielle, menschliche, politische und moralische – für den Wahlkampf für sie zu verschwenden.

Wie oft haben wir von Elbaum und anderen gehört, dass wir alles andere fallen lassen und mit Klinkenputzen [für die Demokraten] den Faschismus stoppen müssen? Es ist zu einem solchen Klischee geworden, dass es jetzt klingt wie der Hirtenjunge, der ruft: „Der Wolf ist da“. Tatsächlich haben uns die Republikaner in der Vergangenheit nicht den Faschismus gebracht.

Aber wir leugnen nicht, dass Trumps Transformation der Partei dies zu einer Möglichkeit in den kommenden Jahren gemacht hat. Um es klar zu sagen: Trump ist kein Faschist, und die Republikanische Partei ist nicht faschistisch. In ihr gibt es heute allerdings eine faschistische Minderheit, die beginnt, Banden von Straßenkämpfern zu organisieren, um die Linke, Gewerkschaften und unterdrückte Menschen physisch anzugreifen.

Als Sozialist:innen engagieren wir uns für einen Kampf für demokratische Rechte, ein Prinzip, das die Demokraten und ihre Verbündeten in den Universitätsverwaltungen im ganzen Land bereit sind, aufzugeben, um Israels völkermörderischen Krieg gegen Palästina zu unterstützen. Wir teilen mit allen in den USA die Angst vor der Bedrohung, die Trump und diese Faschisten darstellen, und wir sind fest entschlossen, sie zu bekämpfen. Wir verstehen und sympathisieren mit Menschen, die aus dieser Angst für Harris stimmen werden. Über individuelle Entscheidungen, die Menschen an der Wahlurne treffen, diskutieren wir nicht und werden es auch in Zukunft nicht tun.

Aber wir glauben nicht, dass unser Eintritt in den Wahlkampf für Harris und die Demokraten den Aufstieg der extremen Rechten aufhalten wird. Die Demokraten wollen das kapitalistische System im Interesse der herr-

schenden Klasse stützen, auch wenn sie einige fortschrittliche Reformen versprechen, von denen sie die meisten nicht umgesetzt haben und dies ohne Massenkampf von unten auch nicht tun werden.

Davon abgesehen wird eine Harris/Walz-Regierung am eigentlichen Problem nichts ändern – dem krisengeschüttelten kapitalistischen System, das der Nährboden für das Wachstum der neuen extremen Rechten ist. Wenn Harris gewinnt, wird sie bestenfalls einer gespaltenen Regierung vorstehen, die sie daran hindern wird, ihre Handvoll versprochener fortschrittlicher Reformen wie die Festschreibung des Rechts auf Abtreibung als nationales Recht zu verabschieden. Wenn die Linke nicht für ihre Forderungen kämpft und sich als Alternative positioniert, wird die Rechte ihre Kräfte zu einer immer größeren Bedrohung unserer bereits gefährdeten demokratischen Rechte sammeln.

Was auch immer ein Individuum an der Wahlurne tut – ob einfach aus Angst oder als selbsterdachte Taktik – wir brauchen eine andere Strategie, um sowohl die Trump-Republikaner als auch das durch die Demokratische Partei vertretene kapitalistische Establishment zu besiegen. Wir kämpfen dafür, dass unsere Massenorganisationen – politische Gruppen, Gewerkschaften und Organisationen sozialer Bewegungen – unsere Zeit, unser Geld und unsere Energie nicht darauf verwenden, für die Demokraten zu werben.

Stattdessen sollten wir all das für den Organisationsaufbau, für Demonstrationen, direkte Aktionen, die Organisation von Arbeiter:innen und die Unterstützung von Streiks wie dem jüngsten gegen Boeing einsetzen. Sozialist:innen sollten sich auf solche Kämpfe von unten konzentrieren, eine neue bei Arbeiter:innen und Unterdrückten verankerte kämpferische Minderheit aufbauen und aus diesem Prozess eine eigene neue sozialistische Partei schmieden.

So befürworten wir, im Gegensatz zu der von Elbaum gezeichneten Karikatur, die Bildung einer Wahlpartei, um gegen die Parteien unserer Klassenfeinde an der Wahlurne anzutreten. Tatsächlich haben wir in der Vergangenheit und in der Gegenwart immer wieder eine solche Partei gefordert.²

Aber bei dieser Wahl haben wir keine geeinte Linke, die sich für einen Wahlkampf begeistert. Stattdessen haben wir mehrere, die miteinander konkurrieren und denen es an Unterstützung durch Massenorganisationen der Linken mangelt, insbesondere von Gewerkschaften und Organisationen sozialer Bewegungen. Wir haben nicht annähernd

etwas wie die Neue Volksfront der französischen Linken, die unsere Seite sowohl gegen das kapitalistische Establishment von Emmanuel Macron als auch gegen die extreme Rechte von Marine Le Pen geeint hat.

Angesichts dieser Tatsache müssen wir die Klassen- und sozialen Kräfte organisieren und sie für den Aufbau einer neuen Partei gewinnen. Diese Partei sollte zwar Wahlen nutzen, aber sie darf sie nicht als ihre Priorität betrachten. Warum? Weil nur eine Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen und der sozialen Kräfte, d. h. eine Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, es uns ermöglichen wird, Reformen durchzusetzen und eine Partei in die Lage zu versetzen, eine echte politische und soziale Revolution anzuführen. Unabhängige Wahlkämpfe sollten Klassen- und sozialen Kämpfen eine Stimme geben, anstatt sie zu ersetzen.

Lehren und Hinterlassenschaft von „Block and Build“

Elbaums Strategie, die Demokraten als kleineres Übel zu unterstützen, wird dieses Projekt behindern und nicht voranbringen. Er stellt seine Position falsch dar, so als würde er einfach eine Stimmabgabe für Harris fordern. Wenn das die Gesamtheit von Elbaums Position wäre, würden wir unsere Zeit nicht mit einem Streit mit ihm verbringen, sondern unsere Position darlegen und wären uns darin einig, anderer Meinung zu sein.

Aber seine „Block and Build“-Strategie plädiert, wie alle Varianten des kleineren Übels, nicht nur dafür, dass die Linke für Harris stimmt, sondern auch dafür, unsere Zeit, unser Geld und unsere Energie dafür aufzuwenden, für sie zu werben und alles zu tun, was wir können, um ihren Sieg zu sichern. Für Elbaum und andere³ ist die Wahl der Demokraten die Voraussetzung dafür, dass die Linke Raum für sich selbst, soziale Bewegungen und den Klassenkampf schafft.

In Wirklichkeit hat die „Block and Build“-Strategie ihre erklärten Ziele nicht erreicht und wird dies auch nie schaffen. Stattdessen desorganisiert sie die Linke und stärkt die Rechte. Wenn die Linke und die Massenorganisationen der arbeitenden und unterdrückten Menschen für die Demokraten werben, bedeutet dies unweigerlich, dass weniger Ressourcen, wenn überhaupt, für die Aufklärung und Organisation gegen einen unserer Feinde aufgewendet werden.

Wenn die Linke für dieses kleinere Übel plädiert, verstummt unweigerlich ihre Kritik an den Demokraten und verwandelt sich absehbar in Hochjubeln, wenn man behauptet, sie seien „eine Alternative“. Das übelste Beispiel

für diese häufig anzutreffende Entwicklung ist Alexandria Ocasio Cortez (AOC).

Erinnern wir uns daran, dass sie als Rebellin begann, die im Windschatten von Sanders als Kandidatin auftrat, die das Establishment der Demokratischen Partei angriff und so weit ging, sich einem Sit-in anzuschließen, das von Sunrise in Nancy Pelosis Büro organisiert wurde. Schnell jedoch gab sie diesen symbolischen Radikalismus auf und begann, Pelosi ihre „Mama Bärin“ zu nennen.

Sie wurde dann das wichtigste Sprachrohr der Linken für Bidens Wiederwahl, bejubelte ihn inmitten des Völkermords als „einen der erfolgreichsten Präsidenten der modernen amerikanischen Geschichte“ und verteidigte ihn bis zuletzt gegen diejenigen, die seinen Ersatz durch Harris forderten, die sie als Lockvogel für Spender:innen verunglimpften.

Aber nach der Palastrevolte des Establishments gegen Biden verwandelte sich AOC in einen linken Lautsprecher für Harris und sicherte sich als Belohnung einen Platz auf der Redeliste des Parteitags zur besten Sendezeit. In ihrer Rede stellte sie Harris als Verteidigerin der arbeitenden Klasse dar und behauptete ohne den Hauch eines Beweises, dass die Vizepräsidentin „unermüdlich an einem Waffenstillstand in Gaza arbeite“. Das *Time Magazine* nutzte die Gelegenheit, um ihre Verwandlung vom „Außenseiter der Demokratischen Partei zum Gesicht ihrer Zukunft“ herauszustellen.

Das Abgleiten der Linken von der Taktik des „kleineren Übels“ zum Hochjubeln ermöglicht es der Demokratischen Partei, sich nach einer gewonnenen Wahl weiter nach rechts zu bewegen, vage Versprechen zu brechen und eine Politik umzusetzen, die das Kapital stärkt und die Bedingungen der arbeitenden und Mittelklassen verschlechtert. Da die Unzufriedenheit vor allem unter Kleinunternehmern und abstiegsbedrohten (leitenden) Angestellten zunimmt, erscheint als die einzige Alternative die extreme Rechte mit ihren reaktionären „mach die anderen Opfer zu Sündenböcken“-Lösungen für die kapitalistische Krise.

Die Geschichte ist voller Beispiele vom Scheitern solcher Strategien wie der von Elbaum. Das klassische Beispiel war in Deutschland der Kampf gegen Hitler und seine NSDAP. Die Sozialdemokraten unterstützten General Paul von Hindenburg bei der Präsidentschaftswahl 1932, um den Aufstieg der Nazis zu verhindern, nur um zu erleben, dass Hindenburg Hitler zum Kanzler Deutschlands ernannte.

Ein weiterer klassischer Fall geschah in Spanien während des Bürgerkriegs in den 1930er Jahren. Die Kommu-

nistische Partei hielt die sozialistische Revolution zurück und unterstützte die kapitalistische Republik gegen Franco, demoralisierte damit ihre Anhänger:innen unter den Arbeitern und Bauern und verlor gegen die Faschisten.

Auch in den USA hat diese Strategie in jüngerer Zeit nicht funktioniert. In den 1980er Jahren untergrub der Versuch der Linken, eine „Regenbogenkoalition“ innerhalb der Demokratischen Partei zu schmieden, die Linke, einschließlich der New Communist Movement, und lieferte ihre Überreste an eine Partei aus, die von neoliberalen Reaktionären wie Bill Clinton regiert wurde. Mit dem Rückgang von Klassen- und sozialen Kämpfen und der Aufgabe unabhängiger Politik durch die Linke sahen sich die beiden kapitalistischen Parteien, das kleinere und das größere Übel, wenig Widerstand gegenüber und bewegten sich als Ganzes so weit nach rechts, dass Liz Cheney heute Harris als Reaganistin feiern kann.

Die Erfolgsbilanz von „Block and Build“ seit dem Aufstieg der neuen Trumpistischen Republikaner ist ebenfalls katastrophal. Auf dem Höhepunkt einer fünfzehn Jahre dauernden Welle von Kämpfen folgten die Linke, die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen Bernie Sanders darin, Hillary Clinton und dann Joe Biden zu unterstützen, alles in der Hoffnung, Trump und die Rechte zu blockieren.

Aber die Unterstützung des kleineren Übels hat den Aufstieg der Rechten in den USA nicht blockiert. Trump und die Republikaner überlebten alle Verfahren und Verurteilungen, sammelten sich mit einem stark weiterentwickelten Programm im Projekt 2025, organisierten ihre Truppen und erweiterten ihre Basis. Sie hat auch nicht die Linke, soziale Bewegungen und Gewerkschaften aufgebaut.

Stattdessen verzichtete unsere Seite auf die Opposition gegen Biden und die Demokraten und hörte im Großen und Ganzen auf, für unsere radikalen Forderungen zu kämpfen. Das tragischste Beispiel war Black Lives Matter vor vier Jahren.

Im Frühjahr und Sommer 2020 erlebten die USA die größte soziale Bewegung ihrer Geschichte – den George-Floyd-Aufstand gegen rassistische Polizeimorde. Die Demokratische Partei hat die Bewegung jedoch praktisch gekapert, sie dazu gebracht, ihre Forderungen aufzugeben, und Aktivisten umgeleitet, um für Biden gegen Trump zu werben.

Die Bewegung brach zusammen und hinterließ wenig organisatorische Infrastruktur. Einmal im Amt und ohne Widerstand von links rückte Biden vom halbherzigen Versprechen einer „Polizeireform“ ab, um die Demokra-

ten als eine der beiden Parteien von „Law and order“ zu positionieren.

Vier Jahre später rühmt sich Harris, die in ihrer Vorwahlkampagne 2020 noch versucht hatte, ihre brutale Karriere als Staatsanwältin wegzuerklären, nun damit, Menschen ins Gefängnis geworfen zu haben. Der Niedergang von Black Lives Matter war keine Ausnahme, sondern die Regel bei den meisten anderen Klassen- und sozialen Kämpfen, die sich unter Biden weitgehend selbst demobilisierten. Infolgedessen hatten die Demokraten freie Hand bei der Umsetzung ihres – nicht unseres – Programms und passten sich nach rechts an, in der Hoffnung, ihre zunehmend tollwütigen Gegner zu neutralisieren.

So sind heute die Linke, soziale Bewegungen und Gewerkschaften insgesamt schwächer, unorganisierter und weniger zuversichtlich. Und Trump und der Trumpismus sind eine größere Bedrohung als je zuvor. Was auch immer der Ausgang der Wahl sein mag, der im Moment sehr knapp erscheint, können wir sicher davon ausgehen, dass

über 70 Millionen Menschen in diesem Land für Trump stimmen werden.

So wird die extreme Rechte nicht verschwinden, sondern tatsächlich zu einer größeren Bedrohung werden. Wenn Trump gewinnt, wird er versuchen, sein autoritäres „Project 2025“ umzusetzen, und wenn er verliert, wird er die Legitimität der Wahl im Kongress, vor den Gerichten und bei Massenprotesten, einschließlich einer möglichen Wiederholung des 6. Januar, in Frage stellen. So oder so scheinen wir auf eine Verfassungskrise entgegenzusteuern, in der traditionelle Strategien wie die von Elbaum wie urige Relikte einer vergangenen Ära wirken werden.

Zeit für eine neue Strategie

Wir müssen unseren eigenen Kurs entwickeln, der unseren konkreten historischen und nationalen Umständen entspricht und auf der marxistischen Theorie (siehe Kasten) und den Lehren der Geschichte basiert. Elbaums „Block and Build“-Strategie hat sich als Sackgasse erwiesen. Sie ist

LENIN ALS KRONZEUGE?

Elbaum versucht, seine alte, gescheiterte Strategie mit Zitaten des russischen Revolutionärs Wladimir Lenin zu verbrämen, die aus ihrem historischen Kontext gerissen und missbraucht wurden, um jeden anzuklagen, der für eine Alternative zu den beiden kapitalistischen Parteien plädiert. Das ist nichts Neues: Jahrzehntlang hat die Kommunistische Partei Lenins Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus falsch zitiert, um die Wahl einer kapitalistischen Partei zu rechtfertigen. Heute holt Elbaum Lenin-Zitate aus den Debatten über die Militärstrategie der Bolschewiki heraus. In diesem Zusammenhang kritisiert Lenin einige Sozialisten dafür, dass sie revolutionäre Phrasen und Rhetorik verwenden, um eine zum Scheitern verurteilte Strategie zur Ausweitung des Krieges gegen Deutschland zu rechtfertigen, anstatt die Notwendigkeit eines vorübergehenden Kompromisses zu akzeptieren, um sich auf zukünftige revolutionäre Kämpfe vorzubereiten. Das hat nichts damit zu tun, Demokraten, eine kapitalistische Partei, zu wählen oder nicht zu wählen. In dieser Frage waren Lenin wie Marx, Engels, Luxemburg und die meisten anderen revolutionären Sozialisten dagegen, für bürgerliche Parteien zu stimmen, sie zu unterstützen und für sie zu werben. Tatsächlich war sein klarer Ruf immer nach Klassenunabhängigkeit, auch wenn er nach der Niederlage der Revolution von 1905 vor der Wahl zwischen der bürgerlich-liberalen Kadettenpartei

und der brutalsten Reaktion in ihrer russischen Form stand, den Schwarzen Hundertschaften. Er erklärte: „Die Arbeiterpartei warnt daher die Massen vor den Wahlmächtschaften, die die Kadettenbourgeoisie hinter den Kulissen betreibt, sie warnt vor ihrem das Bewußtsein lähmenden Geschrei: Vertraut uns, den Advokaten, Professoren und aufgeklärten Gutsbesitzern, den Kampf gegen die Schwarzhundertergefahr an!“ Und er schreibt weiter: „Die Propagandisten von Blocks mit den Kadetten schaden nicht nur dem Proletariat und der ganzen Sache der Freiheit, sie schaden auch der Entwicklung des Bewußtseins der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Armut. Sie erfüllen nicht ihre unmittelbare Pflicht: diese vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu befreien.“ Um sicher zu sein, dass er nicht missverstanden wurde, endete er mit der Parole „Nieder mit allen Blocks! Die Arbeiterpartei muß in ihrer Wahlkampagne in der Tat und nicht nur in Worten selbständig sein. Sie muß dem ganzen Volk und besonders der ganzen proletarischen Masse das Beispiel einer grundsätzlichen, standhaften und mutigen Kritik geben. So und nur so werden wir die Massen für die wirkliche Teilnahme am Kampf um die Freiheit gewinnen und nicht für den Kasperleliberalismus der kadettischen Verräter an der Sache der Freiheit.“ [LW 11, 419, <https://kommunistische-geschichte.de/LeninWerke/LW11.pdf>]

daran gescheitert, die Rechte zu blockieren, den Klassen- und sozialen Kampf voranzutreiben und die Linke aufzubauen. Es ist an der Zeit, sie in den Mülleimer der Geschichte zu werfen, wo sie als Beweis für die katastrophalen Folgen der Aufgabe der Klassenunabhängigkeit und der Unterstützung von und noch schlimmer zum Beitritt zu liberal-bürgerlichen Parteien hingehört.

Die sozialistische Linke muss sich der Realität stellen und eine neue Strategie verfolgen. Unabhängig davon, was die Menschen an der Wahlurne tun, sollten wir uns nicht für Harris und die Demokraten einsetzen, sondern den Klassenkampf und die sozialen Bewegungen und vor allem die Solidarität mit Palästina aufbauen.

In diesen Kämpfen müssen Sozialist:innen eine neue kämpferische Minderheit schmieden und sie für den Aufbau einer neuen sozialistischen Partei begeistern. Unabhängig vom Ausgang der Wahl ist *Tempest* bestrebt, mit allen Linken, einschließlich Elbaum und seinen Genoss:innen, zusammenzuarbeiten, um eine eigene Partei aufzubauen. Mehr denn je haben wir eine Welt zu gewinnen und nichts zu verlieren als unsere Ketten, einschließlich derjenigen, die uns an die Demokratische Partei fesseln.

Quelle: <https://tempestmag.org/2024/09/block-squander-disorganize/>

Übersetzung: Björn Mertens

1 <https://liberationroad.substack.com/p/profiles-in-political-cowardice>

2 <https://tempestmag.org/2024/08/prioritizing-independent-political-action/>

3 Siehe etwa den Artikel <https://www.thenation.com/article/politics/democratic-party-the-left/>



Neuerscheinung

Jakob Schäfer: **Konkurrenz – Grundprinzip einer vernünftigen Gesellschaftsordnung?**

Wettbewerb beherrscht unser Leben. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen agieren unter der Peitsche der Konkurrenz, auch in vielen anderen Bereichen – Schule, Sport usw. – bestimmt Konkurrenz die Art unseres Zusammenlebens. Begründet wird dies gemeinhin mit dem angeblich naturgegebenen Kampf aller gegen alle und dem „angeborenen Egoismus des Menschen“. Doch stimmen diese vermeintlichen Wahrheiten überhaupt?

Und vor allem: Was ist die Alternative?

Diesen Fragen geht das Buch in fünf Abschnitten nach:
 ISBN: 978-3-7003-2323-5 – *Die besondere Bedeutung der Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*
 – *Kooperation statt Konkurrenz*
 – *Neuere Forschungsergebnisse zur Kooperation in Natur und Gesellschaft*
 – *Die Kooperation nach der Überwindung des Kapitalismus*

Erschienen bei *new academic press* (Wien), Oktober 2024, 150 S., 12,90 €

ISBN: 978-3-7003-2323-5

WARUM WIR TRUMP BESIEGEN MÜSSEN

Als Vizepräsidentin Kamala Harris Kandidatin der Demokratischen Partei wurde, gab es zuerst einen Seufzer der Erleichterung und dann einen Ausbruch der Begeisterung in der Demokratischen Partei. Viele sagten: „Jetzt können wir vielleicht gewinnen.“

■ **Dan La Botz**

Nach dem katastrophalen Auftreten von Präsident Joe Biden in seiner ersten Debatte mit dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump und danach dem gescheiterten Attentatsversuch, den viele seiner evangelikalen Anhänger als Ergebnis göttlichen Eingreifens betrachteten, schien es keinen Weg zu geben, Trump daran zu hindern, die Präsidentschaft zu gewinnen. Das war ein erschreckender Gedanke, da die meisten von uns auf der Linken im weitesten Sinne befürchten, dass wir im Falle seines Siegs in eine Periode des Autoritarismus eintreten würden, den Vorraum des Faschismus. Deshalb glauben viele von uns, dass wir für Kamala Harris stimmen müssen. Und sie könnte gewinnen. Kamala Harris' Auftakt der Kampagne, die erst am 21. Juli begann, war phänomenal. In den ersten Tagen gab es eine Zoom-Konferenz mit 40 000 schwarzen Unterstützerinnen.

Führer:innen der Demokratischen Partei, Spender:innen und Influencer sammelten sich schnell um Harris, deren Kampagne die Demokratische Partei einte. In kaum einer Woche sammelte sie etwa 300 Millionen Dollar und hielt riesige Kundgebungen ab mit unglaublichem Enthusiasmus, so groß wie die von Trump. Sie wählte den fortschrittlichen Tim Walz als ihren Vizekandidaten. Während ich dies am 10. August schreibe, stellte die *New York Times*/Sienna Poll fest, dass Harris vor Trump in Wisconsin, Michigan und Pennsylvania um fünf oder sechs Punkte führe, drei umkämpften Staaten, in denen Präsident Joe Biden bisher hinter ihm lag. Die Aussicht, die erste asiatische und erste schwarze Frau zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu wählen,

hat viele Teile der Basis der Demokratischen Partei und Unabhängige begeistert. Viele Frauen sind elektrisiert, eine Kandidatin zu unterstützen, die die erste Präsidentin werden könnte. Schwarze Menschen sind auch begeistert, eine Frau zu unterstützen, die sich als schwarze Kandidatin identifiziert, und junge Wähler sind jetzt voller Energie. Auch viele Südasiat:innen freuen sich über ihre Kandidatur, obwohl sie nur ein oder zwei Prozent aller Wähler ausmachen.

Ich möchte betonen, dass ich, wie praktisch jedes Mitglied von Solidarity, der Idee treu bleibe, dass wir eine unabhängige politische Partei der Arbeiterklasse mit einem sozialistischen Programm schaffen müssen — obwohl, wie wir aus den Erfahrungen mit der Labor Party (der 1990er Jahre), die jetzt nicht mehr existiert, und der Grünen Partei wissen, dass die politischen Spielregeln dies extrem schwierig machen. Anders als die DSA glaube ich nicht, dass die Linke eine strategische Ausrichtung auf die Demokratische Partei haben sollte. Ich denke, dass jahrzehntelange Versuche, die Demokraten zu reformieren oder neu auszurichten, gescheitert sind und es auch künftig kaum Aussichten auf Erfolg gibt. Aber wegen der Bedrohung durch den von Trump verkörperten Autoritarismus meine ich heute, wie ich bereits 2020 bei meiner Unterstützung für Biden argumentierte, dass wir die Kandidatin der Demokratischen Partei, Kamala Harris, unterstützen müssen.

Die Fakten

Aber wenn ich denke, dass wir für Harris stimmen sollten, liegt es nicht daran, dass sie in irgendeiner Weise fortschritt-

lich wäre. Einige Progressive der Demokratischen Partei argumentieren, dass eine Stimme für Harris selbst progressiv sei, weil sie eine schwarze/asiatische Frau ist. Während ich, wie viele Amerikaner:innen, eine farbige Frau als Präsidentin sehen möchte, sollten wir aus der Erfahrung von Barack Obama gelernt haben, dass eine farbige Person nicht unbedingt eine fortschrittlichere Politik bedeutet. Und die Rolle von Frauen wie Außenministerin Madeleine Albright und Hillary Clinton machten deutlich, dass das Geschlecht nicht die Politik bestimmt. Beide setzten die imperialistische Politik der USA um.

Tatsächlich war Harris nie eine, die für fortschrittliche Positionen gestanden oder für sie gekämpft hätte. Sie war noch nie Vorkämpferin irgendeiner progressiven Politik. Ähnlich wie der ehemalige Präsident Barack Obama, mit dem sie oft verglichen wird, hat sie politische Kontroversen sorgfältig vermieden. In ihren früheren Ämtern, sei es als Generalstaatsanwältin von Kalifornien, US-Senatorin oder Vizepräsidentin, hat sie als Moderate gehandelt und abgestimmt. Vizepräsidenten haben in der Vergangenheit nie ihre eigenen Ansichten geäußert, und das hat auch Harris nicht getan. Innenpolitisch unterstützte sie Bidens liberale Wirtschafts- und Sozialprogramme, die bedeutendsten seit einem halben Jahrhundert. Die bemerkenswertesten waren der American Rescue Plan Act (1,9 Billionen US-Dollar) zur Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmern während der COVID-19-Pandemie, der Infrastructure Investment and Jobs Act (1,2 Billionen US-Dollar) und der Inflation Reduction Act (369 Milliarden US-Dollar) zur Bewältigung von Klimafragen.

In der Einwanderungspolitik hatte sie eine gemischte Bilanz: Als kalifornische Generalstaatsanwältin und als Vizepräsidentin unterstützte sie Bidens Einwanderungs- und Grenzschutzpolitik voll und ganz. Diese Politiken verstoßen gegen US-amerikanisches und internationales Recht, weil dadurch vielen die Möglichkeit genommen wird, in das Land einzureisen und Asyl zu beantragen, indem Barrieren aufgebaut werden, Menschen ohne ordnungsgemäßes Verfahren festgenommen und ausgewiesen werden oder viele jahrelang in einer rechtlichen Schwebe bleiben. Während sie damit beauftragt wurde, sich um die Wurzeln des Einwanderungsproblems in Lateinamerika zu kümmern, insbesondere in El Salvador, Guatemala und Honduras – eine undankbare und schier unlösbare Aufgabe, da es bedeutet, die Ergebnisse jahrzehntelanger US-Kriegsführung, neoliberaler Politik, korrupter autoritärer Regierungen und der Verbreitung von Kartellen und Banden irgendwie zu korrigieren – konnte sie nur lächeln und einigen NGOs ein wenig Hilfe leisten.

Harris ist eine erklärte Verteidigerin des Abtreibungsrechts und die erste hochrangige Mandatsträgerin, die den Mut hatte, eine Abtreibungsklinik zu besuchen. Es gibt keinen Zweifel, dass ihre Verteidigung des Rechts der Selbstbestimmung über die eigene Fortpflanzung ihr große Sympathie bei vielen Frauen eingebracht hat. Doch dies ist eine Verteidigung eines bundesstaatlich geschützten Rechts – des Rechts, sich unter bestimmten Umständen für eine Abtreibung zu entscheiden, das nun verloren gegangen ist. Es ist ein Kampf für die Wiederherstellung des Status quo ante, keine neue progressive Position. Man wird von ihr nicht erwarten, dass sie für kostenlose Abtreibungen auf Verlangen kämpft oder für kostenlose Pillen danach, für die, die es wünschen. Harris wird auch für Bidens Unterstützung der Automobilgewerkschaft United Auto Workers und ihres erfolgreichen Streiks im Herbst 2023 gelobt, die sie nun nutzt, wenn sie vor UAW-Publikum spricht.

Außenpolitisch war sie uneingeschränkt mit Bidens Unterstützung für Israel und seinen Krieg gegen Gaza, die Unterstützung der Ukraine gegen die russische Invasion und die Ablehnung der rivalisierenden imperialen Ambitionen Chinas einverstanden. Harris' Ruf, in Bezug auf Israel fortschrittlicher zu sein, beruht auf Aussagen, die sie wenige Tage nach ihrem Treffen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu machte: „Was in den letzten neun Monaten in Gaza geschah, ist verheerend [...] Die Bilder von toten Kindern und verzweifelten, hungrigen Menschen, die auf der Flucht zu einem sicheren Ort sind und manchmal zum zweiten, dritten oder vierten Mal vertrieben wurden – wir können angesichts dieser Tragödien nicht wegsehen.“ Dann fügte sie hinzu: „Ich werde nicht schweigen.“ Gut, aber sie hat nicht gesagt, wie sie die US-Politik ändern würde, wenn überhaupt. Doch obwohl sie eine Mainstream-Demokratin ist mit allem, was dazu gehört – eine Unterstützerin des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus, eine Person, die von den Banken und Konzernen abhängig ist, eine, die Oberbefehlshaberin des größten und immer noch aggressivsten Militärapparats der Welt werden wird –, sollten wir für sie stimmen, denn die Alternative ist viel schlimmer.

Die Gefahr

Donald Trumps Charakter und seine Psychologie sind nur zu gut bekannt. Er ist narzistisch, selbstsüchtig und gierig. Mit seiner Reality-Show „The Apprentice“ gelang es ihm, sich erst landesweit bekannt und dann zu einer nationalen, charismatischen Figur zu machen. Er hat eine brillante Fähigkeit, die Gedanken seiner Anhänger:innen zu lesen

und ihre Herzen zu gewinnen. Er vertritt frauenfeindliche, rassistische und fremdenfeindliche Ansichten und hat sie der amerikanischen Gesellschaft eingepflanzt und zur Norm gemacht. Er hat Ängste benutzt, um auf die Verunsicherung weißer Menschen einzugehen und latente Einstellungen und Ressentiments gegenüber Frauen, Schwarzen, LGBTQ-Menschen und Lateinamerikaner:innen auszulösen. Wenn es feindselige Haltungen nicht schon gab, dann hat er sie den Menschen eingefloßt.

Auf diese Weise hat Trump eine Massenanhängerschaft von Zig Millionen aufgebaut, etwa zwei Fünftel der amerikanischen Bevölkerung. Obwohl nicht leicht zu messen hat er die Unterstützung eines großen Prozentsatzes weißer Wähler aus der Arbeiterklasse, darunter viele Gewerkschaftsmitglieder. In den letzten acht Jahren sind Trumps persönliche politische Ansichten mit der Ideologie des weißen christlichen Nationalismus zusammengefallen. Er hat eine sehr starke Unterstützung von den weißen evangelikalen Kirchen und ihren überwiegend proletarischen Gemeinden.

Die mit ihm verbündeten rechten Organisationen wie Millers America First Legal, Kirks Turning Point USA und Michael Flynns America's Future haben Millionen von Dollar vom Bradley Impact Fund erhalten. Er hat die Unterstützung rechtsextremer Milizen und rechtsradikaler Gruppen wie den Oath Keepers und den Proud Boys gewonnen.

Am wichtigsten ist, dass er die Republikanische Partei vollständig übernommen, ihr mehr Disziplin verliehen und sie nach rechts gerückt hat. Er hat von oben her eine rechtsextreme politische Bewegung und Partei aufgebaut, die extrem gefährlich ist.

2016 und 2020 wurden uns die Augen darüber geöffnet, wie Trump regieren würde. Damals hatte er noch kein politisches Team und nur begrenzten Einfluss in der Republikanischen Partei. Dennoch führte er einige der seit Jahrzehnten bedeutendsten Angriffe auf die amerikanische Demokratie und die Arbeiter:innenklasse durch. Zunächst verabschiedete er 2017 eine Steuersenkung in Höhe von 2,3 Billionen Dollar, die sich dramatisch auf die Verteilung des Reichtums im Land auswirkte. Er ernannte drei rechte Richter:innen – Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett – für den Obersten Gerichtshof der USA, der dann das Urteil Roe v. Wade aufhob und damit den bundesstaatlichen Schutz des Rechts auf Abtreibung beendete. Er löste die Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen heraus.

Es gab auch viele andere Angriffe auf die Sozialprogramme und Bundesverordnungen, die dem amerikani-

schon Volk zugutekamen. Wir sollten nicht vergessen, dass er auch für Hunderttausende von vermeidbaren Todesfällen während der COVID-Pandemie verantwortlich war, weil er den wissenschaftlichen Informationen nicht folgte und die Menschen dazu ermutigte, angemessene Gesundheitspraktiken wie das Tragen von Masken und das Meiden von Menschenansammlungen zu ignorieren und sich dagegen zu wehren.

Im Jahr 2020 weigerte er sich anzuerkennen, die Wahl verloren zu haben, und arbeitete daran, die Auszählung der Stimmen und die Bestätigung Bidens zu hintertreiben. Am 6. Januar 2021 organisierte er einen Aufstand und versuchte einen Putsch, um sich an die Macht zu bringen. Die Gefahr bei seinem möglichen Amtsantritt im Jahr 2025 besteht darin, dass Trump und seine Berater planen, die US-Regierung grundlegend umzugestalten, ein Plan, der jetzt durch spätere Urteile des Obersten Gerichtshofs der USA erleichtert werden wird.

Die Realität im Jahr 2024

Wir alle wünschten, es gäbe eine glaubwürdige linke politische Partei der Arbeiter:innenklasse, die eine Alternative darstellt. Aber leider gibt es die nicht. Die Kandidatur von Professor Cornel West ist eine Schimäre geblieben, sie ist nie konkret geworden. Die Grünen (Green Party) vertreten viele progressive Positionen, aber ihre Kandidatin Dr. Jill Stein lehnt sich an die Positionen des russischen Diktators Wladimir Putin bei seinem Krieg gegen die Ukraine an. Dennoch könnten einige für die Grünen abstimmen wollen, um das Prinzip der unabhängigen politischen Aktion zu verteidigen, aber das kann und sollte nicht in den Swing States geschehen, wo es zu einem Sieg Trumps beitragen könnte. Sozialist:innen sollten ab jetzt bis zum November die Harris-Walz-Kandidatur unterstützen, nicht weil sie eine bedeutende progressive Alternative darstellt, sondern weil sie uns vier weitere Jahre in unserer Demokratie gibt – so wie sie ist –, um soziale und politische Bewegungen zu organisieren, um für die Arbeiter:innenklasse und die Unterdrückten zu kämpfen und das Ideal des demokratischen Sozialismus zu propagieren.

Aus: *Against the Current* Nr. 232, September/Oktober 2024

Übersetzung: Björn Mertens



ISRAEL WILL DEN FLÄCHENBRAND

Auch wenn bei den israelischen Luftangriffen auf den Iran durch Druck der USA Atom- und Ölanlagen vorerst ausgespart wurden, ist klar, dass Israel zur Sicherung seiner Dominanz in der gesamten Region eine weitere Eskalation seines völkermörderischen Krieges anstrebt - und sei es um den Preis eines unkontrollierbaren Flächenbrands.

Ein Dossier mit 10 Beiträgen

Israels Krieg gegen eine ganze Bevölkerung
SEITE 22

Wo steht die Hisbollah heute?
SEITE 24

Israels Eskalationsstrategie im Libanon
SEITE 26

Palästinas Zukunft
SEITE 28

Die Entzauberung des „transatlantischen Antifaschismus“
SEITE 34

Israels Untermenschen
SEITE 35

Unter Geiern und Falken
SEITE 39

Israel will den Flächenbrand
SEITE 40

Die Verantwortung der USA am Völkermord
SEITE 44

Der Verrat des Holocausts durch den israelischen Staat
SEITE 47

ISRAELS KRIEG GEGEN EINE GANZE BEVÖLKERUNG

Seit mehr als einem Jahr führt die israelische Armee einen völkermörderischen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Krankenhaus, eine Schule oder eine andere Flüchtlingsunterkunft bombardiert wird. Penetrant behauptet die israelische Regierung stets, dass sich dort jeweils „eine Kommandozentrale der Hamas“ befunden habe. Sie kann es zwar nie beweisen, aber die Staaten der „westlichen Wertegemeinschaft“ stehen eisern zu Israel und liefern weiter Waffen. So können diese Kriegsverbrechen ungehindert weitergehen. **Jakob Schäfer / Michael Weis**

Da die Menschen sich gar nicht in sichere Gebiete begeben können, ist dieser Krieg inzwischen mehr als eine auf Vertreibung basierende ethnische Säuberung, es ist Völkermord. Die Verhandlung zur Klage der Republik Südafrika vor dem Internationalen Strafgerichtshof steht noch aus, aber die Fakten sprechen schon heute eine klare Sprache.

Nehmen wir nur ein paar Zahlen aus *Mondoweiss* sowie aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 7.10.2024: Bis Anfang Oktober wurden mehr als 42 000 Menschen getötet, unter den Trümmern werden weitere 10 000 Tote vermutet. Von den Bestatteten wurden bis Anfang August 32 280 identifiziert. Diese waren zu 60 Prozent Frauen und Kinder. Schwer verletzt wurden nach Angaben der *Süddeutschen Zeitung* mehr als 97 000, kaum einer davon kann angemessen ärztlich versorgt werden.

Von den 36 Krankenhäusern sind 19 komplett, die übrigen teilweise zerstört. Auch 85 % der Schulen sind

nicht mehr nutzbar, sodass 625 000 Schüler:innen ohne Zugang zu öffentlicher Bildung sind.

Zwischen dem 7. Oktober 2023 und Ende September 2024 sind allein im Westjordanland 722 Menschen – darunter 146 Kinder – von rechtsradikalen Siedlern und der Armee getötet worden. Seitdem hat die israelische Regierung ihr mörderisches Vorgehen noch verschärft. Am 3. Oktober flog die Luftwaffe einen Angriff auf Tulkarem im Westjordanland und tötete 20 Menschen.¹

Die Helfershelfer im Westen

Auch im Libanon sind seit Beginn der Bodenoffensive und der Dauerbombardements auf den Süden des Landes, die Bekaa-Ebene und Beirut bereits über 2000 Menschen getötet, über 10 000 verletzt und 1,2 Millionen vertrieben worden. Beim Beschuss eines Wohnhauses inmitten von Beirut, bei dem 22 Zivilisten getötet und 117 verletzt wurden, fanden Reporter des *Guardian* Teile des Lenksystems JDAM, mit dem bunkerbrechende 2000-Pfundbomben (Mk80) gesteuert werden. Beides wird von den USA geliefert und der Einsatz in Wohngebieten führt zwangsläufig zu vielen zivilen Opfern. Zynisch mutet die gleichzeitige Stellungnahme des US-Sondergesandten Hochstein an, dass dieser Beschuss „völlig inakzeptabel“ sei.

Allein im letzten Jahr lieferten die USA militärische Ausrüstung im Wert von 17,9 Mrd. US-Dollar an Israel. Während Länder wie Spanien oder Irland das Freihandelsabkommen mit Israel wegen der andauernden Menschenrechtsverletzungen aussetzen wollen, fordert die BRD Israel zwar dazu auf, „weniger Zivilisten zu töten“, hat aber gleichwohl Waffenlieferungen an Israel wieder aufgenommen. Da internationale Gerichte und auch das Verwaltungsgericht Berlin Waffenlieferungen unter den Vorbehalt gestellt haben, dass das Empfängerland die „Übereinkünfte des humanitären Völkerrechts“ beim Einsatz dieser Waffen zu berücksichtigen habe, wurde von dem gerichtsnotorischen Kriegsverbrecher Gallant die formale Zusicherung zu dieser Klausel eingeholt. Der Wert einer solchen Zusage zeigt sich beispielsweise in den permanenten Angriffen auf UN-Blauhelme im Libanon, die einer entgrenzten Offensive im Weg sind und zudem zu unliebsamen Zeugen der israelischen Kriegsverbrechen werden.

Wie sehr auch die Helfer:innen bei diesem Krieg betroffen sind, zeigt eine Mitteilung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNRWA, dass allein bei der Bombardierung der Nuseirat-Schule 6 ihrer

Mitarbeiter getötet wurden. Insgesamt sind bis Anfang Oktober 298 Helfer getötet worden.

Israel ist in einem Dilemma

Der so lange anhaltende Krieg führt aktuell aber noch zu einer anderen Entwicklung: Viele Menschen verlassen heute Israel, andere bringen ihre Geldvermögen im Ausland in Sicherheit. Siehe dazu das Interview mit Shir Hever: „Steht Israels Kollaps bevor?“²

Zur misslichen Lage im Land verweisen wir auch auf den Artikel von Itzhak Brik, in dem die ausweglose Strategie der israelischen Regierung kritisiert wird.³ Generalmajor Brik ist kein Freund der Palästinenser. Er setzt sich für eine Stärkung der Armee ein, beklagt aber die Überdehnung der Armeeinsätze, wie sie die israelische Regierung seit Monaten betreibt. Auch das ist ein zentrales Element für die sich zuspitzende Krise des israelischen Staates und der israelischen Gesellschaft. So hatte er schon am 24. Oktober 2023 vor einem Einmarsch der israelischen Armee im Gazastreifen gewarnt.⁴

Was nach außen, vor allem in den deutschen Medien, als ein so stabiles israelisches Regime erscheint, das mit allen seinen Gegnern fertig wird, verdeckt – zunehmend nur notdürftig – die missliche Lage im Land. Vor allem: Die Menschen, die zu Hunderttausenden gegen Netanjahu demonstrieren, haben zwar kein Mitleid mit den Palästinenser:innen. Aber sie sind von der Regierung schwer enttäuscht, denn ihnen ist inzwischen klar, dass der Regierung die Geiseln, also israelische Bürger:innen, im Grunde schnuppe sind. Dies rüttelt an den Grundfesten der israelischen Gesellschaft; auch das ist ein zentrales Element in der Krise der israelischen Gesellschaft.

Ist Netanjahu schuld?

Spätestens seit Juni 2024 ist klar, dass ein Waffenstillstand und eine daran angehängte dauerhafte Waffenruhe möglich wären. Katar und Ägypten, die an den Verhandlungen über den Biden-Plan beteiligt waren, haben mehrfach bestätigt, dass Hamas unterzeichnen würde, aber die israelische Seite hat – auch nach der Zusage ihrer Verhandlungsdelegation – immer wieder neue Forderungen gestellt, vor allem aber keine bindende dauerhafte Waffenruhe akzeptiert. Wäre es im Sommer zu einer Unterzeichnung des Vertrags gekommen, wäre mit einem Schlag auch Ruhe an der „Nordfront“ eingetreten.

Allgemein wird die Weigerung Israels vor allem – oft sogar ausschließlich – mit Netanjahus Angst vor einer

Verurteilung wegen Korruption erklärt, denn nach einem Ende des Kriegs, spätestens nach einer Neuwahl muss er mit einer Abwahl rechnen. Sicher ist dies ein Element zur Erklärung der aktuellen Politik, genauso wie die erpresserische Politik der religiösen und rechtsradikalen Parteien in der israelischen Regierung. Der Hauptgrund liegt aber woanders.

Trotz der oben genannten politisch-gesellschaftlichen Krise im Land drängt der unangefochten dominante Teil der politischen Kräfte des Staatsapparats einschließlich der Generäle weiterhin auf eine Fortsetzung und Verschärfung der ethnischen Säuberung. Für sie wäre es unentschuldig, die Gelegenheit, die sich ihrer Ansicht nach mit dem 7. Oktober ergeben hat, nicht konsequent im Sinne der zionistischen Staatsmacht zu nutzen. Schon am 19.11.2023 veröffentlichte der pensionierte Generalmajor Giora Eiland in *Yedioth Ahronoth* zwei Artikel, die auf ein rücksichtsloses Vorgehen drängten. Er ging auch soweit, sich über mögliche Epidemien im Gazastreifen zu freuen, weil dies den Sieg Israels nur beschleunigen werde.⁵ Und, man solle sich nicht von der internationalen Gemeinschaft von einem scharfen Vorgehen (gemäß der Dahiya-Doktrin) abhalten lassen.

Darauf aufbauend und sich explizit auf Giora Eiland beziehend haben im September aktive Generäle der Regierung den „Plan der Generäle“ unterbreitet, nach dem die Armee erneut und verstärkt in den Norden des Gaza-Streifens einziehen soll, um den dort unter unmöglichen Bedingungen hausenden mehr als 200 000 Menschen das Leben zur Hölle zu machen, also keine Hilfslieferungen durchlassen usw.⁶ Genau damit hat die Regierung Anfang Oktober begonnen. Seitdem wird dort wieder intensiv bombardiert.⁷ Innerhalb von 11 Tagen wurden dabei 350 Menschen getötet und das geht seitdem ungehindert weiter. So hat beispielsweise am 14.10. eine Killerdrohne 10 Menschen getötet, die an einer Verteilerstation von Hilfslieferungen warteten. Begründet wird das damit, dass die Bevölkerung zur Evakuierung aufgefordert sei, und alle, die noch da seien, werden als „Kombattanten“ (Kriegsteilnehmer) angesehen, auf die man schießen könne. Zusätzlich wurde südlich von Gaza-Stadt (beim Wadi Gaza) ein militärisches Sperrgebiet eingerichtet, um andere Menschen an der Rückkehr in den Norden zu hindern. Damit könnte ein Traum der israelischen Siedlerbewegung in Erfüllung gehen, Teile von Gaza zu annektieren und die 2005 aufgegebenen Siedlungen wieder neu zu errichten.

- 1 <https://mondoweiss.net/2024/10/bodies-shredded-into-pieces-unprecedented-israeli-airstrike-in-west-bank-kills-20-including-entire-family/>
- 2 https://www.youtube.com/watch?v=DS_2XOFIQY8.
- 3 <https://www.jpost.com/israel-hamas-war/article-791320>.
- 4 <https://blogs.timesofisrael.com/major-general-res-brik-dont-enter-gaza-now/>
- 5 <https://x.com/QudsNen/status/1726239911013982326>
- 6 <https://apnews.com/article/hamas-israel-generals-plan-evil-gaza-219d7eb9a3050e281ccc032d5a56263c>
- 7 <https://mondoweiss.net/2024/10/bombings-killer-drones-and-starvation-eyewitnesses-describe-israels-extinction-campaign-in-northern-gaza/>

WO STEHT DIE HISBOLLAH HEUTE?

Auch wenn die Ermordung von Hassan Nasrallah ein schwerer Schlag für die Hisbollah ist, ist sie noch nicht am Ende. **Joseph Daher**

Die blutige Gewalteskalation Israels gegen den Libanon in den letzten Wochen hat der Hisbollah einen schweren Schlag versetzt, insbesondere nach der Ermordung von Hassan Nasrallah. Zunächst wurden Kommunikationsgeräte zur Detonation gebracht, die von Hisbollah-Mitgliedern, darunter auch Zivilisten und Soldaten, benutzt wurden. Dabei starben 39 Menschen und mehrere Tausend wurden verwundet. Seither findet eine massive Bombenkampagne statt, bei der hohe militärische und politische Parteiführer liquidiert sowie fast zweitausend Zivilisten getötet und über einer Million Menschen vertrieben wurden.

Personenkult um Nasrallah ...

In den vergangenen Jahrzehnten hatte die Partei in der Öffentlichkeit einen Personenkult um Hassan Nasrallah betrieben. Besonders deutlich wurde dies nach dem Krieg Israels gegen den Libanon 2006, als ihr ursprünglicher Slogan „Nasr al-ilâhi“ in „Nasrun min Allâh“ (Mit Gott zum

Sieg)¹ geändert wurde, ein Wortspiel mit Hassan Nasrallahs Namen. Dies war Teil der Imagepflege des Führers in den Medienkampagnen der Partei.

Während die Hisbollah bei anderen religiösen Gruppierungen im Libanon und sogar im gesamten Nahen Osten und in Nordafrika sehr populär war, hatte Nasrallahs Ansehen außerhalb der Parteibasis nach dem Krieg 2006 erheblich abgenommen. Grund dafür war u. a. das militärische Vorgehen der Hisbollah gegen andere libanesische Organisationen, bspw. 2008 in bestimmten Stadtvierteln im Westen Beiruts und auch in anderen Regionen, insbesondere in Schûf, wo es zu militärischen Auseinandersetzungen kam, nachdem die libanesische Regierung angekündigt hatte, das Kommunikationsnetz der Partei verbieten zu wollen. Zudem beteiligte sich die Hisbollah später an der blutigen Niederschlagung des syrischen Aufstandes an der Seite des despotischen syrischen Regimes, was ebenfalls zu konfessionellen Spannungen im Libanon führte.

Außerdem wird die Hisbollah neben anderen Parteien für die Wirtschafts- und Finanzkrise 2019 verantwortlich gemacht, da sie seit 2005 an jeder Regierung der nationalen Einheit beteiligt war. Nasrallah distanzierte sich vehement von der damaligen Protestbewegung und beschuldigte die Demonstranten, von ausländischen Botschaften finanziert zu werden. Dies ging so weit, dass protestierende Menschen von Hisbollah-Mitgliedern angegriffen wurden.

Immer wieder waren Hisbollah-Mitglieder in den letzten Jahren in Auseinandersetzungen mit Angehörigen anderer religiöser Gruppierungen verwickelt, und die Hisbollah galt gar als einer der Hauptverantwortlichen dafür, dass die Ursache für die Explosionen im Hafen von Beirut im August 2020 nicht aufgearbeitet wurde.

Insofern hat sich die Hisbollah außerhalb ihrer schiitischen Basis politisch und gesellschaftlich immer weiter isoliert. Nasrallah wurde nicht nur als Galionsfigur des nationalen Widerstands, sondern auch zunehmend als sektiererischer „Zaim“ (Führer) wahrgenommen, der bloß die politischen Interessen seiner Partei und die autoritärer Regime wie Syrien und Iran vertritt.

Diese Isolierung hat dazu beigetragen, dass die Partei nach dem 7. Oktober einen offenen Krieg mit Israel vermeiden wollte. Durch ihre bloß punktuellen und eher symbolischen Angriffe auf militärische Ziele Israels wollte die Hisbollah verhindern, dass der Konflikt von innenpolitischen Gegnern im Libanon ausgenutzt wird, sie erneut zum Hauptverantwortlichen für die ganze Misere des

Landes zu stempeln. Der jetzt stattfindende Angriff Israels auf den Libanon mit Unterstützung der USA hat dieses Kalkül durchkreuzt.

... und wie weiter nach seinem Tod

Die Führung der Hisbollah versucht jetzt unter Beweis zu stellen, dass die Partei ihre bisherige Orientierung auch nach der Ermordung ihres ehemaligen Generalsekretärs und einer Reihe hoher militärischer und politischer Kader beibehält. Der Interimsführer Naim Qassem unterstrich dies in seiner Rede vor Anhängern und Mitgliedern mit den Worten: „Wir treten in die Fußstapfen von Hassan Nasrallah“.

Für die Hisbollah geht es nun in erster Linie darum, ihre internen Strukturen und die Hierarchie zu schützen, indem sie das nun entstandene Vakuum an der Parteispitze und in den verschiedenen politischen und militärischen Verantwortungsbereichen beseitigt und einen neuen Generalsekretär wählt.

Zweitens ist die Partei bestrebt, ihre Ziele im Krieg mit Israel aufrechtzuerhalten: keine Spaltung der Fronten in Gaza und im Libanon bis zu einem Waffenstillstand im Gazastreifen und Aufrechterhaltung und Schutz ihrer militärischen Infrastrukturen und Kapazitäten, einschließlich der Langstreckenraketen und -flugkörper, vor den Angriffen und Bodenoffensiven Israels.

Hierbei gilt, dass die Partei trotz der erheblichen Rückschläge derzeit immer noch der wichtigste politische Akteur im Libanon ist. Ihr Einfluss erstreckt sich auch über die Landesgrenzen hinaus, insbesondere in Syrien, wo sie ebenfalls die politischen Interessen Teherans in der Region vertritt.

Die militärischen Kapazitäten der Hisbollah sind trotz der israelischen Invasion, der Schwächung der internen Kommunikation und der Ermordung zahlreicher militärisch erfahrener Kommandeure nach wie vor ihr wichtigstes Kapital. Vor allem verfügt sie über ein großes Arsenal an Raketen und Flugkörpern. Erstmals seit dem 7. Oktober hat die Partei kürzlich verschiedene Fadi-Raketen (Mittelstreckenraketen) eingesetzt, um militärische Einrichtungen in den Außenbezirken der Städte Haifa und Tel Aviv zu treffen. Bei den ersten Versuchen der israelischen Armee, in libanesisches Gebiet einzudringen, zerstörten die Hisbollah-Soldaten ihre Merkava-Panzer und verletzten und töteten einige ihrer Soldaten.

Neben ihrem militärischen Flügel verfügt die Partei über ein großes Netz von Einrichtungen für grundlegende Dienstleistungen, auch wenn dieses Netz durch den Krieg und die damit einhergehenden wachsenden Nöte der Bevölkerung teilweise unzureichend wurde. Vor diesem

Hintergrund wird die Basis der Hisbollah höchstwahrscheinlich bestehen bleiben – insbesondere in Ermangelung einer umfassenden politischen Alternative und angesichts einer anhaltenden Wirtschaftskrise mit einem nicht funktionierenden Staat.

Auf regionaler Ebene profitiert die Hisbollah nach wie vor von der Unterstützung durch den Iran, auch wenn diese in Teilen der Partei nach den jüngsten Attentaten und Zerstörungen Israels schwächer geworden ist. Die strategischen Ziele Teherans, insbesondere seit dem 7. Oktober, bestehen in der Tat darin, seine regionale geopolitische Position zu stärken, um seine künftige Verhandlungsposition gegenüber den USA in Bezug auf atomare Anlagen und Sanktionen zu stärken. Der Iran versucht dadurch, seine politischen und sicherheitspolitischen Interessen zu wahren und gleichzeitig einen direkten regionalen Konflikt mit Israel und den USA zu vermeiden.

Irans jüngste Vergeltungsmaßnahmen gegen Israel, die keine nennenswerten Schäden verursacht haben, sind in diesem Rahmen zu sehen. Natürlich haben sie damit auch versucht, in gewisser Weise ihr Abschreckungspotential zu demonstrieren, auch wenn dies gemessen an den überlegenen israelischen Militärkapazitäten und der Unterstützung durch Washington völlig asymmetrisch gewesen ist. Außerdem wird dies den Krieg Israels gegen den Libanon nicht aufhalten.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sich die Hisbollah in der gefährlichsten Situation seit ihrer Gründung befindet, was sich angesichts der anhaltenden Angriffe Israels und der Isolation der Partei innerhalb des Libanon wahrscheinlich nicht bald verbessern wird.

Während die Hauptstärke der Bewegung darin bestand, eine starke und disziplinierte Organisation aufzubauen und keine „Ein-Mann-Veranstaltung“ zu betreiben – trotz des Personenkults um Nasrallah –, kann die Partei wegen ihrer politischen Strategie und Orientierung ihre Basis kaum ausbauen. Die Hisbollah hat es versäumt, eine Gegenhegemonie aufzubauen, die das unter den Konfessionen austarierte neoliberale System im Libanon infrage stellt. Sie hat es vielmehr aktiv unterstützt und ist zu einem seiner Hauptstützen geworden.

Zudem fungiert die Partei als entscheidender Transmissionsriemen der iranischen Einflussnahme und Interessen in der Region, insbesondere nach dem Beginn der Aufstände in Syrien und im gesamten Nahen Osten und Nordafrika 2011. Sie fördert damit ebenfalls eine neoliberale autoritäre Ordnung, die der Emanzipation und Befreiung der Völker entgegensteht.

Mit anderen Worten, die Hisbollah ist, wie auch andere regionale politische Akteure, die am Widerstand gegen Israel beteiligt sind, nicht in der Lage, eine umfassende Bewegung aufzubauen, die demokratische und soziale Anliegen miteinander verknüpft, allen imperialistischen und subimperialistischen Kräften Widerstand leistet und gleichzeitig den sozialen Wandel von unten durch den Aufbau von Bewegungen fördert, in denen die Unteren die wahren Akteure ihrer Emanzipation sind.

Aus: *New Arab* vom 5.10.2024

Übersetzung: MiWe

1 Hassan Nasrallah hieß schon von Kindesbeinen an so. Der „Leitspruch“ der Hisbollah [*idhâ dschâ'*] *nasr-al-ilâhi* ist wie dieser Name der Beginn einer der letzten Suren und wird heute genau so ausgesprochen wie der Name Hassans. Das mag dazu geführt haben, dass der Leitspruch geändert wurde in *nasr-un min Allah*, was fast dasselbe bedeutet: „die Hilfe Allahs[und Sieg]“ bzw. „eine Hilfe Allahs ...“ *Anm. d. Red.*

ISRAELS ESKALATIONSSTRATEGIE IM LIBANON

Kaum eine Stunde, nachdem ich letzte Woche einen Artikel über die „israelische Einschüchterungsstrategie“ geschrieben hatte, startete der israelische Geheimdienst eine Massenterroroperation im Libanon, indem er in zwei aufeinanderfolgenden Wellen an zwei Tagen tausende Kommunikationsgeräte in die Luft jagte und dabei mehr als 40 Menschen tötete und mehr als 3500 verletzte. **Gilbert Achcar**

Dem folgte eine Eskalation mit gegenseitigen Bombardements zwischen der Hisbollah und den israelischen Aggressionskräften (den sogenannten „Verteidigungs-kräften“) als Vorspiel zu den massiven Bombenangriffen, die sich am Montag, den 23.9. über den Süden des

Libanon und andere Gebiete mit Hisbollah-Stellungen ergossen und fast 500 Menschen töteten und mehr als 1600 verletzten.

Die Bombardements dauern zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen immer noch an.

Damit stellt sich die Frage, ob diese plötzliche Eskalation dessen, was wir als „israelische Einschüchterungsstrategie“ bezeichnet haben, das Vorspiel zu einer breit angelegten Aggression gegen den Libanon ist. Gemeint sind wahllose intensive Bombardements aller Gebiete, in denen die Hisbollah präsent ist, einschließlich der dicht besiedelten südlichen Vororte von Beirut, mit dem Ziel, diese „wie Gaza aussehen zu lassen“, wie es einer der engsten Mitarbeiter Benjamin Netanjahus ausdrückte. Es ist in der Tat zu befürchten, dass der zionistische Staat eine brutale Aggression gegen Teile des Libanon durchführen wird, ähnlich den Angriffen auf den gesamten Gazastreifen, gemäß dem, was einer der Befehlshaber der israelischen Aggression gegen den Libanon im Jahr 2006 als „Dahiya-Doktrin“ bezeichnete (in Anlehnung an die südlichen Vororte von Beirut, wobei das arabische Wort *dahiya* „Vorort“ bedeutet).

Diese Doktrin zielt darauf ab, jeden, der Israel zu widerstehen versucht, durch massive Gewaltandrohungen abzuschrecken. Dies gilt namentlich für Gebiete, die von einer als „feindlich“ erachteten Zivilbevölkerung bewohnt werden, analog zu 2006, als die südlichen Vororte von Beirut als „Hochburgen“ der Hisbollah ins Visier genommen wurden.

Damals überquerten Hisbollah-Kämpfer die Südgrenze des Libanon, töteten acht israelische Soldaten und nahmen zwei gefangen. Die darauf folgenden Angriffe der Israelis hatten zweifellos eine solch abschreckende Wirkung, dass auch der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, sein Bedauern zum Ausdruck brachte, als er nach diesem Krieg im Fernsehen erklärte: „Wenn ich nur annähernd geahnt hätte, dass diese Entführungsaktion zu einem Krieg dieses Ausmaßes führen würde, hätten wir sie aus humanitären, moralischen, militärischen, sozialen, sicherheitsrelevanten und politischen Gründen sicherlich nicht durchgeführt.“

Die westlichen Medien sind schnell bei der Hand, Kriegsverbrechen von Feinden des Westens zu verurteilen, etwa des russischen Regimes in der Ukraine. Verschwiegen wird hingegen, dass die „Dahiya-Doktrin“ kein Beispiel für militärische Genialität ist, das es wert ist, an den militärischen Hochschulen zivilisierter Länder gelehrt zu werden, sondern vielmehr eine eklatante

Verletzung des Kriegsrechts. Dabei werden Kriegsverbrechen im großen Stil begangen, bis hin zum Völkermord in Gaza mit der ausdrücklichen Absicht, Zivilisten aufs Korn zu nehmen, um den Gegner abzuschrecken. Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine von einem Terrorstaat par excellence ausgearbeitete terroristische Strategie, mithin eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, dass der Staatsterrorismus viel gefährlicher ist als der Terrorismus nichtstaatlicher Gruppen, da er dieselbe Logik anwendet, nämlich die Tötung von Zivilisten zu politischen Zwecken, jedoch mit einem unermesslich größeren Ausmaß an Tod und Zerstörung.

Die Hisbollah hat aus dem 33-Tage-Krieg von 2006 zwei Lehren gezogen. Erstens berücksichtigt sie seither eine „rote Linie“, um dem zionistischen Staat keinen neuen Vorwand für Angriffe auf libanesischen Zivilisten zu liefern. Um in erster Linie ihre Basis in der Bevölkerung zu schonen, führte die Hisbollah keine waghalsigen Operationen mehr durch, wie die von 2006 oder wie sie die Hamas vor etwa einem Jahr beging und damit den Krieg mit der Zerstörung des Gazastreifens und das Massaker an der dortigen Bevölkerung auslöste. Zweitens baute die Hisbollah ein riesiges Raketenarsenal auf und damit ein Abschreckungspotential zur Bedrohung ziviler Gebiete innerhalb des zionistischen Staates, was im Vokabular der nuklearen Abschreckung als „Gleichgewicht des Schreckens“ bezeichnet wird.

Es liegt in dieser Logik, dass sich die Hisbollah am Tag nach der Operation „Flut von Al-Aqsa“ auf einen begrenzten Zermürbungskrieg mit dem zionistischen Staat beschränkte, um so in gewisser Weise dem Aufruf der Hamas zur Teilnahme an dem von dieser angezettelten Krieg Folge zu leisten. Dieser Aufruf war in der Botschaft des militärischen Führers der Islamischen Bewegung im Gazastreifen, Mohammed al-Deif, enthalten, die zu Beginn der Operation ausgestrahlt wurde: „O Brüder des islamischen Widerstands im Libanon, Iran, Jemen, Irak und Syrien, der Tag ist gekommen, an dem euer Widerstand mit eurem Volk in Palästina verschmelzen wird, damit dieser schreckliche Besatzer begreift, dass die Zeit, in der er wütete und unsere Geistlichen und Führer ermordete, vorbei ist. Die Zeit der Plünderung eurer Reichtümer ist vorbei. Die fast täglichen Bombardements in Syrien und im Irak werden aufhören. Die Zeit der Spaltung der muslimischen Gemeinde und der Vergeudung ihrer Kräfte in internen Konflikten ist vorbei. Die Zeit ist gekommen, dass sich alle arabischen und islamischen Kräfte vereinen, um diese Besetzung

unserer heiligen Stätten und unseres Landes hinwegzufegen.“

Die Hisbollah war jedoch klug genug, sich nicht von dieser Euphorie mitreißen zu lassen und zu glauben, dass der Tag des Sieges über Israel und der Befreiung Palästinas gekommen sei. Daher beschloss sie, wohl als Unterstützer, aber nicht als vollwertiger Kriegsteilnehmer aufzutreten und bloß einen begrenzten Abnutzungskrieg zu führen. Die Partei wollte damit ihre Solidarität mit den Menschen in Gaza zum Ausdruck bringen, aber ihre Basis in der Bevölkerung nicht einem ähnlichen Schicksal wie die dortigen Bewohner:innen aussetzen. Diese Rechnung geht nun jedoch nicht auf, denn die zionistische Aggressionsarmee hat ihre intensiven Großeinsätze in Gaza beendet, konzentriert sich nun auf ihre Nordfront und hat die von uns als „Einschüchterungsstrategie“ bezeichnete schrittweise Eskalation der Angriffe eingeleitet, verbunden mit der Drohung, zur Umsetzung der „Dahiya-Doktrin“ überzugehen.

Diese Vorgehensweise Israels zeigt, dass die Abschreckungsstrategie der Hisbollah wirkt und die zionistische Regierung vorsichtig sein muss, bevor sie einen umfassenden Krieg beginnt, der die israelische Bevölkerung teuer zu stehen kommt, auch wenn die Kosten für die Hisbollah-Anhänger angesichts der haushohen israelischen militärischen Überlegenheit weitaus höher liegen werden. Die zionistische Regierung wählte daher zunächst eine Eskalationsstrategie der „asymmetrischen Kriegsführung“, ein Begriff, der gemeinhin das Vorgehen einer irregulären Einheit gegen eine reguläre Armee beschreibt. Hierbei war es der zionistische Staat, der der Hisbollah und ihrem zivilen Umfeld einen hinterhältigen und schmerzhaften Schlag versetzte, indem er Kommunikationsgeräte explodieren ließ. Darauf folgte eine Eskalation der konventionellen Kriegsführung, die am Montag begann und massiv zunehmenden Druck auf die Hisbollah ausüben soll, um sie zur Kapitulation und zur Annahme der von Washington mit Billigung der zionistischen Regierung gestellten Bedingungen zu zwingen und damit v. a. zum Rückzug der Hisbollah nördlich des Litani-Flusses.

Angesichts dieses wachsenden Drucks steckt die Hisbollah in der Falle einer zwar gegenseitigen, aber ungleichen Abschreckung. Sie verfügt nicht über die Fähigkeit, einen „asymmetrischen Krieg“ im Herzen Israels zu führen und dort Hunderte von Toten in Kauf zu nehmen, so wie es die zionistische Armee am Montag im Libanon getan hat. Sie weiß genau, wie die Reaktion ausfiele, da

Israel durchaus auf einem viel höheren Niveau zurück-schlagen kann. Die zionistische Regierung ihrerseits ist sich der Spielregeln durchaus auch bewusst. Obwohl sie die Abschreckungsfähigkeit der Hisbollah zerschlagen will, kann sie keinen umfassenden Krieg beginnen, ohne sich der vollen Rückendeckung der USA zu versichern, wie dies Washington mehrere Monate lang beim Krieg gegen Gaza getan hat – die Zeit, als es die meisten Toten und Zerstörungen gab –, indem es alle Aufrufe zu einem Waffenstillstand sabotierte. Die zionistische Regierung braucht die volle Mitwirkung der USA für einen umfassenden Angriff auf den Libanon, wofür die politischen Voraussetzungen allerdings noch nicht gegeben sind. Sie bemüht sich jedoch darum und könnte der Hisbollah zu diesem Zweck ein Ultimatum mit einer begrenzten Frist stellen.

All dies deutet darauf hin, dass Netanjahu allmählich befürchtet, dass sein Freund Donald Trump bei den nächsten US-Präsidentschaftswahlen in etwa eineinhalb Monaten scheitern könnte. Offensichtlich hat er sich deswegen entschlossen, die Lage zu eskalieren und die letzten Monate zu nutzen, in denen sein anderer Freund, der „stolze irisch-amerikanische Zionist“ Joe Biden, im Weißen Haus sitzt. Die Frage ist nun: Wird Biden genügend Druck auf Netanjahu ausüben, um einen Krieg zu verhindern, der sich negativ auf die Kampagne der Kandidatin seiner Partei, Kamala Harris, auswirken könnte, oder wird er erneut das kriminelle Vorgehen seines Freundes unterstützen und bloß Bedauern und Unmut heucheln, um seine Hände und die seines Außenministers Blinken in Unschuld zu waschen?

Quelle: Französische Übersetzung der arabischen Tageszeitung *Al-Quds al Arabi* vom 25.9.2024.

Übersetzung aus dem Französischen: MiWe

PALÄSTINAS ZUKUNFT

Interview von **Mondoweiss** mit dem Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative, **Dr. Mustafa Barghouti**, über die Bedeutung der palästinensischen nationalen Einheit, das Recht auf Widerstand und die damit verbundenen Probleme.

Mondoweiss: Es ist ein ganzes Jahr her, dass der israelische Völkermord im Gazastreifen begonnen und sich jetzt zu einem regionalen Krieg ausgeweitet hat, an dem auch die Hisbollah und möglicherweise der Iran beteiligt sind. Was ging Ihnen durch den Kopf, als die Hamas vor einem Jahr ihren Überraschungsangriff startete? Hatten Sie erwartet, dass Israel mit einem Völkermord reagieren würde, so wie Sie ihn erlebt haben?

Mustafa Barghouti: Niemand hat erwartet, dass die zweitgrößte und stärkste israelische Kommandobrigade [die Gaza-Brigade der israelischen Armee] regelrecht kollabieren würde. Das führte zu vielen Dingen, die meiner Meinung nach nie geplant waren, wie zum Beispiel die Gefangennahme von Zivilisten. Es herrschte ein gewisses Chaos. Ich wusste natürlich nicht, dass es einen solchen Angriff geben würde, aber ich erwartete eine Art Explosion [aus dem Gazastreifen], weil Israel jede Forderung nach Beendigung des Belagerungszustandes ignorierte. Wir standen vor einer Situation, in der die israelische Besatzung seit 57 Jahren andauerte. Die ethnische Säuberung dauerte gar 76 Jahre lang an. Die Belagerung des Gazastreifens wurde immer unerträglicher. Wir sprechen von 17 Jahren Belagerung des Gazastreifens, die dazu führte, in der die Menschen fast keinen Strom hatten, nur ein paar Stunden am Tag, in der 24 % des Wassers entweder verschmutzt oder Salzwasser war, in der 80 Prozent der jungen Hochschulabsolvent:innen arbeitslos waren und in der es nicht nur ein völliges wirtschaftliches Desaster gab, sondern auch einen totalen Verlust der Hoffnung. Ich denke, als wir vor den Ereignissen des 7. Oktober standen, war allen Palästinenser:innen klar,

dass Israel keine friedliche Lösung dieser Situation im Sinn hatte.

Die neue israelische Regierung ist eine faschistische Regierung mit Leuten wie Smotrich und Ben-Gvir, die selbst Siedler sind und davor von der israelischen Justiz wegen Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen angeklagt wurden. Sie erklärten eindeutig, dass Israel das Westjordanland mit Siedlern und Siedlungen so überschwemmen soll, dass die Palästinenser:innen jede Hoffnung auf einen eigenen Staat verlieren und sich entscheiden müssen, ob sie das Gebiet verlassen, was eine ethnische Säuberung bedeutet, ob sie ein Leben in Unterwerfung führen, was Apartheid bedeutet, oder ob sie sterben, was Völkermord bedeutet. De facto ist dies auch die offizielle israelische Politik. Die Menschen erwarten natürlich eine Reaktion, um sie aus der schrecklichen Situation herauszuholen, in der Israel die palästinensische Frage buchstäblich wegwischt. Netanjahu war sehr klar in seinen Plänen. Er erklärte, das Ziel der Normalisierung mit den arabischen Ländern sei es, die palästinensische Frage zu liquidieren.

Und wenn Sie einen weiteren Grund suchen: Nur zwei Wochen vor dem 7. Oktober trat Netanjahu vor der UN-Vollversammlung auf und zeigte eine Karte Israels, die das gesamte Westjordanland, den gesamten Gazastreifen und die Golanhöhen umfasste, sowie eine Karte des neuen Nahen Ostens, den er, wie er sagte, in den nächsten 50 Jahre zu errichten gedenkt.

Spulen wir zum heutigen Tag vor. Israel hat angekündigt, eine „begrenzte“ Bodeninvasion im Südlibanon durchzuführen. Gleichzeitig sind die Kämpfe in Gaza vorerst abgeflaut, aber die Luftangriffe und Massaker an der Zivilbevölkerung gehen weiter, und ein Waffenstillstand scheint weiter entfernt denn je. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung im Gazastreifen und in Bezug auf eine regionale Eskalation?

Zunächst einmal hat Israel seine Operationen im Gazastreifen nicht wirklich zurückgefahren. Sie gehen weiter vor, vielleicht in geringerem Maße als zuvor, aber sie haben bereits fast 80 Prozent aller Häuser in Gaza teilweise oder vollständig zerstört. Sie haben alle Universitäten zerstört. Sie haben die meisten Schulen zerstört. Sie haben 34 von 36 Krankenhäusern zerstört. Sie haben mehr als 1,7 Millionen Menschen in ein Gebiet gedrängt, das nicht größer als 12 Quadratmeilen ist. Im Durchschnitt werden jeden Tag 50 bis 100 Menschen getötet.

Und gleichzeitig marschieren sie jetzt in den Libanon ein. Ich glaube nicht, dass Israel bloß eine begrenzte Operation im Libanon durchführen wird. Meiner Meinung nach werden sie versuchen, eine militärische Bodenoperation durchzuführen, die in zwei Richtungen erfolgen wird; eine in Richtung des Litani-Flusses, um zu versuchen, alle Menschen vom Süden bis nördlich des Flusses und vielleicht darüber hinaus zu drängen, und gleichzeitig wird es eine israelische Militäroperation in die Bekaa-Ebene geben mit dem Ziel, jede Verbindung zwischen Syrien und dem Libanon abzuschneiden.

Meiner Meinung nach plant Israel, den Südlibanon vollständig zu besetzen, und vielleicht sogar noch darüber hinaus, und zwar für eine sehr lange Zeit und auf Dauer. Das einzige, was sie davon abhalten wird, sind die möglichen Verluste in den Kämpfen mit der Hisbollah. Nichts anderes wird sie aufhalten.

Das wirft die Frage auf: Wenn Biden, der französische Präsident und andere westliche Staatsoberhäupter sagen, dass Israel das Recht hat, sich selbst zu verteidigen, bedeutet das dann, dass das Recht auf Selbstverteidigung die Invasion anderer Länder, die Bombardierung anderer Hauptstädte und die Besetzung des Landes anderer Völker einschließt? Und wenn Israel das Recht hat, sich selbst zu verteidigen, haben dann auch die Palästinenser das Recht, sich selbst zu verteidigen, zumal sie ja unter Besatzung stehen? Was wir hier sehen, ist eine schreckliche Doppelmoral. Es ist schockierend, wenn man sieht, dass Frankreich erklärt, es habe sich an der Verteidigung Israels gegen iranische Raketen beteiligt, neben den USA und einigen anderen Ländern der Region. Hat auch nur einer von ihnen in Erwägung gezogen, sich am Schutz unschuldiger palästinensischer Zivilisten zu beteiligen, wo bereits 51 000 Palästinenser getötet wurden, einschließlich der 10 000, die noch immer unter den Trümmern vermisst werden? Die Zahl der nach diesem Krieg im Gazastreifen getöteten Palästinenser wird wahrscheinlich 100 000 übersteigen, wenn wir diejenigen mitzählen, die an Krankheiten sterben werden, und die Verletzten, die aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung sterben werden.

Der Iran hat bereits einen beispiellosen Raketenangriff auf Israel gestartet, der jedoch nur militärischen Einrichtungen galt. Interessant ist hier, dass sowohl die Hisbollah als auch die Hamas nur militärische Einrichtungen angreifen, während Israel die Zivilbevölkerung bombardiert.

Und glauben Sie, dass diese Situation zu einem regionalen Krieg eskalieren könnte, wenn Israel nicht bereit ist, sich aus dem Südlibanon zurückzuziehen, wenn es ihn tatsächlich besetzen will?

Ganz genau. Ich glaube, das ist genau das, was Netanjahu will. Er will die Region in einen Krieg hineinziehen. Er will die USA mit hineinziehen, oder vielleicht hat er bereits einen gemeinsamen Plan mit den USA – denn ich glaube nicht, dass Biden mit hineingezogen werden muss. Er ist bereits darin verwickelt. Er ist mitschuldig an diesem Völkermord. Ich glaube, Netanjahu versucht, die USA in den Krieg hineinzuziehen, damit sie den Iran angreifen oder sich an einem Angriff beteiligen. Ich denke, dass eines seiner Hauptziele ist, das nukleare Potential des Irans zu zerstören.

Welchen Platz nimmt Gaza bei all dem ein?

Meiner Meinung nach war es Netanjahus ursprünglicher Plan, den Gazastreifen ethnisch zu säubern. Und das hat er nicht verheimlicht, sondern sagte es am zweiten Tag des Krieges am 8. Oktober. Sein Militärsprecher Richard Hecht erklärte, dass alle Bewohner des Gazastreifens in den Sinai vertrieben werden müssen. Sie sind gescheitert. Sie scheiterten an der Standhaftigkeit und dem Helden-tum der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, aber auch daran, dass Ägypten nicht kooperierte. Ägypten erkannte, dass eine Vertreibung der Palästinenser in den Sinai eine Katastrophe für Ägypten bedeuten und seine nationale Sicherheit gefährden würde. Da Netanjahu in Gaza keine vollständige ethnische Säuberung durchführen konnte, betreibt er einen Völkermord.

Letztendlich wird er jedoch, sobald er mit dem Libanon fertig ist, versuchen, alle Menschen aus dem nördlichen Gazastreifen zu vertreiben und ihn an Israel anzugliedern. Das wäre der Plan B für die vollständige Annexion des Streifens oder die totale ethnische Säuberung der Bevölkerung von Gaza. Das heißt aber nicht, dass er unbedingt Erfolg haben wird.

Und würde der Rest des Gazastreifens in diesem Fall weiterhin einen Krieg „niedriger Intensität“ erleben?

Der Krieg wird weitergehen. Netanjahu hat bereits erklärt, dass er die israelische Besetzung des Gazastreifens fortsetzen wird. Er will eine Art zivile Struktur von Kollaborateuren schaffen, die unter der israelischen Besatzung arbeiten, so wie sie es in den 1980er Jahren mit den Village Leagues [von Israel oktroyierte und vom Militär

kontrollierte Verwaltungsorgane, AdÜ] im Westjordanland versucht haben.

Blicken wir ein wenig zurück. Die Palästinenser leiden unter einer tiefen politischen Zersplitterung, vielleicht heute mehr denn je. Kürzlich fanden in Peking Gespräche über eine nationale Einigung statt. Welche Bedeutung haben diese Gespräche und glauben Sie, dass sie etwas bewirken werden?

Es wird etwas dabei herauskommen, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde einverstanden ist, sie umzusetzen. Bislang hat sie das nicht getan.

Natürlich waren diese Gespräche wichtig, ob in Moskau oder Peking. Ich persönlich habe beide Abkommen in Zusammenarbeit mit anderen ausgearbeitet, und das Abkommen in Peking war klarer und konkreter. Sie enthielt drei sehr konkrete Schritte [zur nationalen Einheit]. Der erste ist die Bildung einer einheitlichen und einvernehmlichen nationalen Regierung, die sowohl für das Westjordanland als auch für den Gazastreifen zuständig wäre, um deren Einheit zu gewährleisten und Netanjahus Plan, die beiden Gebiete voneinander zu trennen, zu verhindern. Der zweite Schritt wäre ein Treffen der so genannten palästinensischen Interimsführung oder vereinigten Führung gemäß unserer früheren Vereinbarung in Kairo im Jahr 2011. Und der dritte Schritt würde ein Treffen aller Führer der palästinensischen Fraktionen beinhalten, um einen Plan zur Umsetzung all dieser Entscheidungen zu entwerfen.

Das Abkommen sieht vor, dass der Präsident unverzüglich Konsultationen zur Bildung einer einvernehmlichen nationalen Regierung einleitet, doch leider hat er das nicht getan. Bisher hat sich die Palästinensische Autonomiebehörde noch nicht in diese Richtung bewegt. Solange sie das nicht tut, bleibt das Abkommen nur Papier.

Sie haben den Widerstand in Gaza und in ganz Palästina öffentlich unterstützt, und die Rolle, die Sie in den Medien im letzten Jahr gespielt haben, bestand darin, einen Diskurs zu entwickeln, der den Widerstand unterstützt. Die Palästinensische Autonomiebehörde und ihre Unterstützer haben jedoch auf den Völkermord in Gaza hingewiesen und behauptet, dass der Widerstand, insbesondere der bewaffnete Widerstand, nur zu unserer Zerstörung führen und Israel als Vorwand für Völkermord und ethni-

sche Säuberungen dienen wird. Was sagen Sie dazu?

Diejenigen, die gegen bewaffneten Widerstand sind, sind gegen jede Form des Widerstands, nicht nur gegen bewaffneten Widerstand. Sie sind auch gegen den friedlichen und gewaltlosen Widerstand. Sie kennen mich, ich war mein ganzes Leben lang ein Verfechter und Aktivist des gewaltlosen Widerstands. Aber ich sage, was das internationale Recht sagt. Ich verteidige das Recht der Menschen unter Besatzung, in jeder Form Widerstand zu leisten. Das Völkerrecht besagt, dass Menschen unter militärischer Besatzung, wo immer sie sich befinden, das Recht haben, sich der Besatzung in jeder Form zu widersetzen, auch in militärischer Form, solange sie das humanitäre Völkerrecht respektieren.

Israel verhaftet nicht nur Menschen, die sich am bewaffneten Widerstand beteiligen. Es verhaftet auch Menschen, die verbalen Widerstand und andere friedliche Formen des Widerstands leisten.

Übrigens hat die Hamas mindestens fünf Jahre lang, von 2014 bis 2019, an gewaltfreiem Widerstand festgehalten. Israel hat darauf mit brutaler Gewalt gegen die friedlichen Märsche, die im Gazastreifen und im Westjordanland organisiert wurden, reagiert.

Insbesondere die jüngeren Menschen hier müssen verstehen, dass der Unterdrücker, der Kolonisator, der Aggressor immer versucht, das unterdrückte Volk an seinem Recht zu hindern, sich gegen die Ungerechtigkeit zu wehren. Frantz Fanon sprach über das Recht des unterdrückten Volkes, Gewalt gegen die Gewalt des Unterdrückers auszuüben, aber was wir hier sehen, ist eine noch schlimmere Situation, in der der Unterdrücker versucht, die Palästinenser daran zu hindern, in irgendeiner Form Widerstand zu leisten. Wenn man militärischen Widerstand leistet, wird man des Terrorismus beschuldigt. Wenn man friedlichen Widerstand leistet, wird man der Gewalt bezichtigt. Wenn Sie verbalen Widerstand leisten, werden Sie der Provokation oder Aufwiegelung beschuldigt. Wenn Sie ein Ausländer sind, der die palästinensische Sache unterstützt, werden Sie des Antisemitismus beschuldigt, und wenn Sie ein Jude sind, der die palästinensischen Rechte verteidigt, werden Sie als selbsthassender Jude bezeichnet.

Die tonangebenden Kräfte in Israel verwenden ein breites Arsenal ideologischer und taktischer „Argumente“, um dem Volk das Recht auf Widerstand abzusprenchen. Dabei geht es auch darum, die Palästinenser zu entmenschlichen. Am 7. Oktober ging Israel sofort dazu

über, die Hamas und auch gleich die Palästinenser im Ganzen zu entmenschlichen. Deshalb hat Gallant uns als menschliche Tiere bezeichnet. Damit sollte die Tötung von Zivilisten und Kindern gerechtfertigt werden. Denn für sie sind wir keine menschlichen Wesen.

Auf die Kritik mancher Palästinenser:innen [am bewaffneten Widerstand] antworten Sie also, dass Israel keinen Vorwand braucht, um das zu tun, was es getan hat.

Ja, denn das schlimmste Verbrechen der Welt ist, dem Opfer die Schuld zu geben. Es ist absolut inakzeptabel, dem Opfer die Schuld für das zu geben, was der Angreifer ihm antut.

Zurück zur Frage der nationalen Einheit: Nehmen wir an, die Palästinensische Autonomiebehörde stimmt morgen einer Art Einheitsregierung zu. Was bedeutet diese Einheitsregierung überhaupt, wenn es grundlegende Meinungsverschiedenheiten nicht nur darüber gibt, wie man sich der israelischen Besatzung widersetzt, sondern auch darüber, ob man sich ihr überhaupt widersetzt?

Nun, das ist natürlich ein großes Problem. Aber meiner Meinung nach sind die beiden Hauptursachen für die innere Spaltung der Palästinenser folgende:

Erstens die Uneinigkeit über das Programm. Die Palästinensische Autonomiebehörde und weitgehend auch die Parteien im Exekutivkomitee der PLO haben an Oslo geglaubt – nicht nur als Abkommen, sondern auch als Konzept. D. h. sie glauben, dass das Problem durch Verhandlungen mit der israelischen Seite gelöst werden kann, auch wenn das Kräfteverhältnis eindeutig zugunsten Israels ausfällt. Das krankt an zwei Illusionen: Erstens, dass die zionistische Bewegung und die Herrschenden in Israel zu einem Kompromiss mit den Palästinensern bereit wären. Die Realität hat gezeigt, dass sie dazu nicht bereit sind, was sich darin zeigte, dass die Knesset beschlossen hat, keinen palästinensischen Staat zu tolerieren. Und zweitens denke ich, dass die Vorstellung einer Kompromissmöglichkeit zunichte gemacht wurde, als die israelische Knesset das Nationalstaatsgesetz verabschiedete, wonach das Selbstbestimmungsrecht im Land des historischen Palästina ausschließlich dem jüdischen Volk zusteht.

Der Osloer Vertrag ist also gescheitert, und Israel hat ihn zunichte gemacht. Und damit ist auch der Ansatz,

der an einen Kompromiss glaubt, gescheitert. Die andere Illusion, die diesem Ansatz zugrunde lag, war, dass die USA zwischen den Palästinensern und Israel vermitteln könnten. Auch das hat sich zerschlagen, weil die USA bedingungslos auf Seiten Israels stehen.

Damit hat sich auch die programmatische Ursache der internen Spaltung erledigt. Sie ist verschwunden.

Der zweite Grund für die interne Spaltung war, dass Fatah und Hamas untereinander um die Regierungsautorität gerungen haben, wie man ehrlicherweise zugeben muss. Die Hamas hatte das Sagen in Gaza und die Fatah regierte das Westjordanland. Heute gibt es keine Autonomiebehörde mehr. Gaza ist besetzt, und auch das Westjordanland ist vollständig besetzt. Es gibt also keinen Grund für einen Wettbewerb um eine Behörde, die es nicht gibt – es ist eine Behörde ohne Autorität.

Aber es gibt immer noch grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die Strategie. Nicht einmal über den Weg des Widerstands, sondern über dessen Legitimität.

Ja, denn es gibt Menschen, die immer noch an Oslo glauben und davon träumen, das Verlorene wiederzuerlangen. Aber sie sind jetzt eine sehr kleine Minderheit. Deshalb sagen wir, der Weg zur Einheit verläuft in zwei Etappen. In der ersten Phase müssen wir einen Weg finden, um einen Kompromiss zu schaffen und eine Art vorläufige einheitliche Führung zu schaffen, denn die Krise, in der wir uns befinden, lässt uns keine Zeit, und die vor uns liegenden Risiken sind zu groß. Die zweite Phase besteht darin, freie demokratische Wahlen abzuhalten, an denen Palästinenser:innen in Palästina und außerhalb Palästinas teilnehmen. Erst dann wird das Volk entscheiden, welche Strategie auf demokratische Weise verfolgt werden soll.

Natürlich muss ich Ihnen sagen: Hätten wir 2021 Wahlen gehabt, hätten wir diesen Krieg vielleicht nicht gehabt.

Meinen Sie, als der amtierende Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde die Wahlen mit der Ausrede absagte, dass Palästinenser in Jerusalem von den Israelis nicht zur Wahl zugelassen würden, weil sie eine Daueraufenthaltsgeheimung in Israel hätten, richtig?

Ganz genau. Es war ein Vorwand, denn als wir uns mit allen palästinensischen Fraktionen in Ägypten trafen, hatten wir einen Plan, um das zu umgehen, und alle waren mit diesem Plan einverstanden. Wir wollten die

Wahlen in Jerusalem ohne israelische Erlaubnis durchführen, ohne Israel ein Vetorecht gegen unsere Wahlen einzuräumen. Unser Plan sah vor, 150 Wahlurnen in ganz Jerusalem zu verteilen und jede Urne von 20 Kameras überwachen zu lassen. Und Israel sollte getrost versuchen, uns zu stoppen. Ich bin sicher, wenn wir so verfahren wären, wäre die Wahlbeteiligung unter den jungen Palästinensern viel größer gewesen, als wenn sie gemäß den Osloer Vereinbarungen in Jerusalem hätten wählen müssen – denn es wäre ein Akt des Trotzes und des Widerstands gegen die israelischen Behörden gewesen. Aber leider wurden die Wahlen abgesagt. Hätten wir Wahlen gehabt, hätte keine einzige Partei eine absolute Mehrheit gehabt. Das gilt übrigens auch für heute, wie alle Umfragen zeigen.

Denn wir haben jetzt ein Mehrheitswahlsystem. Hätten wir eine pluralistische Regierung, ein pluralistisches System, dann, denke ich, hätte dies eine Situation geschaffen, in der die Blockade oder die Belagerung des Gazastreifens wahrscheinlich hätte aufgehoben werden können. Und vielleicht hätten wir dann diesen Krieg nicht gehabt.

Viele meinen, dass das Westjordanland bei der Unterstützung des Gazastreifens und beim Widerstand gegen die Besatzung keine große Rolle gespielt hat. Die Menschen in Gaza hofften, dass es dort einen Volksaufstand geben würde, der quasi als eigene Front im Krieg fungieren würde. Wie schätzen Sie die Rolle des Westjordanlandes ein und was steht Ihrer Meinung nach einer aktiveren Rolle beim Widerstand im Wege?

Dem habe ich nie zugestimmt und ich mag überhaupt keine Sichtweise, die das Westjordanland vom Gazastreifen und Jerusalem vom Westjordanland trennt. Sehen Sie, es gab eine Zeit, in der die meisten Widerstandsaktivitäten hier im Westjordanland stattfanden. Und die Leute haben geschrien: „Wo bleibt Gaza? Warum tut Gaza nichts?“ Im Jahr 2021 lag eine Zeit lang das Zentrum des palästinensischen Kampfes in Jerusalem, bis sich Gaza einmischte. Ich bin also mit dieser künstlichen Trennung nicht einverstanden. Ich denke, das Westjordanland erlebt seit 2015 eine neue Art von Intifada.

Die Menschen sind wegen der Zunahme der israelischen Siedlungen und Schikanen zum Widerstand gezwungen. Und ich widerspreche denen, die sagen, dass das Westjordanland unbeteiligt ist, weil die israelische Armee in keine Stadt, kein Dorf, keine Ortschaft, kein

Lager eindringen kann, ohne auf starken Widerstand der Bevölkerung zu stoßen. Aber im Westjordanland herrschen andere Bedingungen – sowohl was die Präsenz der israelischen Armee als auch was die Zahl der Verhafteten betrifft. Bisher sind es etwa 11 000 Menschen. Das hat auch mit dem passiven, wenig konstruktiven oder gar negativen Verhalten der Palästinensischen Autonomiebehörde zu tun.

Man muss verstehen, dass unser Kampf viele Ziele hat. Das wichtigste Ziel heute ist, in Palästina zu bleiben, standhaft zu sein und auszuharren. Die Tatsache, dass die Zahl der Palästinenser, die auch nach der Vertreibung von 70 % des palästinensischen Volkes in Palästina geblieben sind, heute größer ist als die Zahl der jüdischen Israelis, ist das größte Dilemma und der größte Fehler der zionistischen Bewegung. Insofern ist der Verbleib in Palästina ganz essentiell.

Und es geht nicht nur darum, zu bleiben. Die Präsenz der palästinensischen Bevölkerung hier wäre für sich nicht so effektiv gewesen, wenn wir nicht Widerstand geleistet hätten. Das erste Ziel ist also, dass die Menschen bleiben sollten. Das zweite, dass sie sich der Ungerechtigkeit, der Besatzung und der Apartheid widersetzen sollten. Und deshalb mache ich den Menschen keinen Vorwurf, wenn sie unter dem System des Faschismus 1948 nicht so aktiv waren. Solange sie in Palästina bleiben und ausharren.

Kommt nach Gaza nun das Westjordanland an die Reihe?

Das Westjordanland ist das Hauptziel noch vor Gaza. Der Gazastreifen wird wegen des Westjordanlandes angegriffen. Netanjahu will das Westjordanland annektieren. Und zwar nicht nur Netanjahu und seine Regierung, sondern die gesamte zionistische Bewegung. Aber sie können das Westjordanland nicht annektieren, solange dort so viele Menschen leben. Deshalb kombinieren sie den Ausbau der Siedlungen und die schrittweise Annexion mit der Vertreibung der Palästinenser:innen, sei es mit Gewalt oder durch die gezielte Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Daher muss klar sein, dass das Hauptziel dieses Kriegs das Westjordanland ist, natürlich einschließlich Jerusalem.

Netanjahu sagt ganz offen, dass er Ben-Gurions Fehler korrigiert, nämlich, dass dieser die Palästinenser, die 1948 im Land geblieben sind, nicht vertrieben und das Westjordanland und den Gazastreifen nicht besetzt und die dortige Bevölkerung vertrieben hat.

Netanjahu glaubt auch, den Fehler Rabins zu korrigieren, der eine begrenzte palästinensische Selbstverwaltung als Lösung des Konflikts in Betracht zog.

Und drittens glaubt er, den Fehler von Scharon zu korrigieren, der sich [2005] aus dem Gazastreifen zurückziehen musste. Das ist Netanjahus Denkweise: Er glaubt an sich selbst als den größten zionistischen Führer nach Jabotinsky. Sein Hauptziel ist die komplette Annexion von ganz Palästina – und darüber hinaus. Sie haben gehört, was Trump gesagt hat: Er hat gerade entdeckt, dass Israel sehr klein ist und sich ausdehnen muss.

Glauben Sie, dass es in dieser verzweifelten Lage noch Raum für Hoffnung gibt?

Ja, es gibt sehr viel Hoffnung. Die Hoffnung, dass die Menschen zum Widerstand in der Lage sind und dies auch umsetzen. Ich glaube an die junge Generation in Palästina. Ich glaube, dass sie fantastische Beispiele für ihre Widerstandsfähigkeit und deren Umsetzung liefern. Ich spreche nicht nur von militärischem Widerstand oder auch nur zivilem Widerstand. Ich spreche auch von dieser fantastischen Bewegung unter der jüngeren palästinensischen Generation weltweit, vor allem in Ländern wie den USA und in Europa, wo es eine ganz neue Generation von Palästinenser:innen gibt, die sich regeneriert und neue Kraft geschöpft hat.

Ich denke, dass der 7. Oktober eine ganze palästinensische Generation überall neu belebt hat. Und ich denke, dass dies den Weg für eine neue Art von palästinensischer Einheit mit einem gemeinsamen Ziel eröffnet, das alle Palästinenser:innen einschließt, wo immer sie leben, ob in Palästina oder außerhalb davon.

Aus: *Mondoweiss* vom 7.10.2024

Übersetzung: MiWe



DIE ENT- ZAUBERUNG

Die Ideologie des transatlantischen Liberalismus hat ihre Unschuld verloren – eine Folge der „unverbrüchlichen“ Solidarität ihrer Führungsmächte mit einem israelischen Staat, der von neofaschistischen und neonazistischen Fraktionen des Zionismus regiert wird und im Gazastreifen einen abscheulichen und vorsätzlichen völkermörderischen Krieg führt, wie kein Industriestaat zuvor seit dem Völkermord der Nazis. **Gilbert Achcar**

Der französische Historiker François Furet, der in seiner Jugend Kommunist war und später zum Antikommunisten wurde, hat einst eine gängige Erklärung geliefert, warum der Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere unter Intellektuellen, so populär war. Er schrieb dies dem Antifaschismus zu, der durch die bedeutende Rolle der Sowjetunion bei der Niederlage des Nationalsozialismus im Krieg hervorgehoben wurde. Der Stalinismus wurde so von einem Zwilling des Nazifaschismus, die beide dem Totalitarismus, dem höchsten Stadium der Diktatur, zugerechnet wurden, zu seinem Erzfeind.

Dieser Imagewechsel ermöglichte es dem Stalinismus, in den Jahren nach der vollständigen Niederlage der faschistischen Achsenmächte den Höhepunkt seines ideologischen Einflusses zu erreichen. Der Antifaschismus spielte weiterhin eine zentrale Rolle in der sowjetischen Ideologie, verlor aber aufgrund der relativen Marginalisierung des Faschismus in den Jahrzehnten nach dem Weltkrieg an Bedeutung, bis das Sowjetsystem schließlich in die Agonie geriet.

Diese Interpretation des Verlaufs, den der Einfluss der sowjetischen Ideologie genommen hat, ist zweifellos richtig, denn die Rolle der Sowjetunion bei der Niederlage des Nationalsozialismus war in der Tat das stärkste ideologische Argument der kommunistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg und hat den Verweis auf das bolschewistische Erbe der Russischen Revolution bei

weitem übertroffen. Was Furet und andere Antikommunisten jedoch übersehen haben, ist, dass der Liberalismus, den sie für sich reklamierten – ebenso wie die Stalinisten den Marxismus – ebenfalls auf einem Antifaschismus beruhte, mit dem Unterschied, dass er den Faschismus mit dem Stalinismus unter die Kategorie des Totalitarismus subsummierte.

Dies war und ist der zentrale Anspruch des Liberalismus atlantischer Prägung, der mit der Atlantik-Charta begründet wurde. Diese wurde 1941 von den USA und Großbritannien vereinbart, um ihr Bündnis während des Zweiten Weltkriegs zu zementieren, und wurde zur Grundlage der Atlantischen Allianz (NATO), die während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion errichtet wurde.

Diese atlantische Ideologie war jedoch von Beginn an zwangsläufig blind gegenüber den kolonial-imperialistischen Wurzeln des Faschismus, wie sie von der großen deutsch-amerikanisch-jüdischen Denkerin Hannah Arendt analysiert wurden, da die NATO zu einer Zeit gegründet wurde, als ihre Mitgliedstaaten noch über Kolonialreiche im gesamten globalen Süden herrschten. Bezeichnend dafür war, dass das faschistische koloniale Nachkriegsregime in Portugal selbst zu den Gründern der NATO gehörte. In der darauf folgenden Ära der Entkolonialisierung verlagerten die Transatlantiker ihren ideologischen Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Sowjetkommunismus, ohne jedoch ihren „Antifaschismus“ aufzugeben, den sie allerdings auf den Nationalsozialismus und den von ihm verübten Völkermord an den europäischen Juden reduzierten.

Damit konnten sie weiterhin das Monopol beanspruchen, die dem historischen Liberalismus zugeschriebenen Werte der politischen Freiheit und der Demokratie zu vertreten, während sie selbst diese Werte in den Ländern des globalen Südens mit Füßen traten und dies noch immer tun.

Inzwischen sind wir an einem historischen Wendepunkt angelangt, an dem der liberale Anstrich der NATO gebröckelt ist, just nachdem er einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, nämlich als in seinem Namen eine Allianz gegen die russische Invasion in der Ukraine geschmiedet wurde, um die liberalen Werte gegen das neofaschistische Regime von Wladimir Putin zu verteidigen. Dieser Liberalismus war noch immer hochgehalten worden, obwohl der Neofaschismus in den Reihen der NATO selbst fröhliche Urständ feierte und in einigen ihrer Mitgliedstaaten an die Macht gelangen konnte, etwa in den USA unter Präsident Donald Trump. Die atlantischen Liberalen haben sich

ideologisch weiterhin auf den Antitotalitarismus berufen, einschließlich der Opposition gegen Faschismus und Neofaschismus, und letzteres dabei als moderne Version des Kampfes des (imperialistischen) Liberalismus gegen den Faschismus in den 1930er Jahren ausgegeben, wie er dereinst in verschiedenen Ländern des globalen Nordens geführt wurde.

Die Ideologie des atlantischen Liberalismus hat ihre Unschuld verloren – eine Folge der „unverbrüchlichen“ Solidarität ihrer Führungsmächte mit einem israelischen Staat, der von neofaschistischen und neonazistischen Fraktionen des Zionismus regiert wird und im Gazastreifen einen abscheulichen und vorsätzlichen völkermörderischen Krieg führt, wie kein Industriestaat zuvor seit dem Völkermord der Nazis. Hinzu kommen die anhaltenden Kriegsverbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und in den israelischen Gefängnissen, die von rassistischer Gewalt gegenüber den Palästinensern zeugen, welche zu Untermenschen degradiert werden, wie einst die Juden unter den Nazis.

Vor diesem Hintergrund hat das liberale Credo der Transatlantiker, sich gegen die russische Invasion der Ukraine und gegen Faschismus und Völkermord zu stellen, jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Auch die anderen Säulen ihrer Ideologie, die von ihren Vorgängern nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert und in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 verankert wurden, sind wertlos geworden. Das große Paradoxon dieses historischen Umbruchs besteht darin, dass sie ihr Eintreten für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus als Vorwand benutzen, um ihre Position zum Gaza-Krieg zu rechtfertigen. Ihre Lehre aus der Geschichte des Kampfes gegen den Nationalsozialismus ist von rassistischer Koloniallogik durchdrungen und führt dazu, dass sie sich lieber mit denjenigen solidarisieren, die vorgeben, alle Juden zu vertreten, und die die Transatlantiker mittlerweile als Teil ihrer „weißen“ Wertegemeinschaft betrachten, selbst wenn sie selbst zu Völkermördern und Kriegsverbrechern geworden sind, als mit deren nicht „weißen“ Opfern.

Hannah Arendts Theorie über die Ursprünge des Totalitarismus wurde damit bestätigt, denn ein Antitotalitarismus, der nur die antisemitische Judenfeindlichkeit als Wurzel des Übels sieht und gleichzeitig das koloniale Erbe ignoriert, das nicht weniger schrecklich ist als die Verbrechen des Nationalsozialismus, ein derart unvollständiger Antitotalitarismus ist zum Untergang verurteilt. Er krankt an der Unfähigkeit, den Überlegenheitskomplex der wei-

ßen Rasse zu überwinden, der zu den größten Verbrechen der Neuzeit geführt hat – einschließlich der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis als sogenannte „nicht-weiße“ Eindringlinge in ihren „Lebensraum“ im weißen Nordeuropa.

Aus: *ESSF* vom 14.8.2024

Übersetzung: *MiWe*

ISRAELS UNTERMENSCHEN

Auch wenn in der Vergangenheit der moralische Diskurs in Israel über dessen Militäraktionen eng und heuchlerisch gewesen sein mag – wenigstens gab es ihn. Inzwischen wird das nicht einmal mehr diskutiert. **Meron Rapoport**

Am 10. August um 5 Uhr 40 schickte der Sprecher der IDF [Israel Defense Forces, d. Red.] eine Nachricht an die Reporter, in der er sie über einen israelischen Luftangriff auf ein „militärisches Hauptquartier, das sich auf dem Gelände der Al-Taba‘în-Schule in der Nähe einer Moschee auf dem Gebiet von Daradsch und Tuffah befindet, die als Zufluchtsort für die Bewohner von Gaza-Stadt dient“, informierte.

„Das Hauptquartier“, so der Sprecher weiter, „wurde von Terroristen der Hamas-Terrororganisation als Versteck genutzt, von wo aus sie Terroranschläge gegen die IDF und die Bürger des Staates Israel planten und unterstützten. Vor dem Angriff wurden viele Schritte unternommen, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass Zivilisten zu Schaden kommen, einschließlich des Einsatzes von Präzisionsmunition, visueller Ausrüstung und nachrichtendienstlichen Informationen.“

Kurz nach dieser Ankündigung gingen schockierende Bilder aus der Al-Taba‘în-Schule um die Welt, auf denen Haufen von zerstückelten Körpern und Leichenteilen zu sehen waren, die in Plastiksäcken abtransportiert wurden. Die Bilder wurden von Berichten begleitet, wonach rund 100 Palästinenser:innen bei dem israelischen Angriff

getötet worden waren und viele weitere im Krankenhaus lagen. Die meisten der Getöteten befanden sich mitten im Fadschr, dem Morgengebet, an einem dafür vorgesehenen Platz auf dem Schulgelände.

In den darauffolgenden Stunden und Tagen wurden erwartungsgemäß die unterschiedlichsten Versionen über die Zahl der zivilen Todesopfer verbreitet. Der IDF-Sprecher veröffentlichte die Fotos und Namen von 19 Palästinensern, von denen er behauptete, es handele sich um „Agenten“ der Hamas oder des Islamischen Dschihad, die bei dem Angriff getötet wurden, ohne dabei jedoch ihre angebliche Position oder ihren Rang zu nennen.

Die Hamas wies die Anschuldigungen zurück. Auch „Euro-Med Human Rights Monitor“ bestritt diese Informationen der israelischen Armee: Die Nichtregierungsorganisation wies nach, dass einige der von den Militärs gelisteten Personen in Wahrheit bei früheren Angriffen im Gazastreifen getötet worden waren und dass andere nie Anhänger der Hamas und einige sogar deren Gegner gewesen waren. Später veröffentlichte die Armee eine zusätzliche Liste mit 13 weiteren Palästinensern, bei denen es sich angeblich um bei dem Bombardement getötete Kämpfer handelte.

Während nur eine unabhängige Untersuchung die Identität aller Opfer des Angriffs endgültig feststellen kann, ist die erste Erklärung des IDF-Sprechers ein Hinweis auf den dramatischen Wandel, den die israelische Gesellschaft in Hinblick auf den Wert des Lebens der Palästinenser:innen in Gaza vollzogen hat.

In der Erklärung der IDF hieß es ausdrücklich, dass die Schule „als Zufluchtsort für die Bewohner von Gaza-Stadt dient“, was bedeutet, dass die IDF wusste, dass die Flüchtlinge aus Angst vor den Bombenangriffen der Armee dorthin geflohen waren. In der Erklärung wurde nicht behauptet, dass von der Schule aus Schüsse oder Raketenangriffe erfolgten, sondern dass „Hamas-Terroristen ... von der Schule aus terroristische Handlungen geplant und unterstützt“ hätten. Es wurde auch nicht behauptet, dass die Zivilisten, die in der Schule Zuflucht suchten, gewarnt wurden, sondern nur, dass die Armee „Präzisionswaffen“ und „Geheimdienstinformationen“ eingesetzt habe. Mit anderen Worten: Die Armee bombardierte einen bewohnten Unterschlupf, wohl wissend, welche tödlichen Folgen ihr Angriff haben würde.

Aushungern als Zeitvertreib

Es überrascht kaum, dass die israelischen Medien die Behauptungen des IDF-Sprechers stützten. Wenn es

um die eklatanten Sicherheitsmängel geht, die zum 7. Oktober führten, dürfen die israelischen Medien, insbesondere die rechten, Kritik und Skepsis gegenüber der Armee äußern. Aber wenn es um die Tötung von Palästinenser:innen geht, wird diese Skepsis über Bord geworfen: In Gaza hat die Armee immer Recht.

„Im Krieg sind die Schulen tabu“, schrieb Prof. Juli Tamir, Israels ehemaliger Bildungsminister, in Haaretz. „Gibt es einen einzigen Kommandeur, der sagt: ‚Nie wieder?‘“ Die Antwort ist ein klares Nein. Jeder Krieg bringt ein gewisses Maß an Entmenschlichung des Feindes mit sich. Aber im aktuellen Krieg in Gaza ist offensichtlich die Entmenschlichung der Palästinenser:innen nahezu absolut.

Nach jedem Krieg der letzten Jahrzehnte, in dem Israelis gekämpft haben, gab es öffentliche Reuebekundungen. Dies wurde oft als eine Mentalität des „Schießens und Weinens“ kritisiert – aber zumindest haben die Soldaten geweint.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 wurde das sehr erfolgreiche Buch *The Seventh Day: Soldiers' Talk about the Six-Day War* (Der siebte Tag: Soldaten sprechen über den Sechstagekrieg) veröffentlicht. Es enthält die Aussagen von Soldaten, die versuchen, sich mit den moralischen Dilemmata auseinanderzusetzen, denen sie während der Kämpfe ausgesetzt waren. Nach den Massakern von Sabra und Schatila im Jahr 1982 gingen Hunderttausende von Israelis – darunter viele, die im Libanonkrieg gedient hatten – auf die Straße, um gegen die Verbrechen der Armee zu protestieren.

Während der ersten Intifada sprachen viele Soldaten offen über die Misshandlung von Palästinensern. Die zweite Intifada führte zur Gründung der NRO „Breaking the Silence“. Der moralische Diskurs über die Besatzung mag eng und mitunter heuchlerisch gewesen sein, aber er existierte.

Diesmal ist dies nicht mehr der Fall. Das israelische Militär hat mindestens 40 000 Palästinenser:innen im Gazastreifen getötet – etwa zwei Prozent der dortigen Bevölkerung. Es hat eine totale Verwüstung angerichtet und systematisch Wohnviertel, Schulen, Krankenhäuser und Universitäten zerstört. Hunderttausende von israelischen Soldaten haben in den letzten 10 Monaten im Gazastreifen gekämpft, und dennoch ist der moralische Diskurs so gut wie inexistent. Die Zahl der Soldaten, die sich mit ernsthaften Bedenken oder Bedauern über ihre Verbrechen oder moralischen Zweifeln geäußert haben,

selbst wenn sie anonym waren, lässt sich an einer Hand abzählen.

Paradoxerweise ist die sinn- und grundlose Zerstörung, die das Militär im Gazastreifen anrichtet, auf Hunderten von Videos zu sehen, die israelische Soldaten voll Stolz auf ihre Taten gefilmt und an Freunde, Familie oder Partner geschickt haben. Auf diesen Aufnahmen konnten wir sehen, wie Truppen Universitäten in Gaza in die Luft sprengten, wahllos auf Häuser schossen und ein Wasserwerk in Rafah zerstörten, um nur einige Beispiele zu nennen.

Brigadegeneral Dan Goldfuss, Kommandeur der 98. Division, dessen ausführliches Interview bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand als beispielhaft für einen Kommandeur gelobt wurde, der demokratische Werte hochhält, sagte: „Ich habe kein Mitleid mit dem Feind ... Sie werden nicht erleben, dass ich auf dem Schlachtfeld Mitleid mit dem Feind hätte. Entweder ich töte ihn, oder ich nehme ihn gefangen.“ Kein Wort über die Tausende von palästinensischen Zivilisten, die durch den Beschuss der Armee getötet wurden, oder über die Gewissensbisse, die sich bei einem solchen Gemetzel einstellen.

Ähnlich äußerte sich Oberstleutnant A., Kommandeur des 200. Geschwaders, das die Drohnenflotte der israelischen Luftwaffe betreibt, Anfang des Monats in einem Interview mit *Ynet*, in dem er behauptete, seine Einheit habe während des Krieges „6000 Terroristen“ getötet. Als er im Zusammenhang mit der Rettungsaktion zur Befreiung von vier israelischen Geiseln im Juni, bei der mehr als 270 Palästinenser getötet wurden, gefragt wurde: „Wie erkennen Sie, wer ein Terrorist ist?“, antwortete er: „Wir haben am Straßenrand angegriffen, um die Zivilisten zu vertreiben, und jeder, der nicht geflohen ist, auch wenn er unbewaffnet war, war für uns ein Terrorist. Jeder, den wir getötet haben, hat getötet werden müssen.“

Diese Entmenschlichung hat in den letzten Wochen mit der Debatte, inwieweit die Vergewaltigung palästinensischer Gefangener legitim ist, einen neuen Höhepunkt erreicht. In einer Diskussion im landesweit größten Fernsehsender *Channel 12* forderte Jehuda Schlesinger, ein „Kommentator“ der rechten Tageszeitung *Israel Hayom*, die Vergewaltigung von Gefangenen als Teil der militärischen Praxis zu institutionalisieren. Mindestens drei Knessetmitglieder der regierenden Likud-Partei sprachen sich ebenfalls dafür aus, dass israelischen Soldaten alles erlaubt sein sollte, auch Vergewaltigungen.

Den Vogel jedoch schoss der auch für den Siedlungsausbau im Westjordanland zuständige israelische Finanzminister Bezalel Smotrich ab. Die Welt „will nicht zulassen, dass wir 2 Millionen Zivilisten verhungern lassen, auch wenn dies moralisch gerechtfertigt ist, bis unsere Geiseln zurückgegeben werden“, beklagte er Anfang des Monats auf einer Konferenz von *Israel Hayom*.

Die Äußerungen wurden in der ganzen Welt scharf verurteilt, aber in Israel wurden sie mit Gleichgültigkeit aufgenommen, als ob das Aushungern von Millionen Menschen nur ein banaler Zeitvertreib wäre. Wäre die Saat der Entmenschlichung nicht bereits gesät und weithin legitimiert worden, hätte Smotrich es nicht gewagt, so etwas öffentlich zu sagen. Zudem sieht er, wie bereitwillig die israelische Regierung und Armee seinen „Decisive Plan“ in Gaza übernommen haben.

Israel als Herr über Leben und Tod

Wenn wir über die moralische Korruption sprechen, die die Besetzung mit sich bringt, fallen uns oft die Worte von Prof. Jeschajahu Leibowitz ein. Im April 1968, noch nicht einmal ein Jahr nach Beginn der israelischen Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, schrieb er: „Der Staat, der über eine feindliche Bevölkerung von 1,4 bis 2 Millionen Ausländern herrscht, wird zwangsläufig zu einem Schin-Bet-Staat werden, mit allem, was dies für Auswirkungen auf Erziehung, Rede- und Gedankenfreiheit und demokratische Regierungsführung hat. Die Korruption, die für alle kolonialen Regime charakteristisch ist, wird auch den Staat Israel infizieren.“

Angesichts des moralischen Abgrunds, in dem sich die israelische Gesellschaft heute befindet, kommt man kaum umhin, Leibowitz prophetische Fähigkeiten zuzuschreiben. Doch bei genauerer Betrachtung seiner Worte ergibt sich ein vielschichtigeres Bild.

Man könnte argumentieren, dass Israel 1968 noch weniger demokratisch war als heute. Es war ein Einparteiensstaat, der von der Mapai (dem Vorläufer der heutigen Arbeitspartei) regiert wurde und nicht nur seine palästinensischen Bürger:innen diskriminierte, gegen die damals erst zwei Jahre zuvor das Kriegsrecht aufgehoben worden war, sondern auch die mizrachischen Juden aus arabischen und muslimischen Ländern, und in dem religiöse und ultraorthodoxe Juden marginalisiert wurden. Die israelischen Medien verhielten sich unkritisch gegenüber der Regierung und die Schulbücher, aus denen ich in den 1960er und 70er Jahren lernte, waren

nicht besonders fortschrittlich.

Innerhalb der Grünen Linie ist Israel heute viel liberaler als 1968. Frauen haben zunehmend Machtpositionen inne, ganz zu schweigen von LGBTQ+-Personen, deren bloße Existenz damals ein Verbrechen war. Wirtschaftlich gesehen ist Israel ein viel liberaleres Land als unter der zentralistischen Staatswirtschaft der 1960er Jahre (mit entsprechend gewachsenen Ungleichheiten), und das Land ist viel stärker in die übrige Welt integriert.

Man könnte einwenden, dass es sich hierbei nicht um einen Widerspruch, sondern vielmehr um komplementäre Prozesse handelt. Die Besatzung hat Israel nicht nur reicher gemacht (die Rüstungsexporte haben beispielsweise im Jahr 2023 ein Rekordvolumen von 13 Milliarden Dollar erreicht), sondern auch dazu beigetragen, zwei parallele Regierungssysteme aufrechtzuerhalten – Kolonialismus und Apartheid in den besetzten Gebieten und liberale Demokratie für Juden innerhalb der Grünen Linie – und vielleicht sogar zwei parallele moralische Wertesysteme. Die Kluft zwischen den gewachsenen Rechten der israelischen Bürger und der Rechtlosigkeit der palästinensischen Untertanen ist zu einem integralen Bestandteil des Staates geworden. „Villa im Dschungel“ ist nicht nur ein malerischer Begriff, sondern beschreibt das Wesen des israelischen Regimes.

Die derzeitige faschistische Regierung hat das einstige fragile Gleichgewicht verschoben. Indem sie sich auf den „Liberalismus“ einschließen, versuchen Politiker wie Jariv Levin, Simcha Rothman und Konsorten, die Barriere zwischen den unabhängigen Gewalten durch einen Justizputsch niederzureißen. Die hochrangigen Positionen, die Rassisten und Faschisten wie Smotrich und Itamar Ben Gvir bekleiden, haben diesen Prozess noch angeheizt.

Angesichts der von der Hamas am 7. Oktober verübten Gräueltaten bleibt das Narrativ dieser israelischen Faschisten die wichtigste Stimme im öffentlichen Diskurs, da das vermeintlich liberale Israel, das die Besatzung jahrelang ignoriert hat, nicht in der Lage war, die Gewalt der Hamas in den Gesamtkontext von struktureller Unterdrückung und Apartheid einzuordnen. Daher sind wir jetzt an einen Punkt gelangt, an dem es im Zentrum der israelischen Gesellschaft keinen wirklichen Widerstand gegen die totale Entmenschlichung der Palästinenser:innen gibt.

Die israelische Tötungsmaschine weiß nicht, wie sie aufhören soll, schrieb Orly Noy von +972 und *Local Call* auf Facebook nach der Bombardierung der Al-Taba'în-

Schule, weil sie träge ist und sich im Alleinbesitz der Wahrheit glaubt. „Israel handelt aus Trägheit, denn wenn es aufhört, muss es sich damit auseinandersetzen, was es verursacht hat und welche Gräueltaten von historischem Ausmaß in seinem Namen passiert sind ... Und dann kommt die tautologische Logik ins Spiel: Solange wir töten, ist es offensichtlich, dass sie den Tod verdienen.“ Genauso, wie der Kommandeur des 200. Geschwaders ein paar Tage später sagte.

Dennoch gibt es innerhalb der Grünen Linie immer noch eine Zivilgesellschaft und ein liberales Lager, das eine beträchtliche Macht besitzt, wie die wöchentlichen Demonstrationen gegen die Regierung zeigen. Die Frage ist, was passiert, wenn ein Waffenstillstand erreicht und die israelische „Vernichtungsmaschine“ zum Stillstand gezwungen wird. Werden Teile der israelischen Gesellschaft erkennen, dass die ungezügelte Gewalt, die Israel seit dem 7. Oktober entfesselt hat, und die Kräfte der Entmenschlichung, die sie antreiben, die Existenz des Staates selbst bedrohen?

„Schweigen ist erbärmlich“, schrieb Sejew Schabotinski in dem Gedicht, das zur Hymne der revisionistischen zionistischen Bewegung Beitar, dem Vorläufer des Likud, wurde. Dass Netanjahu und seine Partner das Getöse eines andauernden Krieges wollen, liegt auf der Hand. Die Frage ist, warum das liberale Lager schweigt.

aus +972 Magazine vom 23. August 2024

Übersetzung: MiWe



UNTER GEIERN UND FALKEN

Worum geht es bei dem Konflikt innerhalb der zionistischen Machtelite? Mitnichten handelt es sich um einen Konflikt zwischen Falken und Tauben, wie die westlichen Medien uns glauben machen wollen ... **Gilbert Achcar**

Auch den israelischen Massen, die für ein Abkommen auf die Straße gehen, das zu einem weiteren Gefangenaustausch zwischen ihrer Regierung und der Hamas führt, geht es mehrheitlich nicht darum, die Tragödie in Gaza zu beenden und die Besatzungsarmee von dort abzuziehen. Vielmehr wird sich die zionistische Armee kein zweites Mal aus dem Gazastreifen zurückziehen, da selbst die „Gemäßigten“ in ihren Reihen glauben, dass mit einem neuerlichen Rückzug bloß dieselben alten Fehler wiederholt würden.

Die politische Trennlinie in Israel verläuft bekanntlich nicht zwischen denen, die einen vollständigen Rückzug aus dem Gazastreifen fordern, und denen, die darauf bestehen, dort zu bleiben. Sie verläuft vielmehr zwischen der extremen Rechten, die die Annexion des Gazastreifens an den zionistischen Staat fordert, indem sie die meisten seiner Bewohner:innen aus dem größten Teil des Territoriums vertreibt und durch jüdische Siedler ersetzt, und der zionistischen „Mitte“, die erkennt, dass der Preis für die Annexion und Vertreibung zu hoch für ihren Staat ist. Sie will sich lieber an den „Allon-Plan“ von 1967 halten, der die Situation im Westjordanland so regelt, dass Israel die strategischen Standorte und Straßen um die Wohnorte der palästinensischen Bevölkerung herum kontrolliert.

Mit anderen Worten: Nicht Falken und Tauben stehen sich hier gegenüber, sondern Falken und Geier, wenn Benjamin Netanjahu und die zionistische „Mitte“ streiten, zu der die Oppositionsparteien sowie eine Minderheit im Likud gehören, die durch Kriegsminister Joav Galant vertreten wird. Die israelische Presse berichtete über den jüngsten Streit während einer Kabinettsitzung zwischen Galant und Netanjahu und betonte, dass der Minister den Standpunkt des Militär- und Sicherheitsapparats vertrete. Bei diesem Streit ging

es um das Waffenstillstandsabkommen, das Washington mit Hilfe von Kairo und Doha zwischen der Regierung und der Hamas zu schließen versucht.

Dass dieses Abkommen die israelische Besatzung des Gazastreifens beenden könnte, ist pure Illusion, denn aus israelischer Sicht geht es vor allem darum, einen vorübergehenden Waffenstillstand mit einem begrenzten Rückzug der Besatzungstruppen aus Teilen des Gazastreifens zu akzeptieren, um die Freilassung der Mehrheit der von der Hamas gefangenen Personen zu ermöglichen und anschließend den Krieg wieder fortzuführen, bis ihre Ziele vollständig erreicht sind. In diesem Zusammenhang haben wir Netanjahus Dilemma wie folgt beschrieben:

„Innenpolitisch steht er zwischen zwei Fronten: Einerseits diejenigen, die der Freilassung der in Gaza festgehaltenen Israelis Vorrang einräumen wollen, in erster Linie natürlich die Familien der Gefangenen; andererseits diejenigen, die jegliche Waffenruhe ablehnen und den Krieg partout ohne Unterbrechung fortsetzen wollen, angeführt von den Hardlinern unter der zionistischen extremen Rechten. Der größte Druck auf Netanjahu kommt aus Washington. Dort identifiziert man sich mit dem Wunsch der Familien israelischer Gefangener nach einem „humanitären“ Waffenstillstand von einigen Wochen. Die Biden-Regierung könnte sich so als um das Wohl der Zivilbevölkerung besorgter Friedensstifter profilieren, nachdem sie für den völkermörderischen Krieg, den Israel ohne die militärische Unterstützung der USA nicht hätte führen können, voll mitverantwortlich war und ist.“

Was wir vor über vier Monaten geschrieben haben, hat sich seither in nichts geändert. Die Biden-Regierung braucht noch einen Erfolg, um ihren guten Willen vor der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit zu beweisen, und vor diesem Dilemma steht jetzt Kamala Harris, zu deren Gunsten Biden aus dem Rennen ausgestiegen ist. Die zionistische „Mitte“ versucht stets, so viele Geiseln wie möglich frei zu bekommen, zumal sie unter dem Druck ihrer Anhängerschaft steht, die in der Protestbewegung vertreten sind. Beide Seiten sind sich jedoch darin einig, dass die israelische Kontrolle über Gaza langfristig aufrechterhalten werden soll. Sie unterscheiden sich in der Form und dem Umfang der Kontrolle, nicht aber in ihrem Prinzip.

Bei der Meinungsverschiedenheit zwischen Galant und Netanjahu ging es um die von Kairo unterstützte Forderung der Hamas nach einem Rückzug der Be-

satzungsarmee aus dem „Philadelphia-Korridor“ an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten. Während die zionistische Armee und der Sicherheitsapparat diesen Rückzug befürworten, lehnt die im Kabinett vertretene zionistische extreme Rechte ihn kategorisch ab und droht damit, ihre Koalition mit Netanjahu aufzukündigen, sollte er das Abkommen akzeptieren, was zu Neuwahlen und damit zum möglichen Ende von Netanjahus politischer Karriere führen könnte.

Netanjahu lehnt den Rückzug aus dem Grenzkorridor kategorisch ab und verweist dabei auf Sicherheitsaspekte, die kein Mitglied der zionistischen Machtelite widerlegen kann. Denn sie alle wissen, dass Waffen und Tunnelbaumaterial vom ägyptischen Sinai in den Gazastreifen gelangt sind, und sie haben keinerlei Vertrauen in die ägyptische Seite oder anderweitig, was die Überwachung des Korridors angeht.

Während einige Vertreter der Opposition den Vorschlag der Sicherheitsdienste befürworten, den Grenzstreifen ohne ständige Stationierung israelischer Truppen elektronisch zu überwachen, beschreibt Galant die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Netanjahu als Wahl „zwischen dem Leben der Geiseln oder sechs Wochen lang im Philadelphia-Korridor zu bleiben“. Mit anderen Worten, Galant zufolge handelt es sich lediglich um einen sechswöchigen Rückzug aus dem Korridor, um die Freilassung der meisten von der Hamas festgehaltenen Personen zu ermöglichen, in dem Wissen, dass die Besatzungsarmee nach Abschluss der ersten Stufe des von Washington gewünschten Abkommens wieder die direkte Kontrolle über die Grenze übernehmen würde. Jeder weiß also, dass der hypothetische zweite Schritt dieses Abkommens, bei dem es um den vollständigen Rückzug der Besatzungsarmee aus dem Gazastreifen geht, niemals eintreten wird. Sie sind alle Heuchler.

Erschienen am 3.9. in Achcars Kolumne in *Al-Quds-Al-Arabi*

Übersetzung aus dem Frz.: MiWe

ISRAEL WILL DEN FLÄCHENBRAND

Nachdem Israel sich selbst in eine Sackgasse getrieben und einen Krieg begonnen hat, in dem bisher über 40 000 Palästinenser:innen massakriert wurden, ohne dass es gelungen ist, die Hamas zu besiegen, provoziert das Regime eine Ausweitung des Kriegs auf den Iran und die Hisbollah. Damit sollen die USA involviert werden, weil es allein in dem Mehrfrontenkrieg nicht siegen kann. **Joseph Daher**

Innerhalb weniger Stunden ermordete Israel den politischen Führer der Hamas, Ismail Hanija, und einen hochrangigen Militärkommandeur der Hisbollah, Fuad Schukr. Dass diese Hinrichtungen am 30. und 31. Juli in Teheran bzw. im Süden Beiruts stattfanden, signalisiert den Vorsatz Israels, die iranische und libanesische Souveränität zu verletzen und beide Akteure entlang seiner strategischen Ziele zu provozieren, auch wenn dies zu einer Ausweitung des Krieges führen könnte. Der israelische Angriff war nach der Ermordung von Saleh al-Aruri, dem stellvertretenden Vorsitzenden des politischen Büros der Hamas, der zweite Angriff auf die südlichen Vororte von Beirut seit dem 7. Oktober. Trotzdem hat sich die Hisbollah in Zurückhaltung geübt, indem sie keine Angriffe auf israelische Städte oder Zivilisten verübt hat.

Bereits einige Tage vor diesen Attentaten waren nach einem israelischen Angriff auf den jemenitischen Hafen Hodeidah neun Menschen getötet worden, als Vergeltung für einen Drohnenangriff der Huthis, einer mit Teheran verbündeten jemenitischen politischen Bewegung, bei dem ein Israeli in Tel Aviv getötet wurde. Die Huthis, die weiterhin Schiffe auf dem Weg durch den Golf von Aden stoppen und beschlagnahmen, haben als Reaktion auf den israelischen Angriff mit weiteren Angriffen gedroht.

Dementsprechend wurde auf dem G7-Ministertreffen am 4. August die Befürchtung geäußert, dass es zu einer „Regionalisierung der Krise, ausgehend vom Libanon“, kommen könnte, und alle Parteien wurden aufgefordert, eine Eskalation zu vermeiden. Die USA, Frankreich, Großbritannien und andere westliche Staaten haben sogar

ihre Staatsangehörigen aufgefordert, den Libanon so schnell wie möglich zu verlassen, und im Libanon hielten der scheidende Premierminister Nadschib Miqati und mehrere Minister seines Kabinetts eine Reihe von Sitzungen ab, um zu bewerten, inwieweit die Verwaltungen auf eine Ausweitung des Krieges vorbereitet sind.

Diese regionalen Spannungen wachsen vor dem Hintergrund des völkermörderischen Krieges Israels, der mehr als vierzigtausend Palästinenser:innen das Leben gekostet hat. Inzwischen wurden die Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas auf den 15. August verschoben. Nach der Ermordung ihres Chefunterhändlers Hanija ist die Hamas zu Recht misstrauisch, ob Israel überhaupt die Absicht hat, ernsthafte Gespräche aufzunehmen. Hamas hat darauf bestanden, nicht an den Gesprächen teilzunehmen, solange Israel seine Operationen im Gazastreifen nicht einstellt, und fordert eine Rückkehr zu der von Präsident Joe Biden am 2. Juli vorgeschlagenen Waffenruhe.

Die israelische Unnachgiebigkeit hat das Risiko eines größeren Krieges weiter erhöht. Die Parteien, die in eine solche Konfrontation verwickelt wären, werden jedoch von ihren eigenen strategischen Interessen geleitet.

Der Spagat der Hisbollah ...

Offizielle Vertreter des Irans und der Hisbollah haben geschworen, den Tod von Hanija und Schukr zu rächen. Irans oberster Führer, Ajatollah Ali Khamenei, drohte Israel mit „harter Bestrafung“, und ähnlich äußerten sich die Führer der Hisbollah. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu erklärte seinerseits, sein Land sei auf jedes Szenario vorbereitet, „sowohl defensiv als auch offensiv“.

Die USA haben ihrerseits zugesagt, ihre Präsenz in der Region zu erhöhen, um ihrem wichtigsten Verbündeten leichter Unterstützung bieten zu können. Dazu gehören mehr Kriegsschiffe mit „einer ballistische Raketenabwehr“ und „ein zusätzliches Geschwader von Kampfflugzeugen“. US-Regierungsvertreter haben außerdem angekündigt, dass die USS Abraham Lincoln und die USS Georgia, ein Flugzeugträger und ein U-Boot, in die Region entsandt werden, um die israelische Verteidigung zu unterstützen.

Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, erklärte in einer Rede am 7. August, eine Woche nach der Ermordung von Schukr, dass die Antwort auf die Aggression gegen die südlichen Vororte von Beirut mit Sicherheit kommen und härter ausfallen werde als die Reaktionen

auf frühere Attentate. Er machte deutlich, dass die Partei zwar „beherzt“, aber nicht unüberlegt handeln werde. Diese Zurückhaltung der Hisbollah beruht darauf, dass eine unüberlegte Reaktion Israel einen Vorwand für eine Ausweitung des Krieges liefern könnte.

Schon vor der Ermordung von Schukr hatten die israelischen Besatzungstruppen ihre Militäraktionen gegen den Libanon auf dessen gesamtem Hoheitsgebiet und nicht nur in den Grenzregionen kontinuierlich eskaliert. Seit dem 7. Oktober wurden mehr als vierhundert Hisbollah-Kämpfer im Libanon und in Syrien getötet, darunter viele hochrangige Offiziere. Außerdem wurden mehr als hunderttausend Zivilisten durch die israelischen Angriffe vertrieben und die Infrastruktur sowie große Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen entlang der Südgrenze zerstört. Israel will die Hisbollah damit zwingen, ihre Truppen nördlich des Litani-Flusses zurückzuziehen, wie es die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats vorsieht, die zur Beendigung des israelischen Krieges gegen den Libanon 2006 führte, ohne seine eigenen Truppen aus der Grenzregion abzuziehen oder auf künftige Angriffe auf den Libanon zu verzichten.

Laut Nasrallah sind es „die Israelis, die sich für eine Eskalation der Konfrontation mit dem Libanon und dem Iran entschieden haben“. Solche Äußerungen entsprechen nicht nur den Tatsachen, sondern sind auch eine Reaktion auf die Anfeindungen großer Teile der libanesischen Bevölkerung und einzelner politischen Parteien, die die Hisbollah beschuldigen, das ganze Land aufs Spiel zu setzen. Nasrallah erklärte zwar: „Die Palästinenser [haben] uns manchmal aufgefordert, den Druck auf Israel zu erhöhen und unsere Angriffe auszuweiten. Wir haben aber immer die innere Lage [des Libanon] berücksichtigt“, und das Ziel der Hisbollah sei nicht, „Israel jetzt zu vernichten, sondern es am militärischen Sieg zu hindern“, indem wir eine „Einheitsfront-Strategie“ verfolgen.

Anders als die militärischen Kapazitäten der Hisbollah, die seit dem Krieg von 2006 erheblich zugenommen haben, ist die Unterstützung in der Bevölkerung eher gesunken. Im Libanon ist die Partei außerhalb der schiitischen Bevölkerung politisch und gesellschaftlich zunehmend isoliert. Während 62 Prozent der Israelis einen Angriff auf den Libanon uneingeschränkt unterstützen, sagen nur 30 Prozent der Libanesen, dass sie der Hisbollah vertrauen, obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung Israels Krieg als Völkermord betrachtet.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass die Unterstützung für die Hisbollah außerhalb der schiiti-

schen Gemeinschaft einen der niedrigsten Werte in ihrer Geschichte erreicht hat.

Der Partei ist es jedoch gelungen, ein Aufflammen der konfessionellen Spannungen im Libanon zu verhindern, selbst nach dem Bombenanschlag, bei dem zwölf Kinder in Majdal Shams, einer von Israel besetzten und von syrischen Drusen bewohnten Stadt auf den syrischen Golanhöhen, getötet wurden. Die Hisbollah hat jegliche Verantwortung oder Beteiligung an dem Anschlag, den Israel ihr anlastet, abgestritten.

Die große Mehrheit der syrischen Bevölkerung auf den besetzten Golanhöhen hat die israelische Staatsbürgerschaft abgelehnt und leidet unter zahlreichen Diskriminierungen durch den israelischen Staat. Waffenexperten erklärten gegenüber der Nachrichtenagentur *Associated Press*, dass Beweise dafür sprechen, dass eine Rakete aus dem Libanon, die möglicherweise versehentlich abgefeuert wurde, für den Einschlag verantwortlich war, der von Israels Raketenabwehrsystem Iron Dome zwar entdeckt, aber nicht abgefangen wurde. Unabhängig von der Ursache der Todesfälle hat die israelische Regierung dieses Ereignis instrumentalisiert, um die südlichen Vororte von Beirut anzugreifen und konfessionelle Spannungen im Libanon zu schüren.

Seit Israels völkermörderischem Angriff auf den Gazastreifen ist es der Hisbollah gelungen, die konfessionellen Spannungen im Land im Zaum zu halten. Die Partei hat sich Teilen der libanesischen sunnitischen Bevölkerung angenähert, die in ihrer großen Mehrheit die Palästinenser unterstützen. Seit dem 7. Oktober haben die konfessionellen Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten im Libanon erheblich abgenommen. Darüber hinaus hat sich die Gamaa Islamija (auch bekannt als Bewegung der Muslimbrüder im Libanon) unter dem Schirm des politischen Einflusses der Hisbollah an einigen militärischen Aktionen gegen die israelischen Besatzungstruppen an der libanesischen Grenze beteiligt. Zugleich unterstützen immer mehr sunnitische Scheichs in ihren Freitagspredigten offen den „Widerstand“, darunter auch hochrangige Vertreter der Dar al-Fatwah, der offiziellen Behörde für die religiösen Angelegenheiten der Sunniten im Libanon, die die Hisbollah in der Vergangenheit vehement bekämpft hatte.

Die Hisbollah wird zweifellos auf die israelischen Bombenangriffe auf Beirut reagieren. Aufgrund des empfindlichen Gleichgewichts der konfessionellen Interessen innerhalb des Landes, denen am Schutz der eigenen Zivilbevölkerung und der militärischen Infrastrukturen – insbesondere der nach dem Krieg von 2006 (wieder) aufgebauten – gelegen ist, wird sie jedoch versuchen, einen

größeren Flächenbrand zu vermeiden. Nicht zuletzt auch wegen der katastrophalen Folgen eines Krieges für die libanesischen Bevölkerung.

... und des Irans

Der wichtigste Unterstützer der Hisbollah, der Iran, vertritt einen ähnlichen Standpunkt wie die libanesischen Partei. Trotz der Ermordung des Palästinenserführers Haniya auf iranischem Hoheitsgebiet und zahlreicher anderer israelischer Angriffe auf iranische Einrichtungen in der Region versucht der Iran ebenfalls, einen regionalen Krieg zu vermeiden. Seit dem 7. Oktober hat Israel mehr als zwanzig hohe Beamte des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) getötet. Doch ähnlich wie die Hisbollah hat auch Teheran verhalten reagiert.

Die iranische Operation „Wahres Versprechen“ im April 2024, bei der mehr als dreihundert Drohnen und Raketen auf Israel abgefeuert wurden, war im Wesentlichen symbolisch und darauf bedacht, realen Schaden zu vermeiden. Der Iran startete die Operation als Vergeltung für den israelischen Angriff auf das iranische Botschaftsgebäude in Damaskus am 1. April, bei dem sechzehn Menschen getötet wurden, darunter sieben Mitglieder der IRGC und der Kommandeur der Al-Quds-Truppe für die Levante, Mohammad Reza Zahedi.

Der Angriff war der erste direkte Angriff des Irans auf Israel seit der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979. Teheran hatte dessen Verbündete und Nachbarländer jedoch zweiundsiebzig Stunden vor dem Angriff gewarnt, damit sie Zeit hatten, ihren Luftraum zu schützen, wie der damalige Außenminister des Landes, Hossein Amir-Abdollahian, erklärte, der am 19. Mai zusammen mit Präsident Ebrahim Raisi bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) waren vorgewarnt und spielten eine wichtige Rolle dabei, Israel bei der Neutralisierung des Angriffs durch den Informationsaustausch mit den USA und Israel zu helfen. Die saudi-arabische und die irakische Regierung genehmigten außerdem den Aufenthalt von Tankflugzeugen der US-Luftwaffe in ihrem Luftraum, um die Patrouillen der USA und ihrer Verbündeten während der Operation zu unterstützen.

Außerdem entschloss sich der Iran, Israel mit Drohnen anzugreifen, die Stunden brauchten, um ihr Ziel zu erreichen, und leicht identifiziert und abgeschossen werden konnten, und er forderte seine Verbündeten (insbesondere die Hisbollah) nicht auf, sich an seinem Angriff zu beteiligen. Nach der Operation erklärte der Oberste Nationale

Sicherheitsrat des Irans, dass derzeit keine weiteren militärischen Aktionen geplant seien und dass er die Angelegenheit als abgeschlossen betrachte. Mit anderen Worten: Der Iran hat diesen Angriff vor allem durchgeführt, um sein Gesicht zu wahren und Israel davon abzuhalten, seinen Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus fortzusetzen. Damit signalisierte das iranische Regime eindeutig, dass es einen regionalen Krieg mit Israel und den USA vermeiden wollte, die Tel Aviv zu Hilfe gekommen wären. Der Iran tat dies in erster Linie, um sich selbst und seine Netzwerke in der Region zu schützen.

Die strategischen Ziele des Irans, insbesondere seit dem 7. Oktober, bestehen darin, sein politisches Ansehen in der Region zu mehren, um für künftige Verhandlungen mit den USA gewappnet zu sein, seine politischen und sicherheitspolitischen Interessen zu sichern. Ein breit angelegter israelischer Angriff auf den Libanon, der für dieses Land besonders verheerend wäre, würde die Hisbollah schwächen und den geopolitischen Einfluss Teherans in der Region untergraben. Er würde zudem Teheran und seine Verbündeten dazu zwingen, die Hisbollah zu unterstützen.

Die herrschende Klasse des Irans ist daher damit ausgelastet, die verschiedenen möglichen Szenarien zu analysieren, die sich aus einer Reaktion auf das Attentat auf Israel ergeben würden. Dazu gehören Vergeltungsmaßnahmen, die nur von Teheran ausgeführt werden, oder eine koordinierte Reaktion des pro-iranischen regionalen Netzwerks unter Einbeziehung seiner libanesischen, irakischen und jemenitischen Verbündeten. Über den Zeitpunkt einer solchen Operation wird noch diskutiert. In jüngster Zeit erklärten mehrere iranische Vertreter, dass nur ein Waffenstillstandsabkommen im Gazastreifen die Islamische Republik davon abhalten könnte, auf Israels Aggression zu reagieren.

Teheran hatte im April gewarnt, dass jede neue israelische Aggression gegen sein Territorium oder seine Interessen eine direkte, gewaltsame und schnelle Reaktion nach sich ziehen würde. Damals hatte die Islamische Republik angedeutet, dass sie sich nicht in strategischer Geduld üben und den geeignetsten Ort und Zeitpunkt für einen Vergeltungsschlag abwägen werde. Angesichts der israelischen Aggression hat der Iran jedoch versucht, seine eigene Reaktion sorgfältig abzuwägen.

Der wahre Kriegstreiber

Israelische Regierungsvertreter haben der Hisbollah und dem Iran bei zahlreichen Gelegenheiten mit einem

größeren Krieg oder einer Militäroffensive gedroht. Der israelische Verteidigungsminister Joav Gallant reagierte auf die Rede Nasrallahs mit der Feststellung, dass „es möglich ist, dass dieser Kampf zu einem Krieg eskaliert. Das ist realistisch, nicht bloß theoretisch“.

Statt diese Option zu verwerfen, hat die Regierung Netanjahu stattdessen Teheran und die Hisbollah zur Eskalation und Ausweitung des Krieges gedrängt. Nur die Zurückhaltung der Hisbollah angesichts des starken Drucks hat dazu geführt, dass diese Bestrebungen Israels erfolglos blieben. Tel Aviv, das sich seiner strategischen Bedeutung für Amerika bewusst ist, hat versucht, die USA in den regionalen Krieg hineinzuziehen, den Washington zu verhindern versucht und für den es Israel bisher kein grünes Licht gegeben hat. Doch ohne die Unterstützung der USA wäre die Fähigkeit Israels, eine regionale Konfrontation zu bewältigen, stark eingeschränkt.

US-Vertreter haben über diplomatische Kanäle und mit Unterstützung ihrer Verbündeten im Nahen Osten Druck auf den Iran und die Hisbollah ausgeübt, damit diese ihre Reaktionen sehr sorgfältig abwägen. Die USA haben die Hisbollah gewarnt, dass ein massiver Vergeltungsschlag die Spannungen nur weiter anheizen und zu einer direkten Konfrontation zwischen ihnen und Israel führen würde, das sich der Rückendeckung und Unterstützung Washingtons gewiss sein könnte. Darüber hinaus haben US-Diplomaten über verschiedene Vermittler deutlich gemacht, dass eine israelische Antwort auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah für beide Länder verheerend wäre.

Obwohl die USA nach außen hin versuchen, die Situation zu deeskalieren, haben sie in der Praxis Israel gestattet, ungestraft vorzugehen. Sie haben Israel mit all der militärischen Ausrüstung versorgt, die es braucht, um seinen völkermörderischen Krieg zu führen, palästinensisches Land zu besetzen und zu kolonisieren, den Jemen, den Libanon und Syrien zu bombardieren, Attentate in der gesamten Region durchzuführen und die militärischen Operationen gegen den Iran zu eskalieren. Am 13. August stimmten die USA zu, Waffen im Wert von 20 Milliarden Dollar an Israel zu verkaufen. Der Großteil dieser Summe wird in einen Vertrag über fünfzig F-15A-Kampffjets fließen, die im Jahr 2029 geliefert werden sollen – ein Schritt, der Amerikas langfristiges Engagement für Israel signalisiert.

Stabilität in der Region kann es nach dem 7. Oktober nicht mehr geben, ohne die Rechte der Palästinenser:innen zu gewährleisten. Kurzfristig bedeutet dies einen totalen Waffenstillstand, um Israels völkermörderischen Krieg zu beenden, sowie den Rückzug der israelischen

Besatzungsarmee aus dem Gazastreifen, die Einstellung der israelischen Aggression in den Nachbarländern, einschließlich des Libanon, und eine massive Verteilung humanitärer Hilfe an die Palästinenser und andere von Israels Aggression Betroffene in der gesamten Region. Langfristig hängt die Stabilität jedoch weitgehend von der Beendigung der israelischen Kolonisierung, Besetzung und Apartheid in ganz Palästina ab.

aus *International Viewpoint* vom 2.9.2024

Übersetzung: MiWe

DIE VERANTWORTUNG DER USA AM VÖLKERMORD

Nach monatelangem Blutvergießen im Gazastreifen begreift die westliche Welt endlich, dass der vorgeschlagene Waffenstillstand im Gazastreifen am Widerstand der israelischen Regierung scheitert. **Mitchell Plitnick**

Der Wunsch nach einem Waffenstillstand in den USA, zumindest unter den Wähler:innen der Demokraten, ist eindeutig. Glaubt man Präsident Joe Biden, Vizepräsidentin Kamala Harris und – beschämenderweise – sogar der führenden Vertreterin des progressiven Parteiflügels Alexandria Ocasio-Cortez, so arbeitet die Regierung „rund um die Uhr“ daran, einen solchen zu erreichen. Doch während das Gemetzel in Gaza in seinen zwölften Monat geht, erscheint die einzige Supermacht der Welt angesichts der israelischen Unnachgiebigkeit hilflos.

Das klingt so absurd, wie es tatsächlich ist. Warum also halten die USA Israel nicht auf, was sie sicherlich könnten, indem sie einfach die ständigen Waffenlieferungen stoppen? In einem Interview mit dem *+972 Magazine* äußerte der ehemalige israelische Unterhändler Daniel Levy, dass

die USA den Krieg nicht beenden wollen, weil „es auch ihr Krieg ist“.

Da hat er recht. Levy verweist sowohl auf die israelische Lobby als auch auf die geopolitischen Interessen, die für Washington ausschlaggebend sind. Das Interview hilft, die Position der USA seit dem Beginn des israelischen Gemetzels in Gaza zu verstehen.

Innenpolitische Kräfte

Während die Republikaner – die ebenfalls von der pro-israelischen Propaganda beeinflusst werden – zu Israel neigen, weil ihre pietistischen, rechtsgerichteten und zumeist offen rassistischen Ansichten gut zur israelischen Agenda passen, bedarf es bei den demokratischen Wähler:innen stärkerer Überzeugungsarbeit.

Mit fadenscheinigen Antisemitismus-Vorwürfen und Geld„spenden“, die sowohl von konservativen demokratischen als auch von republikanischen Spendern stammen, versucht die israelische Lobby, der wachsenden Sympathie für die Palästinenser unter den demokratischen Wähler:innen entgegenzuwirken.

Levy drückt es so aus: „Israel hat die Deutungshoheit weitgehend verloren, aber man sollte nicht unterschätzen, wie viel Einfluss durch unverblühte finanzielle Zuwendungen und Dauerbeschuss der pro-israelischen Propaganda ausgeübt werden kann ... Die Anti-Defamation League spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Instrumentalisierung des „Antisemitismus“ und der Kriminalisierung pro-palästinensischer Äußerungen.“

Israel, mit seinem einst „egalitären“ Selbstverständnis, erkannte schon vor Jahren, dass diese Rolle mit seiner Realität als ethnischer Staat unvereinbar ist, der auf der Vertreibung und Verfolgung eines Teils seiner Bewohner aufgebaut ist und durch eine Vielzahl von Gesetzen beherrscht wird, die auf eine Apartheid hinauslaufen.

Vor die Wahl gestellt, entweder die Grundfesten dieses Staates zu ändern, eine ehrliche Aufarbeitung seiner Geschichte zu leisten und diejenigen zu entschädigen, die bei der Errichtung und Aufrechterhaltung seines Staates Unrecht erlitten haben, oder sich erneut auf rohe Gewalt zu verlassen, um ein rassistisches Regime aufrechtzuerhalten, entschied sich Israel für Letzteres. Damit sank seine Reputation unter den liberalen Kräften im Westen. Statt sich zu rehabilitieren zu versuchen, ist Israel im Laufe der Jahre jedoch noch gewaltsamer gegen Proteste auf Universitätsgeländen vorgegangen und hat noch härtere juristische und legislative Mittel eingesetzt.

Dieses Vorgehen erstickt legitime Debatten, schafft eine Atmosphäre der Angst und isoliert und diskreditiert öffentlich diejenigen, die eine radikale Kritik am Völkermord im Gazastreifen und an der eskalierenden Gewalt im Westjordanland zum Ausdruck bringen und sich nicht durch diese repressiven Maßnahmen zum Schweigen bringen lassen wollen.

Doch allein mit Bestechungsversuchen durch die israelische Lobby und der Instrumentalisierung des „Antisemitismus“ lässt sich die US-amerikanische Politik nicht vollständig erklären. Diese Faktoren mögen im Kongress am stärksten wirken, aber bei der Exekutive sind sie weniger einflussreich (wenn auch nicht bedeutungslos).

Geostrategische Interessen der USA

Wie Levy sagte, ist der Gaza-Krieg ein Krieg, den die USA Hand in Hand mit Israel führen. Sie begehen diesen Völkermord nicht gegen ihren Willen und werden auch nicht von Israel oder seinen Lobbyisten mit hinein gezogen.

Es ist bemerkenswert, dass Israel jedes Mal, wenn es die Region an den Rand des Abgrunds getrieben hat und es nur einen weiteren Schlag gegen das richtige Ziel in Teheran oder Beirut gebraucht hätte, um einen regionalen Krieg auszulösen, die Gelegenheit nicht genutzt hat, obwohl es sie selbst aktiv herbeigeführt hatte.

Es braucht notabene keinen Lobbydruck, damit die USA mörderische Kriege führen, bei denen Zivilisten die primären Ziele sind. Die Tausende von Drohneneinsätzen der Regierungen von Barack Obama und Donald Trump, die Invasionen im Irak und in Afghanistan, die massiven Bombardierungen und die von Menschen verursachte Hungersnot im Jemen sowie die Zerstörung Libyens sind nur einige der jüngsten Beispiele. Die massiven Interventionen in Südostasien und Lateinamerika früherer Jahre, deren Auswirkungen immer noch massiv zu spüren sind, zeigen, dass die US-amerikanische Außenpolitik seit vielen Jahrzehnten so funktioniert.

Jede Bemühung, die US-Politik im Nahen Osten zu ändern, stößt auf Granit. Dies liegt auch daran, dass sich die USA als Anwalt Israels begreifen und die beiden Staaten eng miteinander verflochten sind. Aber wenn man dies nur auf den israelischen Lobbyismus zurückführt, übersieht man wichtige Aspekte.

Levy ging in seinem Interview darauf ein: „Wenn man die nationalen Sicherheitsinteressen der USA realistisch betrachtet, ist [die blinde Unterstützung Israels durch die USA] absolut kontraproduktiv und untergräbt deren Re-

putation zutiefst ... Die USA sind wieder einmal weltweit diskreditiert, weil dies auch ihr Krieg ist.“

Diese realistische Sichtweise richtet sich sowohl gegen eine bedingungslose Verteidigung Israels als auch gegen eine nüchterne außenpolitische Orientierung, die die Welt nach dem Schema des Kalten Krieges schwarz-weiß betrachtet. Letzteres neigt dazu, Israel nicht aus ehrlicher Verbundenheit zu unterstützen, sondern weil es opportunistisch scheint, Verbündete gegen nationalistische oder Unabhängigkeitsbewegungen zu unterstützen.

In dieses Schema wird Palästina seit Ende des Zweiten Weltkriegs eingeordnet, unabhängig davon, ob die Proteste von kommunistischen, arabisch-nationalistischen, „islamistischen“ oder auch breiteren Bewegungen wie den Blockfreien Staaten oder den BRICS ausgehen.

Diese Denkungsart, die die Welt in zwei konkurrierende Blöcke aufteilt, bestimmt Bidens außenpolitische Grundsätze. Daher ist er auch von seinen Wahlkampfaussagen im Jahr 2020 in Bezug auf Saudi-Arabien abgerückt. Biden mag einen religiösen Eifer in Bezug auf Israel an den Tag legen, aber er hält auch daran fest, dass – abgesehen von blumiger Rhetorik – Bestrebungen für Gerechtigkeit und Menschenrechte nur dann hinnehmbar sind, wenn sie mit „unseren“ Zielen übereinstimmen.

Ewiggestrig

Da der Einfluss der USA als unipolarer Supermacht immer weiter schwindet, muss sich die dortige Politik entweder an die neuen Konstellationen anpassen oder verzweifelt an veralteten, zunehmend ineffektiven und sogar kontraproduktiven Strategien festhalten. Eine solche Anpassung an neue Realitäten braucht Zeit, vor allem in einem Land mit einer riesigen politischen Bürokratie wie den USA. Dabei wird keine durchgängige politische Umorientierung vorgenommen, sondern von Fall zu Fall entschieden, so wie unter Barack Obama, der andere Wege wählte, um die Interessen der USA durchzusetzen.

Obamas anfänglicher, naiver Versuch, ein dauerhaftes Abkommen zur Beendigung von Israels Besatzung durch einen Siedlungsstopp zu erzielen, scheiterte rasch, weil seine eigene Partei an der Unterstützung für Israel festhielt. Daraufhin entschloss er sich, die Spannungen mit dem Iran abzubauen, um das Land zu stabilen diplomatischen Beziehungen zu den US-amerikanischen Verbündeten in der Region zu zwingen. Trotz des massiven Widerstands der Saudis und Israelis, denen er in durchaus krimineller Weise den Einsatz massiver Gewalt gegen das jemenitische

bzw. palästinensische Volk gestattet, schien der Plan zu funktionieren, bis Donald Trump ihn torpedierte.

Joe Biden hat an Trumps Politik festgehalten, anstatt zu Obamas effektiverem, wenn auch bei weitem nicht auf Menschenrechten oder Gerechtigkeit beruhendem Ansatz zurückzukehren. Das Ergebnis ist der Völkermord in Gaza, die wachsende Gefahr eines Krieges mit dem Iran, die eskalierende israelische Aggression im Westjordanland und die Bedrohung des Schiffsverkehrs im Roten Meer. Man muss kein Palästina-Anhänger sein, um zu erkennen, wie sehr dies der Welt schadet, auch den Herrschaftsinteressen der USA.

Diese Ansicht wird jedoch nicht von allen geteilt. Die extreme Rechte in Israel hat schon immer auf militärische Gewalt zur Lösung aller Probleme des Landes gesetzt und ein anderes Vorgehen, etwa einen endlosen Friedensprozess, immer strikt abgelehnt. Aber jetzt haben sie die Gelegenheit, ihre bevorzugte Strategie durchzusetzen, und sie tun es auch.

Auch in den USA gibt es solche Kriegstreiber, die sich jedoch, anders als in Israel, aus den Falken unter den Liberalen, anderen militaristischen Sektoren sowie aus der radikalen Rechten speisen. Wie in Israel gibt es eine Debatte über die Taktik, aber nicht über das eigentliche Ziel: die Konfrontation mit dem Iran und die Zerschlagung jeder palästinensischen Bewegung, die eine wirklich unabhängige, selbstbestimmte nationale Einheit anstrebt.

Die Realisten unter den Außenpolitikern sowie diejenigen, die ein Festhalten am Status quo eher skeptisch sehen, argumentieren, dass unsere kurzfristige Unterstützung für Israel den US-amerikanischen Interessen schadet. Diese Argumente verfangen jedoch nicht, wie Levy anmerkte: „Amerika sagt: Ja, das sagt man uns schon seit Ewigkeiten, und es passiert nicht. Amerika denkt immer noch, dass es die Kosten, für die es aufkommt, auffangen kann“.

Der Verlust an amerikanischer Glaubwürdigkeit wegen der Unterstützung Israels hat mit dem andauernden Völkermord in Gaza einen neuen Höhepunkt erreicht. Aber wie auch bei Israel reichen die tatsächlichen Auswirkungen auf uns bei Weitem nicht aus, um diejenigen umzustimmen, in deren Augen die globale Vormacht der USA nur durch die Ablehnung unabhängiger nationaler Bewegungen und die bedingungslose Unterstützung ihrer Verbündeten aufrecht erhalten werden kann.

Andere Länder, darunter auch amerikanische Verbündete, sind da offener. Saudi-Arabien ist bestrebt, möglichst viele Vorteile aus den USA zu ziehen, während es gleichzeitig seine Beziehungen zu China ausbaut und sich um

eine Einigung mit dem Iran bemüht. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Saudis und dem Iran hat zwar viel Aufmerksamkeit erregt, steht aber nicht allein. Auch Bahrain bemüht sich um eine Verbesserung seiner Beziehungen zum Iran. Der Irak reagiert zunehmend feindselig auf die andauernde amerikanische Präsenz innerhalb seiner Grenzen und hat eine Schlüsselrolle bei der Entspannung zwischen der arabischen Welt und dem Iran eingenommen.

Die BRICS-Organisation hat sich auf neun Mitglieder erweitert, darunter Iran, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch Saudi-Arabien wurde zum Beitritt eingeladen. Achtzehn weitere Länder, darunter die Türkei, Kuwait, Bahrain und Palästina, haben den Beitritt beantragt.

Die globalen Mächteverhältnisse verschieben sich, und das Festhalten der alten Mächte an ihrer Position führt tragischerweise zu einem starken Rechtsruck und zu viel mehr Gewalt gegen Zivilisten.

Während die Aktivist:innen in den USA und Europa weiterhin auf einen politischen Kurswechsel ihrer eigenen Regierung drängen können, bleibt zu hoffen, dass die palästinensische Führung aus den Fehlern der PLO lernt und sich von der vergeblichen Hoffnung verabschiedet, dass die USA einen Wandel herbeiführen können. Levy sagt zu Recht: „Wenn ich heute einen Friedensprozess in die Wege leiten müsste, würde ich alles tun, um das amerikanische Monopol zu brechen. Das bedeutet, dass die Palästinenser ihr Vorgehen grundlegend überdenken müssen und sich nicht mehr an den USA oder den westlichen Ländern orientieren dürfen, sondern die gewandelten geopolitischen Verhältnisse zu ihrem Vorteil nutzen müssen.“

Dies gilt nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für den kleinen Teil in Israel, der einen grundlegenden Wandel anstrebt, einschließlich echter Gleichberechtigung für alle. Auch diejenigen unter uns, die sich für eine Änderung der amerikanischen und europäischen Politik einsetzen, müssen ihr strategisches Vorgehen daran ausrichten. Das Beste, was wir tun können, ist, unseren Regierungen in den Arm zu fallen. Ihre Einmischung hat schon immer mehr Schaden als Nutzen gebracht.

Aus *Mondoweiss* vom 6. September

Übersetzung: MiWe

DER VERRAT DES HOLOCAUSTS DURCH DEN ISRAELISCHEN STAAT

Mit einer Erinnerung an die Zivilisationskritik der großen jüdischen Philosophie. **Friedrich Voßkübler**

1. Die leitende These: Der Genozid in Gaza als Verrat am Holocaust

Der Holocaust dient vermehrt dazu, den Kritikern des israelischen Staates moralisch den Mund zu verbieten. Ich verwahre mich gegen diese Heuchelei und vertrete stattdessen die These, dass der Staat Israel schon längst durch sein Handeln den Holocaust verraten hat. Wer in Gaza Massenmord begeht, über die palästinensische Bevölkerung einen dauernden Ausnahmezustand verhängt, der sie der Willkür des israelischen Staates aussetzt, und einen ganzen Landstrich im Grunde in ein einziges „Lager“ verwandelt, verrät den Holocaust. Bei allen konkreten Unterschieden, die selbstverständlich nicht zu unterschlagen sind, gilt für ihn das „Lager“ denn doch genauso als der „nomos (wörtlich: „Gesetz“ F.V.) der Moderne“ (Agamben), wie das bei den Nationalsozialisten und im stalinistischen „Archipel Gulag“ der Fall war.

Von jeher funktionierte wie schon in der griechischen Antike die „abendländische Politik“, wie es Agamben am Beispiel des Aristoteles herausarbeitet, „vor allem über die Ausschließung ... des nackten Lebens“ (Giorgio Agamben: *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt 2002, S.17). Die Zivilisation, die sich nach dem Ende der Gentilgesellschaft durchsetzte, war eine Sklavenhaltergesellschaft, in der es die „Herren“ gab, die über die Mittel verfügten, ein „gutes Leben“ zu führen, und diejenigen, die „Knechte“, denen es um den Erhalt des „bloßen Lebens“ ging und die mit ihrer Arbeit in den Bergwerken und

auf den Feldern etc. das „gute Leben“ ihrer „Herren“ ermöglichten. Sie waren die vom politischen Leben Ausgeschlossenen, die aber gleichwohl für dieses Leben unbedingt erforderlich waren. Jedoch das „Lager“ war nicht der „nomos“ der Sklavenhaltergesellschaft. Damit dies geschehen konnte, musste die Zivilisation noch eine lange Geschichte durchlaufen. Erst der Merkantilismus entdeckte die Bevölkerung. Erst mit ihm wurden statistische Verfahren in die Demographie eingeführt, erst durch ihn erhielt „das Volk eine Geburtenrate, eine Sterblichkeit, eine Lebensdauer, eine Fruchtbarkeit, einen Ernährungszustand und einen Wohnraumbedarf“ (Michael Ruoff: *Foucault-Lexikon*. Stichwort „Bio-Macht“. Paderborn 2007, S.81). Erst mit ihm begann die systematische „Politisierung des nackten Lebens“ (Agamben, S.14) im modernen Sinn.

Foucault zufolge liegt die „biologische Modernitätsschwelle einer Gesellschaft“ dort, wo die Gattung und das Individuum als einfacher lebender Körper zum Einsatz der politischen Strategie werden. In seinen Vorlesungen am Collège de France steht in den Jahren 1977/78 der Übergang vom „Territorialstaat“ zum „Bevölkerungsstaat“ im Mittelpunkt und damit die schwindelerregend wachsende Bedeutung des biologischen Lebens und der Volksgesundheit für die souveräne Macht, die sich zunehmend in eine „Regierung der Menschen“ verwandelt. „Daraus ergibt sich eine gewisse Animalisierung des Menschen, die durch die ausgeklügeltsten politischen Techniken ins Werk gesetzt wird. Gleichzeitig mit der Ausbreitung der Human- und Sozialwissenschaften entsteht nun auch die Möglichkeit, das Leben sowohl zu schützen wie auch seinen Holocaust zu autorisieren. Von dieser Stelle her betrachtet wären insbesondere die Entwicklung und der Triumph des Kapitalismus ohne die disziplinarische Rolle nicht möglich gewesen, welche die neue Biomacht ausgeübt hat; mit einer Reihe geeigneter Technologien schuf sie gewissermaßen die ‚gelehrigen Körper‘, deren sie bedurfte“ (Agamben, S.13).

Ausgeklügelte Techniken, die Foucault unter dem Titel „Überwachen und Strafen“ als „Geburt des Gefängnisses“ (Frankfurt 1976) zur Darstellung bringt, die „Geburt der Klinik“ zusammen mit der Entstehung des „ärztlichen Blicks“ (Frankfurt 1988), der sich mit der „Macht der Psychiatrie“ (Frankfurt 2005) verbündet, alles das ist Teil der „Biomacht“ (= der „Macht“ über das Leben), welche den „gelehrigen Körper“ hervorbringt, den der Kapitalismus dringend benötigt, damit

die Menschen seinen Systemimperativen Folge leisten. Alles das ist Teil der „Politisierung des nackten Lebens“ und der „Animalisierung des Menschen“, die im Holocaust auf die Spitze getrieben werden. Der Holocaust ist also die Kehrseite der „Ausbreitung der Human- und Sozialwissenschaften“, die zusammen mit den entstandenen exakten Naturwissenschaften erfolgreich dazu verwendet werden können, sich Natur und Mensch zu unterwerfen. Agamben geht sogar so weit, diese Kehrseite, da sie geradezu gesetzmäßig das „Lager“ als die strategische Folge des mit der „Politisierung des Lebens“ einhergehenden Ausnahmezustandes generiert, als den „nomos der Moderne“ zu bezeichnen, als das „Gesetz“ der Moderne, welche in den Kliniken, Gefängnissen, Kasernen und Fabriken darauf ausgeht, sich möglichst lückenlos des Lebens zu bemächtigen und es für die Verwertungsbedingungen des Kapitals gefügig zu machen. Der „gelehrige Körper“, den sie dabei erzeugt, geht aus der Strategie der Abtötung der autonomen sinnlichen Strebungen des Leibes hervor und entwickelt, wie es Theweleit in seinem Buch „Männerphantasien“ (Vollständige Neuausgabe Berlin 2019) an vielen Stellen sagt, eine „Tötungslust“, die sich ungehemmt und ohne Skrupel in den „Lagern“ ausagiert. Das „Lager“ ist deswegen der Ort der „Animalisierung“ sowohl der Täter als auch der Opfer. Die Juden waren die „Negativreferenz“ einer „biopolitischen Souveränität“ (Agamben, S. 124), die es sich zur Aufgabe nahm, sie, wie Hitler es angekündigt hatte, „wie Läuse“ zu vernichten.

Die Moderne ist das Zeitalter, das es sich anmaßt, die Menschen auf „bloßes Leben“ zu reduzieren und dieses entweder zu vernichten oder es dem Programm einer Menschenzüchtung zu höheren Zwecken zu unterwerfen. Trotzki, der dem Selbstverständnis der Moderne in dieser zweiten Ausprägung Tribut zollt, bringt das folgendermaßen zu Wort: „Ist er einmal mit den anarchischen Kräften der eigenen Gesellschaft fertig geworden, wird der Mensch sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers. Der Mensch wird zum ersten Mal sich selbst als Rohmaterial, bestenfalls als physisches und psychisches Halbfabrikat betrachten. Der Sozialismus wird einen Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit auch in dem Sinne bedeuten, dass der gegenwärtige, widerspruchsvolle und unharmlose Mensch einer neuen und glücklicheren Rasse den Weg ebnet wird“ (Leo Trotzki: Eine Vision der Zukunft. In: Trotzki. Denksatz. Herausgegeben von

Novack und Dahmer. Wien 2010, S.430). Die Antwort darauf muss lauten: Es wird keine sozialistische Zivilisation geben können, wenn man sich nicht kritisch der dunklen Kehrseite des Zivilisationsprozesses zuwendet und alle biopolitischen Machtbestrebungen fahrenlässt, die der Moderne eigen sind. Andernfalls verbindet einen mehr mit dem nationalsozialistischen Holocaust, als es einem lieb sein kann. Es bedarf also einer grundlegenden, an die Wurzel gehenden Zivilisationskritik. Diese möchte ich anhand der großen jüdischen Philosophie im Folgenden skizzieren.

2. Die Zivilisationskritik der jüdischen Philosophie

Zu den großen jüdischen Philosophen rechne ich u. a. Walter Benjamin, Martin Buber, Hermann Cohen, Jacques Derrida, Hans Ehrenberg, Emmanuel Lévinas und Franz Rosenzweig. Es ist nicht ganz falsch, ihre Bestrebungen sowohl auf eine Philosophie der „Ich“-„Du“-Begegnung (in Sonderheit bei Buber) als auch – und das meiner Meinung nach hauptsächlich – auf eine explizite Philosophie des „Anderen“ (in Sonderheit bei Lévinas) hinauslaufen zu lassen. Walter Benjamin geht – eng verbunden mit seiner Auseinandersetzung mit dem stalinistischen „Verrat“ – einen eigenen Weg. Gleichwohl beginne ich meine Skizzierung der jüdischen Philosophie mit einer kurzen Erläuterung seiner Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ aus dem Jahr 1942. Danach werde ich mich Lévinas zuwenden. Aus dem, was ich die große jüdische Philosophie nenne, werde ich im Folgenden im Wesentlichen nur Benjamin und Lévinas herausgreifen.

2.1. „Der Fortschritt ist die Katastrophe“ (Walter Benjamin)

Benjamins Thesen beabsichtigen, „in dem Augenblick, da die Politiker, auf die die Gegner des Faschismus gehofft hatten, am Boden liegen und ihre Niederlage mit dem Verrat an der eigenen Sache bekräftigen, das politische Weltkind aus den Netzen zu lösen, mit denen sie es umgarnt hatten“ (Benjamin Werke I.2, S.698). Mit dem „Verrat an der eigenen Sache“ meint Benjamin konkret den Hitler-Stalin-Pakt. Seine Betrachtung gehe davon aus, „dass der sture Fortschrittsglaube dieser Politiker, ihr Vertrauen in ihre ‚Massenbasis‘ und schließlich ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat drei Seiten derselben Sache“ (ibid.) gewesen seien. Diese „Sache“, die „Sache“ eines „sturen Fortschrittsglaubens“, sei gescheitert. Die

„klassenlose Gesellschaft, das beweise gerade auch die Geschichte der Arbeiterbewegung“, dürfe nicht als das vorgegebene „Endziel des Fortschritts in der Geschichte“ (Werke I.2, S.1232) aufgefasst werden; weder die Entwicklung der Produktivkräfte noch der Verlauf des Klassenkampfes des Proletariats würden mit immanenter Notwendigkeit auf eine „revolutionäre Situation“ (Werke I.2, S.1232) hinausgehen. Es gäbe nichts, was die „deutsche Arbeiterschaft“ „in dem Maße korrumpiert“ (Werke I.2, S.698) hätte wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. „Von da an“ sei es nur „ein Schritt zu der Illusion“ gewesen, „die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar“ (Werke I.2, S.698 f.). Stattdessen müsste dem „Begriff der klassenlosen Gesellschaft“ sein echtes „messianisches Gesicht wiedergegeben werden, und zwar im Interesse der revolutionären Politik des Proletariats selbst“ (Werke I.3, S.1232). Wenn Marx sage, die Revolutionen seien die „Lokomotive der Weltgeschichte“, dann müsse wohl richtiger gesagt werden, „die Revolutionen“ seien der „Griff nach der Notbremse“, den das „in diesem Zuge“ „reisende Menschengeschlecht“ (ibid.) tue. Der Rede von der Notwendigkeit des „messianischen Gesichts“, das dem „Begriff der klassenlosen Gesellschaft wiedergegeben“ werden müsste, erscheint die Geschichte nicht mehr in dasselbe Licht getaucht zu sein wie den Epigonen Marxens. Im Gegensatz zu ihnen ist ihre Einsicht: „Die Katastrophe ist der Fortschritt, der Fortschritt ist die Katastrophe“. Die „Katastrophe“ „ist zu sehen als das Kontinuum der Geschichte“ (Werke I.3, S.1244). In seinem Vorstudium zum „Passagenwerk“ exzerpiert Benjamin zu diesem Punkt Hermann Lotze: „Weil der Sinn der Welt sich in Widersinn verkehren würde, weisen wir den Gedanken zurück, dass ins Endlose die Arbeit vergehender Geschlechter nur denen zu Gute komme, die ihnen folgen, für sie selbst aber unwiederbringlich verloren gehe“ (Werke V.1., S.600). Dieses Zitat aus Lotzes „Mikrokosmos“ macht klar, was Benjamin meint. Der „Fortschritt“ ist deswegen die „Katastrophe“ bzw. die „Katastrophe“ der „Fortschritt“, weil er das immerwährende Opfer der jeweils Gegenwärtigen zugunsten der Zukunft voraussetzt und legitimiert. Dagegen setzt Benjamin im „Passagenwerk“ folgenden Gedanken: „Die jeweils Lebenden erblicken sich im Mittag der Geschichte. Sie

sind gehalten, der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten. Der Historiker ist der Herold, welcher die Abgeschiedenen zu Tische lädt“ (Werke V.1, S.603).

Benjamin legt dem historischen Materialismus einen Perspektivwechsel nahe, damit dessen „messianische“ Substanz nicht weiter zur Legitimation der „Katastrophe“ des „Kontinuums der Geschichte“ diene. Der Perspektivwechsel müsse einer zu einer „rückwärtsgewandten Prophetie“ sein. Benjamin gibt für diese in der These IX von „Über den Begriff der Geschichte“ eine berückende Beschreibung. Er bezieht sich zu diesem Zweck auf ein Bild Klees, das „Angelus Novus“ heißt. „Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor *uns* erscheint, da sieht *er* eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Der Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm“ (Werke I.2, S.697 f.).

Den „Engel der Geschichte“ führt das Entsetzen über die immerwährende „Katastrophe“ der Geschichte in eine „Zukunft“, der er den Rücken zugekehrt hat. Der „Katastrophe“ den Rücken zuzukehren, wäre ein Verrat an den „Toten“ und am „Zerschlagenen“. Das Entsetzliche, das sich vor dem Engel ereignet, öffnet ihm den Mund zum Schrei und reißt ihm die Augen auf, aber er kann nicht bei dem Entsetzlichen verweilen. Bei ihm zu verweilen, hieße das nicht zu können, was er will: „die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen“. Die „Katastrophe“ bedarf einer „Erlösung“, die nur die „Zukunft“ wird leisten können. Deswegen muss der Engel sich dem „Sturm“ überlassen, der ihm die Flügel öffnet und ihn in die „Zukunft“ treibt. Diese „Zukunft“ weht vom „Paradiese“ her, von jenseits der Zeit des geschichtlichen „Kontinuums“. Er treibt den Engel also nicht durch die geschichtliche Zeit, sondern er treibt ihn ins Jenseits dieser Zeit. Jenseits der geschichtlichen Zeit anzukommen, ist für Benjamin der

wirkliche „Fortschritt“, nicht das Fortschreiten in der Zeit. „Im Eingedenken“, schreibt Benjamin, „machen wir die Erfahrung, die es uns verbietet, die Geschichte grundsätzlich atheologisch zu begreifen, ... Mein Denken verhält sich zur Theologie wie das Löschblatt zur Tinte. Es ist von ihr ganz vollgesogen. Ginge es nach dem Löschblatt, es würde nichts, was geschrieben ist, übrigbleiben“ (Werke I.3, S.1235). Heißt: Der wirkliche „Fortschritt“, der sich nur als Schritt aus der Zeit ereignen kann, als Ankommen jenseits der Zeit, trägt in sich die „messianische Erlösung“. Der wirkliche „Fortschritt ist ganz und gar nicht „atheologisch“, sondern er ist die Einverwandlung der „messianischen Erlösung“ in das „echt messianische Gesicht“ der „klassenlosen Gesellschaft“. „Der Messias bricht die Geschichte ab, der Messias tritt nicht am Ende einer Entwicklung auf“ (Werke I.3, S.1243).

Um das Letztere auf den Punkt zu bringen: Es gibt für Benjamin keine „Vernunft“ in der Geschichte, nicht das, was Hegel die „Weltgeschichte“ nennt, die wie ein „Weltgericht“ (Bucharin) verfährt und alles aus dem Weg räumt, was sie an ihrer Verwirklichung hindert. Das Sein geht nicht Schritt für Schritt dieser Verwirklichung entgegen, dabei – wie es in der „Phänomenologie“ Hegels steht, Stalin und Mao dann exekutierten – eine einzige grausige Schädelstätte der Opfer hinter sich lassend, die dafür erforderlich waren, damit sich die „Vernunft“ durchsetzen konnte. Dieser „Fortschritt“ bedeutet eine einzige „Katastrophe“ und wird niemals darin enden können, was er im Marxismus als sein „Endziel“ reklamiert: die „klassenlose Gesellschaft“. Er ist stattdessen die „Kontinuität“ einer „Katastrophe“, die sich „Weltgeschichte“ nennt und von der die Menschen „erlöst“ werden müssen. Was das messianische Denken Benjamins leitet und was für ihn gleichzeitig die Maxime der sozialistischen Zivilisation sein muss, lautet daher mit den Worten Rilkes: „Hiersein“ ist „viel“, „... dieses *ein Mal indisch* gewesen zu sein“ ist „nicht widerrufbar“ (Rainer Maria Rilke: Sämtliche Werke I. Frankfurt 1955, S.717). Dies aufnehmend opponiert die jüdische Philosophie jedem Versuch der Legitimation des Menschenopfers auch dann, wenn vorgegeben wird, den Gesetzmäßigkeiten der „Weltgeschichte“ Folge zu leisten und deren „Vernunft“ zu realisieren. Die Zivilisation, wenn sie Gesetze der „Vernunft“ predigt, ist mit der Möglichkeit des Holocausts verschwistert. Die Kehrseite der Zivilisation, das, was hinter der Zivilisation lauert, ist der Massenmord, das „Lager“ als der

„nomos der Moderne“. Dessen ist sich die jüdische Philosophie bewusst.

2.2. Die „Heimsuchung“ durch die „Not“ des „Anderen“ (Emmanuel Lévinas)

Aber es reicht nicht, den Begriff der „Weltgeschichte“ zu destruieren. Vielmehr muss gefragt werden, ob und wie die „abendländische Philosophie“ insgesamt dazu beigetragen hat, dass der Mensch auf „bloßes“, tötbares Leben reduziert werden konnte. Es muss gefragt werden, ob nicht der „abendländischen Philosophie“ als ganzer von Anfang an ein mörderischer Zug eigen gewesen ist. Erst dann ist die Zivilisationskritik auf den Punkt gebracht. Emmanuel Lévinas hat sich dieser Frage gewidmet. Seine Auskunft ist: „Die abendländische Philosophie fällt mit der Enthüllung des Anderen zusammen; dabei verliert das Andere, das sich als Sein manifestiert, seine Andersheit. Von ihrem Beginn an ist die Philosophie vom Entsetzen vor dem Anderen, das Anderes bleibt, ergriffen, von einer unüberwindbaren Allergie“ (Emmanuel Lévinas: Die Spur des Anderen. Freiburg, München 1983, S.211).

Wie geht die Philosophie seit ihren Anfängen vor? Sie fragt, was etwas ist. Sie fragt nach dem, was es zu dem macht, was es ist. Kurz: Sie fragt nach seinem Sein. Sie „enthüllt“ das „Andere“ in seinem Sein. Auf dieses Sein, was man auch sein Wesen nennen kann, wird das „Andere“ reduziert. Es ist dann nicht mehr das „Andere“, das es an sich selbst ist, sondern das, was sich das Denken zurechtlegt, um sein Wesen (sein Sein) zu bestimmen bzw. zu begreifen. Also belässt die Philosophie nicht das „Andere“ als das, was es ist, nicht als das ihr gegenüber „Andere“, sondern macht es mit dem Begriff, den sie von ihm bildet, identisch. Lévinas nennt das die „unüberwindbare Allergie“ der Philosophie, ihr „Entsetzen vor dem Anderen, das Anderes bleibt“. Sie entsetzt sich vor dem Eigenleben des „Anderen“, vor dem, dass das „Andere“ überhaupt als „Anderes“ existiert. Sie möchte ihm diese die Existenz rauben und in ihre Begriffswelt einsaugen, in ihre, wie Lévinas sagt, begriffliche „Immanenz“ (ibid.). Das ist in der Tat, wie es Lacan in einem anderen Zusammenhang sagte, der „Mord (an) der Sache“. Deswegen haben alle Philosophie und alle Wissenschaften, welche ihr im Wesentlichen darin folgen, einen mörderischen Zug. Sie lassen das „Andere“ nicht *anders* sein. Was auch meint: Sie lassen es nicht *sein*.

Die Frage ist nun, ob und wie es möglich ist, die genannte „Immanenz“, dieses Kreisen des Begrifflichen

in sich selbst, auf das „Anderer“ hin, das „anders“ bleibt, zu überschreiten (zu „transzendieren“). Mit den Worten von Lévinas: „Gibt es ein Bedeuten von Bedeutung, das nicht auf die Verwandlung des Anderen in das Selbe hinausläuft? Kann es so etwas“ „geben“ „wie eine heteronome Erfahrung“ (Die Spur des Anderen, S.214)? Ein solches „Bedeuten“ gibt es. Es ist an die „Epiphanie (das zur Erscheinung Kommen F.V.) des Anderen“ (Spur des Anderen, S.220) als „Antlitz“ gebunden. „Der Andere kommt uns nicht ... aus dem Kontext entgegen, sondern unmittelbar, er bedeutet durch sich selbst“ (Die Spur des Anderen, S.221). „Das Phänomen, das die Erscheinung des Anderen ist, ist ... *Antlitz*“ (ibid.) Und: Die „Epiphanie des Antlitzes ist *Heimsuchung*“ (ibid.). Damit ist gemeint: Die Andersheit des „Anderen“ sucht uns im „Antlitz“ und als „Antlitz“ des „Anderen“ heim.

Das, was uns heimsucht, ist nicht von uns veranlasst. Es setzt vielmehr alle Maßnahmen, uns vor diesem Fremden zu bewahren und von ihm unbehelligt zu sein, außer Kraft. Es durchstößt den Kontext, in den wir alles, was ist, unterzubringen versuchen, damit es uns bekannt ist und unserem rationalen Verstehen zugänglich. Kurz: Diese Strategien, es zu bewältigen, werden außer Kraft gesetzt. Das, was uns derart „heimsucht“, fordert uns auf, eine Antwort auf es zu finden. Es fordert uns auf, uns vor ihm zu verantworten, ohne uns in das übliche Gerede zu flüchten. „Die Heimsuchung des Antlitzes ist ... nicht die Enthüllung einer Welt“ (Die Spur des Anderen, S.222), vielmehr „bedeutet die Anwesenheit des Antlitzes eine nicht abzulehnende Anordnung, ein Gebot, das die Verfügungsgewalt des Bewusstseins einschränkt“ (Die Spur des Anderen, S.223). Die „Einzigartigkeit des Ich liegt in der Tatsache, dass niemand an meiner Stelle antworten kann“ (Die Spur des Anderen, S.224), so dass es ist, „als ob das ganze Gebäude der Schöpfung auf meinen Schultern ruhte“ (ibid.). Diese „Verantwortung“ „treibt“ „dem Ich“ seinen „Imperialismus und seinen Egoismus“ (ibid.) aus.

Genau das ist die Stelle, an der die jüdische Philosophie mit der philosophischen Tradition seit ihren Anfängen bricht, da sie der „Politisierung des nackten Lebens“ und mit ihr der „abendländischen Politik“ seit der griechischen Antike widerspricht. Genau das ist der Punkt, wo sie dem mörderischen Charakter der „abendländischen Philosophie“ jede Art der Gefolgschaft verweigert und sie stattdessen der Unverantwortlichkeit anklagt. Ihr Vorwurf ist: Die „abendländische Philosophie“ ist von Grund auf von „Imperialismus“ und

„Egoismus“ durchseucht. Und deswegen eignet sie sich zur Komplizin des Holocausts.

Seit ihren Anfängen in der Sklavenhaltergesellschaft war die „abendländische Philosophie“ gegen die „Not“ im „Antlitz“ des „Anderen“ wie versteinert. „Das Antlitz“, sagt Lévinas, „ist durch und durch Nacktheit“. Und „die Nacktheit des Antlitzes ist Not, und in der Direktheit, die auf mich zielt, ist es schon inständiges Flehen. Aber dieses Flehen fordert“ (Die Spur des Anderen, S.222). Es fordert mich zur unbedingten „Verantwortung“ heraus, zur „Diakonie“ (Die Spur des Anderen, S.224), also zur Brüderlichkeit, zur Mitmenschlichkeit und Hilfe „– die Philosophie lächelt zu all dieser Not ihr leeres Lächeln und weist mit ausgestrecktem Zeigefinger das Geschöpf, dem die Glieder in Angst um sein Diesseits schlottern, auf ein Jenseits hin, von dem es gar nichts wissen will. Denn der Mensch will ja gar nicht irgendwelchen Fesseln entfliehen; er will bleiben, er will – leben“ (Franz Rosenzweig: Der Stern der Erlösung. Frankfurt 1988, S.3). Das schreibt Franz Rosenzweig 1921 in der „Einleitung“ zum „Stern der Erlösung“, in jener Einleitung, die er programmatisch mit „in philosophos!“ (ibid.) (=gegen die Philosophen!) überschrieben hat. Das ist, wenn man so will, zugleich die Quintessenz des jüdischen Denkens, sein, wenn man soll, entscheidendes und letztes Wort zur „abendländischen Philosophie“, welche sich seit je der „Not“ des „Anderen“ verschloss.

3. Der Verrat durch den israelischen Staat

Was Lévinas mit der „Heimsuchung“ durch das „Antlitz“ meint, wird einem klarer, wenn man sich der dunklen Augen jenes kleinen Jungen erinnert, der angstvoll mit erhobenen Händen im Warschauer Ghetto seiner Vernichtung entgegengetrieben wird. In diesen flehentlichen Augen drückt sich sicherlich seine Angst ums „bloße Leben“ aus. Diese Angst „sucht“ uns „heim“, sie fordert uns auf, dem Jungen zur Hilfe zu eilen und die Mordmaschine zu stoppen. Ohne Zweifel. Wieso aber? Von woher kommt uns der Aufruf entgegen, uns vor dem „bloßen Leben“, das uns in den Augen des Jungen anfleht, zu verantworten? Vielleicht vom „Jenseits“ der „Ordnung“, mit der wir das Leben gewöhnlich bewältigen und ihm Gewalt antun, vom „Jenseits“ seiner Bemächtigung oder gar Vernichtung? Für Lévinas ist das so. Die Augen des Jungen bedeuten die „Transzendenz“ (Die Spur des Anderen, S.228), sie bedeuten das, was das „bloße“, tötbare „Leben“ über-

schreitet (transzendiert) und ihm seinen Sinn verleiht auch dann noch, wenn es vernichtet worden ist. „Hiersein“ ist „viel“, „... dieses *ein* Mal irdisch gewesen zu sein“ ist „unwiderrufbar“. Die Augen des jüdischen Jungen überleben ihn, wenn wir sie auf dem uns bekannten Foto sehen. Sie „suchen uns“ immer wieder „heim“. Fazit: Das „bloße Leben“ ist mehr als „bloßes Leben“. Es ist steter Anlass des Eingedenkens seiner Unwiderrufbarkeit auch im Falle seiner Vernichtung. Stalin sagte: „Eine Person ist ein Problem, *keine* Person ist *kein* Problem“. Er irrte sich. Die, die er vernichtet hatte, besiegelten letztlich nach seinem Tod den Untergang seines Regimes. Die Sowjetunion ging nicht unwesentlich auch an ihren Opfern zugrunde. Die Toten überlebten ihre Henker.

Alle bis jetzt dargelegten Erwägungen der jüdischen Philosophie einschließlich der Notwendigkeit des Eingedenkens des Holocausts spielten für den zionistischen Gründungsprozess des Staates Israel, dessen Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen, letztlich jedoch keine Rolle. Der Rabiner Judah Akalai schrieb schon 1845, dass das Warten auf die göttliche Erlösung falsch sei. Die Juden müssten sich selbst organisieren, Führer wählen und ihr Exil verlassen. Sie müssten zum Zweck ihrer Rückkehr ins Heilige Land und seiner Besiedelung eine öffentlich-rechtliche „Körperschaft“ – letztlich einen Staat (F.V.) – gründen. Der Rabiner Hirsch Kalischer schrieb 1861: „Wenn sich viele Juden im Land Israel ansiedeln und ihre Gebete am heiligen Berg sich mehren, dann wird der Schöpfer sie erhören und den Tag der Erlösung beschleunigen“ (siehe hierzu Michael Krupp: Die Geschichte des Zionismus. Gütersloh 2001, S.21). Leo Pinsker notierte 1862 zur „Lösung der Judenfrage“, dass letztere nur möglich sei, wenn die Juden eine eigene Heimat und einen eigenen Staat erhalten“ (siehe hierzu auch Pinsker: Autoemancipation. Berlin 1882). Theodor Herzl erhebt das 1897 folgendermaßen zum Programm der „World Zionist Organisation“ (WZO): „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ (siehe hierzu bei Alex Bein: Die Judenfrage Bd.1. Stuttgart 1980, S.294). Das Wort „Staat“ verschweigt er an dieser Stelle aus diplomatischen Gründen. Das „Jerusalem Programm“ der WZO, welches diese anlässlich ihres 23. Kongresses 1951 beschloss, ist demgegenüber völlig eindeutig. Dieses „Programm“ verkündet drei Ziele, nämlich 1. die Stärkung des israelischen Staates, 2. die Einsammlung der Zerstreuten in Eretz Israel und 3. die Pflege und Einheit des jüdischen Volkes. Am

14. 5. 1948 hatte Ben-Gurion im Übrigen die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel verlesen. Der Staat Israel war gegründet.

Bei Tom Segev lässt sich folgende Antwort Ben-Gurions auf die kritische Anmerkung finden, er habe nie die Bedeutung des Holocausts verstanden. Ben-Gurion soll geantwortet haben: „Die Juden waren schon tot. Mit toten Juden kann man keinen Staat gründen“ (siehe bei Tom Segev: Jerusalem Ecke Berlin. München 2022, S.180). Ein weiteres Buch Segevs trägt somit nicht umsonst den Titel: „David Ben Gurion. Ein Staat um jeden Preis“ (München 2018). Denn in der Tat: Darum ist es in der Tat letztlich gegangen, nämlich um die Gründung des Staates Israel „um jeden Preis“.

Welcher Preis aber wurde gezahlt? Sicher – und das hauptsächlich und an erster Stelle – die Aufgabe des jüdischen Messianismus, die Aufgabe der religiösen und philosophischen Substanz des Judentums, denn ein „Staat“, der strategisch im Einklang mit den Interessen des Imperialismus handelt, wurde vom Judentum in seiner Geschichte niemals als der erwartete Messias verstanden, niemals als die „Erlösung“ vom gottgewollten Schicksal. An zweiter Stelle die Aufgabe der Verpflichtung, der Opfer des Holocausts eingedenk zu sein und die Erinnerung an sie nicht durch den Aufbau eines mit dem westlichen Imperialismus verbündeten Staates mit Armee, Polizei und Geheimdienst zu schänden. An dritter Stelle dasjenige, was mit diesem Eingedenken zusammenhängt, nämlich dass alles zukünftige Handeln durch Brüderlichkeit, Mitmenschlichkeit und Verantwortung vor dem „Leben“ gekennzeichnet sein muss und nicht durch die Kriegsführung gegen die Menschen, die „anders“ sind als man selbst. Was selbstverständlich jede Art staatlicherseits praktizierter Apartheid ausschließt. An vierter Stelle, was zugleich ein leitender Aspekt all dessen ist, was ich eben sagte, nämlich der schändliche Verstoß gegen die Epiphanie der „Transzendenz“ im Antlitz eines jeden Menschen, das Verbrechen gegen die „Not“ in seinem „Antlitz“, theologisch im Sinne von Lévinas ausgedrückt: der Abfall von Gott.

Es gibt keinen Unterschied zwischen der „Not“ in den Augen des Knaben im Warschauer Ghetto und der „Not“ in den Augen der Kinder in Gaza, die durch Bomben im Zuge der Kriegsführung durch den israelischen Staat ermordet werden.

Was folgte aus all dem? Was also war der Preis? Dass der israelische Staat dem „nomos der Moderne“ Tribut zollte, in Gaza den „Ausnahmestand“ installiert und

am palästinensischen Volk Massenmord begeht. Das ist der Verrat am Holocaust und zugleich der Verrat des israelischen Staates am Judentum. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der israelische Staat in diesem Sinne durch und durch als antisemitisch zu bezeichnen ist, als ganz und gar gegen die Substanz des Judentums gerichtet, gegen jene Substanz, die die Juden in der Diaspora zu bewahren suchten. Der „Messias bricht die Geschichte ab“, er verlängert nicht die „Katastrophe“, die die Menschen und die Natur bedroht. Er steht nicht im Dienst des „nomos der Moderne“.

Ich halte das alles für wichtig genug. Dass ich nicht näher auf die politischen, ökonomischen und geschichtlichen Umstände eingegangen bin, bitte ich zu entschuldigen und mit Nachsicht zu behandeln. Das wäre zu umfänglich geworden. Abgesehen davon können gerade auch Marxisten aus der jüdischen Zivilisationskritik etwas lernen. Nicht nur Benjamin, der aber ganz explizit, hat in dieser Hinsicht Wesentliches gesagt. Seine Gedanken zur Geschichte und zum Fortschrittskonzept sind, glaube ich, interessant genug. Jedoch auch die Philosophie des „Anderen“ sollte einem schon in Hinblick auf die Geschichte des Kommunismus sehr zu denken geben.



NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 499 Seiten
Subskriptionspreis bis zum
31.12.2024 24,80 €
ISBN 978-3-89900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästina-Konflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Das Buch erscheint Anfang September 2024.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

IST NICOLÁS MADURO EIN LINKER?

Im Gegensatz zu den letzten 25 Wahlen in Venezuela (mehrere Dutzende seit dem ersten Sieg von Hugo Chávez 1998) ist die gesamte lateinamerikanische Linke, einschließlich der gesamten Basis des „Progressismus“, nach dem Urnengang vom 28. Juli tief gespalten.

■ **Ana C. Carvalhaes und Luis Bonilla**

Eine zwar schrumpfende, aber immer noch einflussreiche Gruppe von Intellektuellen beruft sich auf das Forum von São Paulo¹, demzufolge die Regierung von Nicolás Maduro um jeden Preis unterstützt werden muss, um Venezuela und die Region vor dem US-Imperialismus zu retten – auch um den Preis der Nichtanerkennung des Wahlergebnisses. Anders als bisher ist nämlich nicht auszuschließen, dass Maduro die aktuellen Wahlen verloren hat, da er sich nach wie vor weigert, Beweise für seinen Sieg vorzulegen.

Nach dieser Logik, die eher der klassischen Geopolitik als dem Marxismus entspricht, ist es nicht nur vertretbar, sondern ein Gebot der Stunde, alle Mittel anzuwenden, um die Macht (und das Erdöl) „nicht an die Rechte abzutreten“. Dieser geopolitischen Logik zufolge ist es zweitrangig, ob Nicolás Maduro die Wahlen gewonnen oder verloren hat. Vielmehr geht es darum, im Namen des „nationalen Fortschritts“ den Einzug des US-Imperialismus, in Gestalt des Oppositionskandidaten Edmundo González, in den Miraflores-Palast und dessen Zugriff auf die staatliche venezolanische Erdölgesellschaft PDVSA, die über eine der größten Öl- und Gasreserven der Welt verfügt, zu verhindern. Ein Teil dieser „Neo-Maduristen“ hat zugegebenermaßen weniger das Öl im Sinn als die Frage, ob man die Niederlage von Maduro, der ihnen als links gilt, eingestehen soll, was vor dem Hintergrund des Aufstiegs

der extremen Rechten in der Region und in der ganzen Welt in ihren Augen eine Tragödie wäre. Somit besteht für diese Leute die einzige Lösung darin, an Maduro festzuhalten. Daher werden auch Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien abgelehnt, die von Lula und Gustavo Petro angeregt wurden, um beide Seiten an der Macht zu beteiligen und den Fortbestand der staatlichen PDVSA – zumindest in einem gewissen Rahmen – zu gewährleisten.

Ein Blick auf die jüngste Geschichte und ein Faktencheck

Zur Erinnerung: Wo verläuft die Trennlinie zwischen rechts und links? Geht es um Rhetorik oder um Taten? Maduro bedient sich zweifellos einer radikalen Sprache mit linken Floskeln. Er betrachtet seine Regierung als anti-imperialistisches Bündnis zwischen dem Militär, der Polizei und dem Volk und behauptet, für den Sozialismus einzutreten. Er muss sich intern und extern als Nachfolger von Chávez legitimieren, obwohl er die Errungenschaften und das Erbe der jahrelangen Fortschritte des „bolivari-schen Prozesses“ in weiten Teilen rückgängig gemacht hat. Ungeachtet des äußeren Anscheins hat Maduro ab 2013 die Bereicherung einer neuen Unternehmerschicht im Land gefördert und dabei – in seinem Selbstverständnis als Autokrat – versucht, zwischen den verschiedenen Fraktionen der neuen und der alten venezolanischen Bourgeois-

sie eine Balance zu finden, um sich an der Regierung zu halten. Davon ausgenommen waren bloß die am engsten mit der extremen Rechten der Yankees verflochtenen Sektoren, vertreten durch María Corina Machado und Edmundo González.

In einem offen autoritären Kurs hat Maduro stets die Unternehmerseite begünstigt, insbesondere den Dienstleistungssektor für die Ölindustrie, der weitgehend in den Händen der oberen Ränge seiner Streitkräfte und seiner Polizei liegt. (Daher also das Bündnis ...) Selbst unter den drückenden Sanktionen des westlichen Imperialismus gegen Venezuela, die unter der Regierung Obama eingeführt, unter Trump fortgesetzt und unter Biden gelockert wurden, hat er nie auch nur den geringsten Schritt unternommen, um dem globalisierten Finanzsystem und dessen Handlangern im eigenen Land die Stirn zu bieten. Er hat einen beträchtlichen Teil des schrumpfenden Staatshaushalts an Privatbanken übergeben, um Privatunternehmen und Rentiers den Devisenhandel zu ermöglichen. Mit einem Wort: Er verfolgt eine Politik, welche die Reichen subventioniert und begünstigt.

Seit dem Dekret 2792 von 2018 sind Streiks verboten, und das Recht der Arbeiterklasse, sich zu organisieren und Forderungen zu erheben, wurde – etwa durch das Verbot neuer Gewerkschaften – stark eingeschränkt. Gewerkschaftsführer, die die internen Praktiken der Unternehmen anprangern oder einfach nur eine Lohnerhöhung und eine Krankenversicherung fordern, werden verfolgt und inhaftiert. So geschehen bei Siderúrgica del Orinoco (Sidor), dem größten Ballungsraum von Proletariern in Venezuela. Nachdem sich die Beschäftigten im Juni und Juli 2023 für Löhne und Sozialleistungen eingesetzt hatten, wurden sie Opfer massiver Repressionen. Die Gewerkschaftsvertreter Leonardo Azócar und Daniel Romero befinden sich seither im Gefängnis.

Der „Anti-Imperialismus“ von Maduro hindert ihn und sein Umfeld nicht daran, das von den USA benötigte Öl auf Umwegen über Chevron und andere ausländische Großkonzerne (wie Repsol) zu liefern, denen das US-amerikanische Finanzministerium erlaubt, das venezolanische schwarze Gold zu fördern, solange sie in Venezuela selbst keine Steuern und Lizenzgebühren entrichten. Der „Anti-Imperialismus“ à la Maduro hat seine Grenzen, wie sein Kniefall vor diesen neokolonialen Bedingungen zeigt.

Obwohl die Sanktionen gegen Venezuela (unter dem Druck des Konflikts mit Russland) unter Biden gelockert wurden, hält Maduro in seiner Rhetorik hartnäckig daran fest, dass die Sanktionen an allem, was schiefläuft, schuld

sind. Dieses Narrativ dient ihm als Vorwand, um eine Strukturanpassung zulasten der arbeitenden Bevölkerung voranzutreiben. Allerdings hat die Berufung auf die (realen, konkreten und abzulehnenden) US-Sanktionen angesichts des (durch milliardenschwere Korruptionsgeschäfte möglich gewordenen) protzigen und luxuriösen Lebensstils derer, die das Land heute regieren, jede politische Glaubwürdigkeit verloren.

Die Arbeiterklasse – ein Nebenwiderspruch?

Anstatt die Lage der arbeitenden Klasse in Venezuela und davon ausgehend den Zustand der Linken zu analysieren, setzt man auf die in Mode gekommene „Geopolitik des Öls“, die ausschließlich den (zweifelsohne wichtigen) Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem venezolanischen Staat im Auge hat. Was jedoch fehlt, ist ein Minimum an dialektischem Verständnis, um angesichts vielfältiger Widersprüche die materielle und politische Lage sowie die Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu erfassen. Fast scheint es, man würde diese Frage unter ferner liefen bzw. als Nebenwiderspruch abtun. Unter der Devise, den Griff der Rechten nach der Macht zu verhindern, verzichtet man auf eine Klassenanalyse, wobei außer Acht gelassen wird, dass die Regierung trotz ihrer linken Rhetorik den wirtschaftlichen Strukturanpassungsrezepten der Rechten folgt. Man sollte sich vielleicht die Beschäftigten der PDVSA oder von Sidor (dem größten venezolanischen Stahlkonzern) anhören bzw. mit Lehrkräften und Universitätsprofessoren sprechen (statt mit der Bürokratie oder den Bossen vom Gewerkschaftsdachverband CBST), um die prekäre materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung zu begreifen (Mindestlohn von 4 Euro pro Monat, Durchschnittslohn von 120 Euro pro Monat). Die dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen geht einher mit einer gravierenden Einschränkung demokratischer Freiheiten. Seit Jahrzehnten war es nicht so schwierig, sich zu organisieren, zu protestieren und zu kämpfen.

Was den Ausgang der Wahlen vom 28. Juli betrifft, distanzieren sich die neuen Geopolitiker des „Progressismus“ von den Schlussfolgerungen [Wahlschwindel auf Kosten der rechten Opposition, Anm. d. Red.] der großen internationalen Medien (CNN, CBS und anderen). Schließlich vertreten sie nicht die Interessen von María Corina Machado und Edmundo González, sondern ihre eigenen (die von Maduro und der neuen Bourgeoisie), und zwar ausgehend von der falschen Prämisse, dass Maduro die Arbeiterklasse verkörpert. Dabei verzichten sie auf

eine nähere Betrachtung ihrer gegen die Werktätigen und die Bevölkerung gerichteten Politik. Sie tappen in die Falle einer Fetischisierung der Justiz, da sie ihre Analyse der politischen Lage auf das Wahlergebnis beschränken und dabei Klassenkriterien ausklammern. Maduro und die [Nationale Wahlbehörde, Anm. d. Red.] CNE haben nicht offengelegt, aufgrund welcher Berechnungen sie dem Präsidenten zum Wahlsieg verholfen haben, und das hat konkrete Auswirkungen auf das Ausmaß demokratischer Freiheiten und auf den Handlungsspielraum, den die arbeitende Klasse zum Überleben braucht.

Ohne Transparenz und Glaubwürdigkeit bei den nationalen Wahlen, zu denen Kandidaten verschiedener Schattierungen bürgerlicher Wahlprogramme zugelassen waren, ist es schwierig, an eine Wiederherstellung der demokratischen Mindestfreiheiten zu denken, die für die Arbeiterklasse unabdingbar sind, um sich gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr zu setzen. Es geht um das Recht auf angemessene Löhne, das Streikrecht, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht, zu protestieren und sich in politischen Parteien zu organisieren. Die Arbeiterklasse hat größtes Interesse daran, zu erfahren, ob nach dem 28. Juli die Freiheiten, die sie braucht, um sich als ausgebeutete Klasse Gehör zu verschaffen, garantiert oder eingeschränkt werden. Aber dieses Interesse entspricht nicht der Logik der neuen „progressistischen“ Geopolitik.

Verzicht auf klare Worte und vielsagendes Schweigen

Die Unterdrückung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung ist diesen „Progressiven“ ziemlich egal. Es kümmert sie auch nicht, dass Maduro ein Antreten des linken Flügels der PSUV² bei den Wahlen im Juli untersagt hat – wobei er selbst vor einer Unterwanderung und Kriminalisierung von Parteien sowie vor Frontalangriffen auf die Parteiführungen der Wahlbewegung des Volkes (Movimiento Electoral del Pueblo, MEP), Vaterland für alle (Patria Para Todos, PPT), der Tupamaros und der Kommunistischen Partei (PCV) nicht zurückschreckte, um die Wahlen zu beeinflussen. Die Anhänger von Maduro lassen unerwähnt, dass die Regierung nach dem 28. Juli die Repression verschärft hat – und zwar nicht mehr gegen den Mittelstand, sondern gegen die Arbeiterklasse. So wurden rund 2.000 Jugendliche unter dem Vorwand der „Umerziehung“ ins Gefängnis gesteckt, wo sie schikanösen Gehirnwascheritualen unterzogen werden.

Ebenso wenig äußern sich die Progressisten zu der Errichtung von zwei Hochsicherheitsgefängnissen für alle, die bei Straßenprotesten aufgegriffen oder bei Protestaufrufen in den sozialen Medien ertappt werden. Sie schweigen zu der Inhaftierung mehrerer Oppositionspolitiker und zu den unverhohlenen Drohungen, die im Fernsehen gegen verschiedene prominente Personen ausgesprochen wurden – etwa vom Innenminister [und Offizier im Ruhestand, Anm. d. Red.] Diosdado Cabello (dem „Hammerminister“)³ gegen Juan Barreto, den ehemaligen Bürgermeister von Caracas, oder gegen Vladimir Villegas, den Bruder des Kulturministers und Vorsitzenden eines Parlamentsausschusses. Angesichts der Einschüchterung öffentlicher Persönlichkeiten kann man sich unschwer vorstellen, womit gewöhnliche Menschen, die nicht im Rampenlicht stehen, zu rechnen haben. In letzter Zeit wurden häufig Sicherheitskräfte in Zivil eingesetzt, um Aktivisten einzuschüchtern – etwa gegen Kody Camos und Leandro Villoria, die Anführer der LGBTQ+-Gemeinschaft in Caracas, oder in der traditionellen Hochburg der Chavististen vom 23. Februar, ebenfalls in Caracas, wo Regierungsbeamte die Häuser von Aktivisten mit einem X markiert haben, um ihnen Angst einzujagen und sie so vor etwaigen Protesten abzuhalten.

Die „geopolitische“ Linke schweigt sich über die Zahl der Toten nach dem 28. Juli aus (nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen sind es mehr als 20) bzw. behauptet, dass es sich dabei ohnehin nur um Angehörige der Rechten gehandelt habe. Das ist nicht nur falsch, sondern bedeutet auch ein Zurückfallen hinter die demokratischen Errungenschaften, die in der [gesamten, Anm. d. Red.] Region nach dem Ende der Diktaturen erzielt wurden.

Der „geopolitische Progressismus“ hält am Trugbild einer Volksregierung fest, die es seit Maduros gesellschaftspolitischen Weichenstellungen gegen die arbeitende Bevölkerung nicht mehr gibt. Von der Arbeiterklasse wird verlangt, ausschließlich innerhalb des von Maduro erlaubten Rahmens für ihre Rechte einzutreten. Damit soll zumindest nach außen hin der Schein einer Utopie gewahrt werden, deren Verwirklichung im eigenen Land gescheitert ist. Der „Progressismus“ verschließt seine Augen vor der Tatsache, dass Maduro und seine Clique zwar eigene beglaubigte (und kostenpflichtige) Konten in den sozialen Netzwerken haben, während das Meinungsspektrum der Bevölkerung (auf kostenlosen Konten) zensuriert wird. Daher ist es diesen Leuten auch egal, dass die Regierung die Netzwerke X und Signal mindestens zehn Tage lang

gesperrt hat, während alle hohen Funktionäre ihre Kommunikation über den für das Volk gesperrten Kanal VPN aufrechterhalten.

Und was ist mit dem Erdöl?

Angesichts der Gefahr einer Regierungsübernahme durch die „abgetakelte“ Rechte werden alle ernst zu nehmenden Einwände von den Verfechtern von Maduros „Sieg“ als „formaldemokratische“ Nebensächlichkeiten abgetan. Diese Logik klammert nicht nur die Klassenfrage aus, sondern verkennt schlicht und einfach die Realität im Land.

Im November 2022 hat der US-Finanzminister im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Chevron erlaubt, venezolanisches Öl zu fördern und zu exportieren – unter der Bedingung, dass der Konzern keine Steuern oder Abgaben an die venezolanische Regierung entrichtet. Diese neokolonialen Auflagen, die man den [bürgerlichen] Regierungen vor Chávez erspart hatte, wurden von Maduro akzeptiert. Somit ist Venezuela wieder zu einem stabilen Öllieferanten für Nordamerika geworden. Das erklärt auch die Gratwanderung von Biden und seine Zurückhaltung gegenüber den Vermittlungsversuchen des progressistischen Dreigestirns Lula, Petro und AMLO⁴ (von denen sich AMLO inzwischen zurückgezogen hat).

Was das US-Embargo gegen Venezuela betrifft, muss man differenzieren, denn Embargo ist nicht gleich Embargo. Die Sanktionen, die über Lebensmittel, Medikamente und Ersatzteile für Busse und Autos verhängt wurden, haben maßgeblich zur Abwanderung von vier bis fünf Millionen Werktätigen beigetragen. Dennoch hat es Venezuela geschafft, zum sechstgrößten Öllieferanten der USA aufzusteigen und Länder wie Großbritannien und Nigeria zu überholen.

In Venezuela geht es um die Frage, welche Fraktion der herrschenden Klassen das Geschäft mit dem Öl kontrolliert: entweder die alte, abgewirtschaftete Oligarchenbourgeoisie oder die neuen, mit dem „bolivarischen“ Militär eng verflochtenen Wirtschaftszweige, die unter Maduro reich geworden sind. Es wird also darum gestritten, wer den Löwenanteil der Öleinnahmen erhalten soll. Beide Fraktionen sind Garanten für die geostrategische Ölversorgung der westlichen kapitalistischen Mächte, und sie werden eine Beteiligung der Bevölkerung an den Öleinnahmen nicht zulassen. Das liegt nicht nur in der Natur der kapitalistischen Bourgeoisie, sondern auch daran, dass der Charakter des fossilen, mono-extraktivistischen, exportorientierten Staates durch den bolivarianischen Prozess nicht angetastet wurde und Maduro trotz seiner Rhetorik

weder sozialistisch noch anti-imperialistisch ist. Es zeugt von Naivität und mangelnder Kenntnis der Fakten, sich vorzustellen, dass Maduro ein mutiges Programm vorlegt, um den imperialistischen Ambitionen, sich das venezolanische Öl auf dem Weltmarkt anzueignen, entgegenzutreten. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung wäre es ein grober Fehler, im Namen einer angeblichen Souveränität die Augen vor den zunehmenden autoritären Tendenzen des Maduro-Regimes zu verschließen.

Bedauerlicherweise verkennen die geopolitischen Maduristen, dass der Ölreichtum nicht Venezuelas Rettung, sondern sein historischer Fluch ist. Selbst der große brasilianische Entwicklungsökonom Celso Furtado hatte diesen Irrglauben bereits in den 1950er Jahren als extrem problematisch für sein eigenes Land erachtet – und er war weder Sozialist noch „grün“.

Gibt es einen Ausweg?

Natürlich ist das Erstarken der rechten Opposition, die bei früheren Wahlen mehrmals von Chávez und einmal von Maduro geschlagen wurde und an deren Spitze heute mit der Oligarchin María Corina Machado ihr extremster Flügel steht, eine Tragödie. Aber eine noch größere Tragödie ist die Tatsache, dass dieser rechtsextreme Flügel die letzten Wahlen möglicherweise gewonnen hat oder zumindest nahe daran war, denn anders lassen sich Maduros beharrliche Weigerung, die Ergebnisse zu veröffentlichen, und die brutale Unterdrückung der Bevölkerung nicht erklären. Da eine friedliche Lösung nicht in Sicht ist und eine unkomplizierte Übergabe der Regierung an die rechtsextreme Opposition schwer zu verdauen wäre, könnte das „Blutbad“, mit dem beide Seiten drohen, durch das Aufgreifen der Vorschläge der Regierungen Brasiliens und Kolumbiens vermieden werden: Offenlegung der Wahlergebnisse sowie Verhandlungen zwischen den Kontrahenten, in erster Linie mit Maduro selbst. (Die Vermittler verweigern den Dialog mit der Opposition und die Prüfung der von ihr vorgelegten Ergebnisse.) Von diesen Verhandlungen kann man sich die Zusicherung demokratischer Mindestfreiheiten, die Freilassung politischer Gefangener, ein Ende der Repression sowie weitgehende Freiheiten für Gewerkschaften und politische Parteien erhoffen, aber es sollte auch möglich sein, Klauseln zum Schutz der PDVSA auszuhandeln.

Derzeit ist es politisch richtig, die von Kolumbien und Brasilien vorgeschlagene Verhandlungslösung – die von Chile mitgetragen, jedoch wenig überraschend vom [nicaraguanischen] Diktator Daniel Ortega abgelehnt wird

–, zu unterstützen, da sie vernünftig und realistisch ist und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung des Landes liegt. Diese Politik richtet sich zwar gegen ein zunehmend autoritäres Regime, das Jugendliche, Gewerkschaftsaktivisten und linke Oppositionelle unterdrückt, aber sie beschränkt sich nicht auf die bloße formal-juridische Bestätigung von Unregelmäßigkeiten [vor allem bei den Wahlen] und Regierungswillkür. Während sie Möglichkeiten eröffnet, sich gegen die Angriffe der extremen Rechten auf die PDVSA und die wenigen verbliebenen sozialen Errungenschaften zu wehren, gehen sie nicht von der irrigen Annahme aus, dass Maduro und sein militärisch-bürokratisches Umfeld ein Garant für eine wie auch immer geartete venezolanische „Souveränität“ sein können.

Nationale Souveränität und Volkssouveränität

Der lateinamerikanische „Progressismus“, aber auch die Dritte-Welt-„Theorie“ und die stalinistische Linke werfen unter dem Begriff Souveränität zwei verschiedene Konzepte – nationale Souveränität und Volkssouveränität – in einen Topf. Natürlich ist die nationale Souveränität in der Regel eine Voraussetzung für die volle Ausübung der Volkssouveränität. Angesichts der Zwänge des Weltmarkts und des Imperialismus ist es jedoch problematisch, dass völlig unterschiedliche Regierungen (und ideologische Strömungen) – sowohl fortschrittliche als auch reaktionäre – die Verteidigung der nationalen Souveränität für sich in Anspruch nehmen.

Die Frage der nationalen Souveränität war das zentrale Thema der antikolonialen und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen sowie etlicher populistischer Strömungen zur nationalen Entwicklung im 20. Jahrhundert. Auf sie berufen sich aber auch Militärdiktaturen (wie im Süden Lateinamerikas in den 1960er Jahren), theokratische Diktaturen (wie der Iran), bürokratische Staaten und rechts-extreme Regierungen (wie Modi und Trump). Es stimmt zwar, dass auch äußerst reaktionäre Regimes die nationale Souveränität verteidigen und selbst die Konfrontation mit dem Imperialismus suchen können, aber unseres Erachtens ist der Kampf um nationale Souveränität nur sinnvoll in Verbindung mit dem Kampf um Volkssouveränität, also der demokratischen Selbstorganisation der Massen, der Eroberung von Freiheiten und Rechten, die den historischen Block der Volksklassen stärken und Alternativen zum globalen Kapitalismus und zu den imperialistischen Mächten, die ihm dienen, aufzeigen können.

Außerdem lassen sich nach den Erfahrungen mit dem Stalinismus des 20. Jahrhunderts die Völker nicht automa-

tisch mit ihren politischen Führern, von denen sie in einer stets dynamischen Beziehung vertreten werden oder auch nicht, gleichsetzen. Wenn diese Verbindung abreißt (wie aktuell in Venezuela), wird der Kampf um demokratische Freiheiten zu einem Eckpfeiler im Kampf um die Souveränität des Volkes – und letztendlich auch der Nation.

Und die Demokratie?

Bürgerlich-demokratische Regierungen entsprechen nicht den Wünschen und Vorstellungen von uns Sozialist:innen. Was wir strategisch anstreben und wofür wir eintreten, das sind basisdemokratische Organisationen, direkte Demokratie und Volksmacht – als Keimzellen einer neuen und lebendigeren Demokratie, die von der Masse der Werktätigen und der einfachen Bevölkerung in einem ständigen Prozess revolutionärer Offensive ausgeübt wird. Aber ist die formale Demokratie tatsächlich so wenig wert, dass wir Wahlen und ihren manipulierten Ergebnissen keinerlei Bedeutung beimessen?

In einer Welt, die zunehmend von rechtsextremen Kräften bedroht wird, gilt es heute und auf längere Sicht, demokratische Freiheiten und Rechte und selbst die Institutionen bürgerlich-demokratischer Regierungen gegen die Angriffe der extremen Rechten zu verteidigen – gegen Trump, Bolsonaro, Erdoğan, Orbán und andere. Können wir es uns als Linke leisten, die Demokratie so sehr gering zu schätzen, dass wir Wahlmanipulationen in einer wachsenden Anzahl von Ländern, wo der Kampf gegen die extreme Rechte überlebensnotwendig ist, einfach so hinnehmen?

Gruppierungen, die sich selbst als links bezeichnen, aber repressive Regimes dulden, erweisen strategisch gesprochen dem notwendigen politischen, theoretischen und praktischen Aufbauprozess einer neuen antikapitalistischen Utopie – die in der Lage ist, breite Schichten von Jugendlichen, Frauen und der arbeitenden Bevölkerung wieder zu begeistern – einen schlechten Dienst. Eine neue antikapitalistische Massenlinke wird nur dann Bestand haben, wenn sie demokratisch und unabhängig ist und sich von autoritären „Modellen“ abgrenzt.

Zuletzt stellt sich eine Frage, die für jeden Aktivist:innen und jede sozialistische Organisation in Lateinamerika und in der ganzen Welt im Mittelpunkt stehen sollte: Wie können wir die Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung, der einfachen Menschen und der spärlichen Überreste der unbürokratischen Linken erfüllen? Dürfen wir die Kräfte links von der PSUV und die verdeckt agierenden Kritiker im Inneren der in sich gespaltenen PSUV, die unermüdlich

gegen die Diktatur auftreten und daher verfolgt werden oder im Gefängnis sitzen, im Stich lassen? Unsere vorrangige internationalistische Aufgabe ist es, ihre Kämpfe zu unterstützen, ihre Einheit im Widerstand zu fördern und ihnen nicht nur das Überleben zu ermöglichen, sondern ihnen auch Luft zum Atmen zu verschaffen. Ohne Berücksichtigung dieser Kriterien folgt man vielleicht einer geopolitischen Logik, aber das hat nichts mit einem Internationalismus von unten zu tun. Letztendlich liegt die einzige strategische Garantie für ein souveränes Venezuela, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für gesellschaftliche Änderungen und mittelfristig für die Machtübernahme des Volkes in den Händen der sozialen und politischen Subjekte, die in den goldenen Jahren des bolivarianischen Prozesses die Hauptrolle gespielt haben, und nicht in den Händen ihrer Totengräber.

Ana Cristina Carvalhaes, Journalistin und Bundesbeamtin, ist Gründungsmitglied der brasilianischen PSOL und Mitglied des Exekutivbüros der Vierten Internationale.

Luís Bonilla-Molina ist ein venezolanischer Universitätsdozent, kritischer Pädagoge und Präsident der venezolanischen Gesellschaft für vergleichende Bildung.

Übersetzung aus dem Französischen: E. F.

1 Ein breiter Zusammenschluss linker Parteien, der 1990 von der brasilianischen PT ins Leben gerufen wurde und heute über 100 Organisationen umfasst, darunter die Kommunistische Partei Kubas, Ortegas Partei in Nicaragua sowie Evo Morales und seine MAS in Bolivien. Die Frente Amplio in Uruguay distanziert sich seit über einem Jahr von Maduro. Heute haben Lula, Petro (Kolumbien) und López Obrador (Mexiko) den Block endgültig „gesprengt“.

2 Partido Socialista Unido de Venezuela (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas), die Partei von Präsident Nicolás Maduro.

3 Diosdado Cabello moderiert eine Fernsehsendung, in der er Abtrünnige als Verräter „verurteilt“ und sie mit einem riesigen Hammer „hinrichtete“. Nein, das ist keine fiktive Erzählung aus dem lateinamerikanischen magischen Realismus.

4 Es handelt sich dabei um die Präsidenten der Staaten Brasilien, Kolumbien und Mexiko.

Faschismusanalysen bei ISP



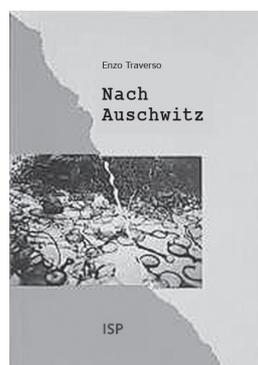
Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus

Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie

136 Seiten, 14,80 Euro
2019

ISBN 978-3-89900-153-2



Enzo Traverso

Nach Auschwitz

Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords

220 Seiten, 15,00 Euro
2000

ISBN 978-3-929008-22-7



Wolfgang Alles

Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft & Forschung 1
erweiterte und aktualisierte
Neuausgabe

305 Seiten, 29,80 Euro
2022

ISBN 978-3-89900-001-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

CHINA UND DIE THEORIE DER PERMANENTEN REVOLUTION

Die chinesische Revolution ist eines der wichtigsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Insgesamt erstreckt sie sich über den Zeitraum vom Ende der Russischen Revolution bis zu den späten 1960er Jahren, als die Volksrepublik in den Konflikten der sogenannten Kulturrevolution versank. Es gibt nur wenige revolutionäre Prozesse, die solche Bindeglieder zwischen weit auseinander liegenden Zeiträumen darstellen.¹

■ Pierre Rousset

Die Geschichte der Revolutionen und Konterrevolutionen spielt sich zu einem großen Teil im Fernen Osten ab, jenseits der westlichen Sphäre. China bietet sich als Fallbeispiel an, wenn man die Theorie der permanenten Revolution und ihr geografisches Verbreitungsgebiet überprüfen, widerlegen oder verfeinern will.

Natürlich würde sich China zur Überprüfung aller Revolutionstheorien eignen. Ich beschränke mich hier aber auf die Theorie von Leo Trotzki, weil der Ausgangstext für diesen Beitrag ein Auszug aus der Einführung in das Buch „Die permanente Revolution“ ist.² Und um es gleich vorwegzunehmen: Die Theorie Trotzki wird in ihren „drei Aspekten“ bestätigt.

Drei Merkmale der chinesischen Revolution

1. Die zweite chinesische Revolution (1925–1927) strebte als wichtigste Ziele die nationale Unabhängigkeit und die Wiedervereinigung des Landes sowie eine Agrarreform an (allesamt wichtige Aufgaben der „demokratischen Periode“). Die Revolution nahm die Form einer großen Militäroffensive an, die mithilfe Moskaus vom progressiven Sun Yat-sen initiiert und durch Massenaufstände in den Städten und auf dem Land (Marsch nach Norden) unterstützt wurde. Ab 1926 hielt es die chinesische Bourgeoisie für besser, diese Ziele zu verraten als eine Volksrevolution zu riskieren, die General Chiang Kai-shek 1927

im Blut ertränkte. Nebenbei bemerkt: Chiang Kai-shek vertrat nicht die kollektiven Interessen der herrschenden Klassen Chinas. Nach dem Tod von Sun Yat-sen (März 1925) übernahm er die Kontrolle über die Kuomintang, die Nationale Volkspartei Chinas, und bemühte sich, dem Land die Diktatur seines Clans aufzuzwingen.

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) entwickelte sich danach zu jener Organisation, die den nationalen und sozialen Kampf bis zum Sieg im Jahr 1949 fortsetzte. Nach der Gründung der Volksrepublik China wurden die „demokratische Periode“ und die „sozialistische Periode“ (der Eintritt in eine Übergangsphase, in der mit dem Kapitalismus gebrochen wird) von keiner langen (kapitalistischen) Etappe in der Entwicklung der Gesellschaft unterbrochen – diese Etappe hätte Jahrzehnte dauern sollen, glaubt man Trotzki Widersachern unter den Theoretikern.

2. Trotzki Darstellung des zweiten Aspekts der Revolutionstheorie scheint wie für China geschrieben: „Während einer unbestimmt langen Zeit und im ständigen inneren Kampfe werden alle sozialen Beziehungen umgestaltet. Die Gesellschaft mausert sich. Eine Wandlungsetappe ergibt sich aus der anderen. Der Prozess bewahrt notwendigerweise einen politischen Charakter, d. h., er entwickelt sich durch Zusammenstöße verschiedener Gruppen der sich umgestaltenden Gesellschaft. Ausbrüche von Bürger-

kriegen und äußeren Kriegen wechseln ab mit Perioden ‚friedlicher‘ Reformen. Revolutionen der Wirtschaft, der Technik, der Wissenschaft, der Familie, der Sitten und Gebräuche entwickeln sich in komplizierten Wechselwirkungen und lassen die Gesellschaft nicht ins Gleichgewicht kommen. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution als solcher.“

3. Dritter Aspekt: „Die Aufrechterhaltung der proletarischen Revolution in nationalem Rahmen kann nur ein provisorischer Zustand sein, wenn auch, wie die Erfahrung der Sowjetunion zeigt, einer von langer Dauer. Bei einer isolierten proletarischen Diktatur wachsen die inneren und äußeren Widersprüche unvermeidlich zusammen mit den wachsenden Erfolgen. Isoliert bleibend, muss der proletarische Staat schließlich ein Opfer dieser Widersprüche werden. Der Ausweg besteht für ihn nur in dem Siege des Proletariats der fortgeschrittenen Länder.“ Diese Frage ist in der Tat ein wichtiger Bestandteil der strategischen Gleichung, mit der sich die Volksrepublik konfrontiert sah.

Wir sollten aber beachten, dass Trotzki's Text, der die Grenzen der russischen Revolution betont, noch vor dem Sieg der chinesischen Revolution geschrieben wurde, und auch vor der gewaltigen internationalen Revolutionswelle, die auf den Zweiten Weltkrieg folgte. Außerdem muss man heute auch darauf hinweisen, dass die Revolutionen in der „Dritten Welt“ einen enormen Beitrag geleistet haben, um selbst in entwickelten Ländern antikapitalistische Perspektiven „offenzuhalten“, und das bis in die 1980er Jahre hinein (das Jahrzehnt, in dem meine kämpferische Generation auf internationaler Ebene entscheidend geschlagen wurde). Was wäre die Welt ohne die Revolutionen in Russland, China, Kuba, Vietnam etc.? Also ohne den französischen Mai 1968 oder sein italienisches Pendant, und ohne die weltweite marxistische Renaissance, die von diesen Revolutionen gefördert wurde?

Die permanente Revolution, von der Trotzki hier spricht, ist eindeutig ein *Prozess*. Die „Demokratie“ wird „eine unmittelbare Einleitung zur sozialistischen Revolution. Beide werden miteinander durch eine ununterbrochene Kette verbunden. Zwischen der demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft entsteht auf diese Weise eine Permanenz der revolutionären Entwicklung.“

Von der reinen Lehre zur Komplexität der Realgeschichte

Was oben geschrieben wurde, „stimmt“, das Konzept der permanenten Revolution wird durch die chinesische

Geschichte bestätigt, aber die Realgeschichte wirft eine Vielzahl weiterer Fragen auf. Eine Theorie ist nur einer von vielen Faktoren, die es ermöglichen, eine konkrete Strategie zu definieren (diese hängt auch von der Zeit, den Kräfteverhältnissen, der Organisation der sozialen Kräfte, den aus früheren Phasen übernommenen Kampfformen usw. ab). Noch weniger sagt eine Theorie zum Thema Taktik aus.

Zu Beginn der 1920er-Jahre war die Kuomintang unorganisiert. Sun Yat-sen bat Moskau (das positiv reagierte), ihm beim Aufbau seiner Organisation zu helfen und finanzielle Unterstützung, Ausbildung und militärische Hilfe zu gewähren. In der Folge wurde 1924 in Whampoa (Huangpu) eine Militärakademie gegründet. Zu ihren Kadern gehörten der kommunistische Führer Zhou Enlai und Chiang Kai-shek, der drei Jahre später zum Schlichter von Shanghai werden sollte. Gesandte der Kommunistischen Internationale (Komintern) reisten an, und ihre Ratschläge wurden zu Befehlen für die junge Kommunistische Partei, die bei ihrer Gründung im Jahr 1921 nur 57 Mitglieder gezählt hatte. Prominente Köpfe in ihren Reihen waren Li Dazhao und Chen Duxiu. Einige der Gesandten standen Stalin nahe, andere gerieten mit ihm in Konflikt, als die „Chinafrage“ die russische Führung spaltete. Der Niederländer Henk Sneevliet („Maring“), ein späterer Opponent der Stalinisten, schlug entgegen dem Rat von Chen Duxiu und den Vorbehalten der KPCh-Mitglieder vor, die Partei (420 Mitglieder im Jahr 1923) solle der Kuomintang (50 000 Mitglieder) beitreten – er orientierte sich dabei an seinen früheren (erfolgreichen) Erfahrungen in Indonesien und erhielt Unterstützung von Adolf Joffé (einem Freund Trotzki's). Diese Taktik der „inneren Einheitsfront“ oder des „inneren Blocks“ war zwar umstritten, förderte aber zunächst die rasante Entwicklung der Partei. Doch die Situation sollte sich bald brutal ändern.

Nach dem Tod von Sun Yat-sen kündigte General Chiang Kai-shek 1926 eine Reihe antikommunistischer Maßnahmen an. Somit war klar, dass die KPCh sofort wieder unabhängig werden musste. Chen Duxiu benachrichtigte die Führung der Komintern über dieses Anliegen. Er erhielt Unterstützung von Trotzki, der sich aber in der Minderheit befand. Das Schicksal der KPCh hing von der inneren Logik der Fraktionskämpfe in Moskau ab. Dort gewannen die Stalinisten im Parteiapparat zunehmend an Stärke und der Austritt der KPCh wurde nicht zugelassen. So kam es 1927 zur angekündigten Katastrophe: Massaker an der Arbeiterbewegung in Shanghai (April), in Changsha (Mai), Repression in Wuhan im

Zentrum des Landes (Juni), Zerschlagung der Kommune von Kanton (Dezember). Die kommunistische Bewegung wurde überall verfolgt und die städtischen Netzwerke zerschlagen. Das chinesische Volk war das erste, das einen so blutigen Preis für die Stalinisierung des sowjetischen Staates und der Komintern zahlen musste. Eine weitere Lektion.

Diese Niederlage war keineswegs unvermeidlich. Es ist zwar nicht klar, ob sich die Revolution in ganz China durchgesetzt hätte – das ist sogar zu bezweifeln. Mit einer anderen Politik wäre es jedoch möglich gewesen, im Süden des Landes wichtige Stützpunkte aufzubauen, unter anderem auch in städtischen Zentren. Man hätte den Zustand der territorialen Doppelherrschaft bis zur japanischen Invasion von 1937 aufrechterhalten können, was vieles verändert hätte.

Welcher Prozess lief in China nach der Niederlage von 1927 ab?

Verlängerter Revolutionskrieg

Das Überleben der kommunistischen Bewegung stand auf dem Spiel – und um zu überleben, brauchte man bewaffnete Kräfte. Diese gab es: Einheiten der nationalen Armee, die von KPCh-Kadern geführt wurden, Guerillas, die aus Bauernaufständen hervorgegangen waren etc. Sie bildeten die Rote Armee und versammelten sich vor allem in den südchinesischen Gebirgsregionen. Trotz der Niederlage zählten sie mehrere Hunderttausend Soldaten. 1935 mussten sie aus ihren südlichen Hochburgen fliehen und sich in die nördlichen Randgebiete des Landes, nach Yanan, zurückziehen. Der Lange Marsch war ein langer Rückzug, währenddessen eine neue Führung um Mao Zedong die Leitung der KPCh übernahm. Sie umfasste gewichtige politisch-militärische Führer sowie langjährige Kader aus der städtischen und ländlichen Arbeitswelt. Die Vertreter der stalinistischen Fraktion (darunter Wang Ming) wurden an den Rand gedrängt, aber nicht eliminiert.

In diesen Jahren herrschte ein direkter Klassenkonflikt zwischen der Roten Armee und den Streitkräften von Chiang Kai-shek. Doch mit der japanischen Invasion von 1937 änderte sich die Lage. China war eine halbe Kolonie, die von konkurrierenden imperialistischen Kräften und Kriegsherren balkanisiert wurde. Es war auf dem besten Weg, eine direkte Kolonie Japans zu werden. Die beiden Protagonisten des Bürgerkriegs, die Kuomintang von Chiang Kai-shek und die maoistische Rote Armee, konnten den drängenden Ruf der Bevölkerung nach einer gemeinsamen Front gegen den Eindringling nicht ignorieren. Die

Frage der Einheitsfront stellte sich aufs Neue, wenn auch in einem völlig anderen Kontext als in den 1920er-Jahren.

Von da an wurde der Klassenkampf im Rahmen der antijapanischen Einheitsfront fortgesetzt, mit zwei verschiedenen Arten der Kriegsführung. Chiang Kai-shek bremste die japanische Offensive, zog sich aber allmählich nach Süden zurück: Für ihn hatte es Priorität, seine militärischen Kräfte zu schonen, denn er plante, zur Offensive gegen die KPCh überzugehen, sobald Tokio auf dem pazifischen Kriegsschauplatz von Washington besiegt wäre. Die KPCh hingegen beschloss, die rote Stadt Yanan aufzugeben, um im Norden Kräfte im Rücken Japans zu konzentrieren (gleichzeitig wurden anderswo wichtige Guerillastützpunkte aufrechterhalten). Die Partei gewann dadurch enormes politisches Prestige (sie trat nach außen auf, statt sich zurückzuziehen) und konnte sich sozial etablieren, ohne Gefahr zu laufen, von der Kuomintang angegriffen zu werden. Sie schaffte befreite Zonen mit 100 Millionen Einwohner:innen.

Die Theorie des Langandauernden Revolutionskriegs (Volkskrieg) ist ein bedeutender Beitrag zur revolutionären Militärtheorie. Sie kombiniert militärisches Know-how (Guerillaoperationen und Verlegungen von militärischen Einheiten), Verhaltensregeln im Umgang mit der Bevölkerung, Umsetzung von Landreformen, Mobilisierung der Frauen, Alphabetisierung, Gesundheitsversorgung usw.

Die Volksrepublik China

Nach der Ausrufung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 wurden zwei symbolträchtige Gesetze zur Bodenreform und zur Ehereform verabschiedet. Beide Gesetze kamen den einfachen Frauen zugute (die Bäuerinnen waren Teil der Landreform, nicht nur die Männer).

Die KPCh befand sich von da an im Zentrum der Macht. Zuvor war sie über 20 Jahre lang in die ländliche Welt eingebettet und hätte eine Bauernpartei werden sollen, die gemäß Trotzki nicht in der Lage gewesen wäre, der demokratischen Revolution eine Richtung zu geben. Nach ihrem Sieg konzentrierte sich die KPCh aber wieder auf die Städte und band die einst verlorene Arbeiterklasse erneut an sich.

Die Position der Arbeiterklasse sagt viel über die besonderen Merkmale des Prozesses von Revolution und Konterrevolution in der Volksrepublik aus. Die Arbeiterklasse war politisch untergeordnet und gleichzeitig sozial privilegiert. Die Arbeiter:innen waren einzelnen Produktionseinheiten zugeteilt und standen unter der Aufsicht der Partei. Sie genossen jedoch klare Vorteile: lebenslan-

ge Arbeitsplatzgarantie, akzeptablen Arbeitsrhythmus, Dienstwohnungen, Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und zur Schulausbildung für die Kinder (die dann später selbst zu Arbeiter:innenn wurden) usw.

Als die postmaoistischen Machthaber später intensivere Produktionsstandards durchsetzen wollten, stießen sie auf so viel Widerstand, dass das Regime am Ende beschloss, den Großteil der Arbeiterklasse aus der Produktion zu entfernen (wobei die Leute weiterhin bezahlt wurden) und sie durch neue Arbeiter:innen zu ersetzen. Es handelte sich dabei um Menschen, die illegal vom Land in die Städte gezogen waren (in China durfte man seinen Wohnort nicht frei wechseln) und um Binnenmigrant:innen, teils ohne Ausweispapiere, von denen die große Mehrheit Frauen waren. Eine Arbeiterschaft, die sich für die ursprüngliche Kapitalakkumulation eignet.

Nach der Machtergreifung von 1949 hatte sich China in eine komplexe Übergangsgesellschaft mit ungewisser Zukunft begeben. Die Kommunistische Partei war in der Gesellschaft tief verwurzelt und genoss hohes Ansehen. Die alten herrschenden Klassen in den Städten und auf dem Land waren zerfallen und die KPCh hatte sich das Machtmonopol gesichert. Der Parteistaat wurde zum Rahmen, in dem sich eine neue Bürokratie als herrschende Gesellschaftsschicht etablierte. Diese Art von Bürokratie ist das Ergebnis eines historischen Prozesses. Im Laufe dieses Prozesses, von Krise zu Krise, brach der Maoismus mit seiner sozialen Basis: mit den Studierenden und Intellektuellen (Hundert Blumen), den Bäuerinnen und Bauern (der „Große Sprung nach vorn“) und schließlich mit dem Proletariat. Gleichzeitig vertiefte sich die Führungskrise, bis das von Mao geformte Team blutig auseinanderbrach. In der Folge entluden sich sämtliche über die Jahre angestauten sozialen Spannungen und Widersprüche in der Kulturrevolution.

Vor ihrer Agonie sorgte die chinesische Revolution jedoch für die Unabhängigkeit und Einheit des Landes, seine Industrialisierung und die Entwicklung seiner eigenen Technologie (China war zum Beispiel führend in der Halbleiterfertigung, bis die obskure Herrschaft der Viererbande die Bildung und Forschung zum Stillstand brachte). Die bürokratische Konterrevolution, die sich während der Kulturrevolution vollzog, brachte eine neue Bourgeoisie hervor und schuf damit die Voraussetzungen für eine bürgerliche Konterrevolution. Diese kann sich nun an die Eroberung der Welt machen, da China bereits nicht mehr zu den Ländern gehört, die einer imperialistischen Herrschaft unterliegen.

PS: Dieser Artikel wird weder der Komplexität noch den Eigenheiten der chinesischen Revolution gerecht. Hinter einer Allerweltsformel wie „Agrarreform“ verbergen sich zum Beispiel je nach Land und Region ganz unterschiedliche Realitäten. Die ländlichen Strukturen in China unterscheiden sich von jenen in Europa und sind auch in Süd- und Nordchina nicht identisch. Weder die allgemeine Theorie der permanenten Revolution noch die allgemeine Ausrichtung der KPCh können dem gerecht werden. Wenn man sich auf die Komplexität einlässt, lernt man in Sachen Revolution nie aus.

aus *L'Anticapitaliste*, Nr. 126 (Mai 2021)

Übersetzung: Alena W.

1 Das gilt auch und sogar noch stärker für Vietnam von den 1920er bis in die 1970er Jahre.

2 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1929/permrev/ltperm01.htm>



Schon jetzt an Silvester denken

Der erste gute Vorsatz für 2025: Abonnieren



Sonderaktion für alle
Neuabos bis
zum Jahresende:



- Probeabo (1 Jahr zum Preis von einem halben): 10 Euro
- Normalabo (2 Jahre zum Preis von einem): 25 Euro

Online bestellen auf <https://www.inprekorr.de/abo.htm>

Oder per E-Mail an: internationale-vertrieb@intersoz.org